D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 8
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

26. Februar 1982
Preis 1,80 DM

Wohnungspolitik oder die Geschichte eines Bankrotts
Zielstrebig haben die Politiker die Wohnungsversorgung dem Kapitalmarkt ausgeliefert. Das Ergebnis ist die „neue Wohnungsnot". 4 Extra-Seiten



Psychologen diskutieren psychosoziale Versorgung
Gemeindepsychologische Perspektiven beriet ein Kongreß in Westberlin. Die Ausgrenzung psychisch Kranker kann aufgehoben werden . . . . S. 6

Notstand in der Berufsausbildung
Nicht nur der Mangel an Ausbildungsplätzen drückt. Offenbar verschlechtert sich auch die Qualität der Ausbildung. Neue Vorschläge der IGM . S. 9

Die Türkei unter dem Militärstiefel
Die USA sind des Lobes voll über die ordnende Funktion der Generäle. Dagegen haben Europarat und Europaparlament Kritik angemeldet . . . S. 12

Unruhe im und um den DGB

Von Gerd Heinemann

In den Gewerkschaften gibt es Krach. In Stuttgart kursieren unter den Daimler-Arbeitern Unterschriftenlisten, die eine „Untersuchung wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten" gegen E. Loderer fordern. Vetter hat in der „Welt der Arbeit" gewarnt, „diese Kritik darf nicht denen auf den Leim gehen, die die Konjunktur des Skandals bei der Neuen Heimat zu einem Generalangriff auf die Gewerkschaften nutzen wollen". Die Kritik läßt sich in den wenigsten Fällen so abtun. Der DGB muß sich nicht nur in Sachen Neue Heimat und Abschreibungsverträge stellen.

Zu letzterem ist am leichtesten Stellung zu beziehen. Offensichtlich sind irgendwelche gewerkschaftlichen Moralvorstellungen unwirksam. Auf Vetters: „Ich bin ein Mensch, der gut Geld verdient, Gott sei Dank!" muß die Überlegung folgen, ob es nicht zuviel Geld ist, wenn der DGB-Vorsitzend in 3 Jahren 200000 DM nicht braucht und nach Anlagemöglichkeiten dafür sucht und seine Kollegen in den Vorständen es ihm gleichtun. Wäre nicht eine Beschränkung der Einkommen der Gewerkschaftsfunktionäre zweckmäßig? Die Höhe sollte schon die besonderen Anforderungen an Zeit und Strapazen oder anderer Aufwendungen berücksichtigen. Verhindert werden sollte so, daß sich, wie heute, die obersten Funktionäre der organisierten Lohnabhängigen zu frischgebackenen Millionären mausern.

Der Versuch, die Kritik an den gewerkschaftlichen Unternehmen auf die Vorgänge in der Neuen Heimat zu begrenzen, ist kaum möglich, denn nicht nur die „Zeit" stellt die Frage, warum

Kritik darf nicht denen auf den Leim gehen, die die Konjunktur des Skandals bei der Neuen Heimat zu einem Generalangriff auf die Gewerkschaften nutzen wollen". Die Kritik läßt sich in den wenigsten Fällen so abtun. Der DGB muß sich nicht nur in Sachen Neue Heimat und Abschreibungsverträge stellen.

Zu letzterem ist am leichtesten Stellung zu beziehen. Offensichtlich sind irgendwelche gewerkschaftlichen Moralvorstellungen unwirksam. Auf Vetters: „Ich bin ein Mensch, der gut Geld verdient, Gott sei Dank!" muß die Überlegung folgen, ob es nicht zuviel Geld ist, wenn der DGB-Vorsitzend in 3 Jahren 200000 DM nicht braucht und nach Anlagemöglichkeiten dafür sucht und seine Kollegen in den Vorständen es ihm gleichtun. Wäre nicht eine Beschränkung der Einkommen der Gewerkschaftsfunktionäre zweckmäßig? Die Höhe sollte schon die besonderen Anforderungen an Zeit und Strapazen oder anderer Aufwendungen berücksichtigen. Verhindert werden sollte so, daß sich, wie heute, die obersten Funktionäre der organisierten Lohnabhängigen zu frischgebackenen Millionären mausern.

Der Versuch, die Kritik an den gewerkschaftlichen Unternehmen auf die Vorgänge in der Neuen Heimat zu begrenzen, ist kaum möglich, denn nicht nur die „Zeit" stellt die Frage, warum
sich gewerkschaftseigene Unternehmen „kapitalistischer" aufführen als kapitalistische Unternehmen. Und auch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter stellen die Forderung auf, daß es solche Betriebe nicht mehr geben darf. Angesichts der jetzt erfolgenden Kapitaleinschüsse der Gewerkschaft in die Neue Heimat Städtebau – für die u.a. in Brasilien verspekulierten Millionen – erinnert sich der Metallarbeiter an den letzten Tarifkampf, wo „Kasse schonen für die anstehenden Kämpfe um die Arbeitszeitverkürzung" gegen die Organisierung eines Streiks vom Vorstand vorgebracht wurde. Sind diese Unternehmen nicht vielfach eine Fessel für die Beweglichkeit der Gewerkschaften geworden? Sollen solche überhaupt über den unmittelbaren Gewerkschaftszweck hinaus betrieben werden? Im Prinzip nein! Im Normalfall arbeiten sie nach „kapitalistischen" Gesetzen. Auf den Profit wird auch nicht mehr wie bei den ursprünglichen Genossenschaften ganz oder teilweise verzichtet. In den Aufsichtsräten, Vorständen sind sie personell und in engen Geschäftsverbindungen mit der Bourgeoisie verbunden. Diese Teile der Gewerkschaften gehen in die Bourgeoisie über. Dies bestimmt auch das Bewußtsein in diesem Sektor der Gewerkschaften.

Die Probleme ergeben sich bei der Trennung von ihnen. Die TAZ fordert: „Neue Heimat unter die Abrißbirne!" „Ein normaler Konkurs, die Gewerkschaften hätten eine Sorge weniger, die Mitglieder würden nicht in ihrer Eigenschaft als Mieter und Beitragszahler – doppelt – geschröpft!" Politisch wäre dies für die Gewerkschaften nicht durchzuhalten. 100000 Entlassungen bei den Unternehmen des DGB, oder auch nur 10000 bei der NH-Städtebau – man stelle sich die Schlagzeilen vor! Dies wäre allerdings eine Niederlage, die die Gewerkschaften nicht aushalten würden. Auch die Trennung von anderen bedeutsamen Gewerkschaftsunternehmen ist schwierig. Ein Konkurs dieses „Kapitals der Arbeiter" hätte für die Kapitalistenklasse einen besonderen Wert.

Von der CDU und den Kapitalisten stammt ursprünglich der Kampfruf vom „Gewerkschaftsstaat" und das Wort vom Filz zwischen Gewerkschaften und SPD-Vertretern im Staat. Die Gewerkschaften arbeiten in Beiräten der Ministerien, in Arbeitsgruppen und Sachverständigenausschüssen mit. Bei minimalem Einfluß in der Fomulierung der Gesetzesentwürfe, die beim weiteren Wege durch die Instanzen auf der Strecke bleibt oder ins Gegenteil verkehrt wird, bindet dies die gewerkschaftliche Aktivität. Seit 1977 wird die „Konzertierte Aktion" von den Gewerkschaften boykottiert. Nach der 66/67er Krise wurden hier zwischen Gewerkschaften, Kapitalisten und Staat Orientierungsdaten festgelegt. Nachdem das Vertrauen der Gewerkschaften in die sozial-liberale Bundesregierung getrübt ist, besteht bei ihnen geringe Neigung, diese Einrichtung wieder aufleben zu lassen. Stattdessen werden weniger verbindliche „Kanzlerrunden" durchgeführt.

Auf regionaler Ebene, an Saar und Ruhr, haben sich korporativen Einrichtungen (Einrichtungen der Zusam-

die die Gewerkschaften nicht aushalten würden. Auch die Trennung von anderen bedeutsamen Gewerkschaftsunternehmen ist schwierig. Ein Konkurs dieses „Kapitals der Arbeiter" hätte für die Kapitalistenklasse einen besonderen Wert.

Von der CDU und den Kapitalisten stammt ursprünglich der Kampfruf vom „Gewerkschaftsstaat" und das Wort vom Filz zwischen Gewerkschaften und SPD-Vertretern im Staat. Die Gewerkschaften arbeiten in Beiräten der Ministerien, in Arbeitsgruppen und Sachverständigenausschüssen mit. Bei minimalem Einfluß in der Fomulierung der Gesetzesentwürfe, die beim weiteren Wege durch die Instanzen auf der Strecke bleibt oder ins Gegenteil verkehrt wird, bindet dies die gewerkschaftliche Aktivität. Seit 1977 wird die „Konzertierte Aktion" von den Gewerkschaften boykottiert. Nach der 66/67er Krise wurden hier zwischen Gewerkschaften, Kapitalisten und Staat Orientierungsdaten festgelegt. Nachdem das Vertrauen der Gewerkschaften in die sozial-liberale Bundesregierung getrübt ist, besteht bei ihnen geringe Neigung, diese Einrichtung wieder aufleben zu lassen. Stattdessen werden weniger verbindliche „Kanzlerrunden" durchgeführt.

Auf regionaler Ebene, an Saar und Ruhr, haben sich korporativen Einrichtungen (Einrichtungen der Zusam-
menarbeit mit Staat und Kapitalisten) erhalten oder nehmen Aufgaben wahr. Aber auf lokaler Ebene haben sich insbesondere auf einem Gebiet solche Organe der Zusammenarbeit verfestigt: in den gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbauunternehmen. Durch diesen faktischen Korporatismus werden hier der Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse erhebliche Fesseln angelegt. Korruption ist hier gang und gäbe. Hier hat die Parole von der „Verfilzung" den realen Kern, allerdings macht dies nicht wie die CDU suggerieren will, den „Gewerkschaftsstaat", sondern eher „Staatsgewerkschaften" aus. Solche hinderlichen Verflechtungen zwischen Gewerkschaften und Staat sollten aufgelöst werden.

Die Gewerkschaften in der Krise? Ja, aber sie besteht nicht in den Gewerkschaften der Vietor, Vetter und Co. Dadurch richtet sich nur der Blick auf die Gewerkschaften. Die Krise besteht in den nicht ausreichenden Antworten auf die Frage der Arbeitslosen, der Jugendlichen, der Frauen, der Angestellten in den Büros, bei den Rationalisierungen. Was ist das Konzept der Gewerkschaften auf ökologische Probleme und auf die Auswirkungen der technischen Umwälzungen in der Produktion? Fehlen die Antworten und Konzepte, sind bewährte Lösungen auch nicht mehr tauglich. Vielleicht wird jetzt die Unruhe dazu genutzt, im Vorfeld des DGB-Bundeskongreß Klarheit zu schaffen. Bei der Debatte um das Grundsatzprogramm des DGB wurde diese Chance vertan.



Hat der spanische König – hier beim Fahneneid in Zaragoza – mehr mit dem Putsch des Militärs vom Februar letzten Jahres zu tun, als offiziell angenommen? Parteien und Presse in Spanien wünschen jede Art von Unruhe zu vermeiden und verzichten auf Veröffentlichungen, die „destabilisierend" wirken könnten.

„Keiner unserer Vorschläge zu El Salvador ist wirklich gut"

Ein US-Botschaftsoffizier zu den Problemen der US-Strategie

cof. Fünf Wochen vor der demokratischen Lösung à la Reagan hat das Reisefieber Kongreß und Senat gepackt. Der Befund über die Lage in El Salvador, wo am 28. März Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung stattfinden sollen, ist einhellig: kein Hauch von Menschenrechten, Terror gegen die Zivilbevölkerung, militärisch kann die Junta den Bürgerkrieg nicht

selbst verstärkte Waffenhilfe auf Grenzen stößt, was die Truppenstärke und die Ausbildung der salvadorenischen Armee betrifft. Einschlägige Erfahrungen von Amerikanern und Briten ergäben, daß erst ein Verhältnis von 10:1, d.h. mindestens Verdoppelung der Mannstärke, Aussichten auf Erfolg im Guerillakrieg verspreche. Das Potential der Zivilbevölkerung und der 15-



Hat der spanische König – hier beim Fahneneid in Zaragoza – mehr mit dem Putsch des Militärs vom Februar letzten Jahres zu tun, als offiziell angenommen? Parteien und Presse in Spanien wünschen jede Art von Unruhe zu vermeiden und verzichten auf Veröffentlichungen, die „destabilisierend" wirken könnten.

„Keiner unserer Vorschläge zu El Salvador ist wirklich gut"

Ein US-Botschaftsoffizier zu den Problemen der US-Strategie

cof. Fünf Wochen vor der demokratischen Lösung à la Reagan hat das Reisefieber Kongreß und Senat gepackt. Der Befund über die Lage in El Salvador, wo am 28. März Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung stattfinden sollen, ist einhellig: kein Hauch von Menschenrechten, Terror gegen die Zivilbevölkerung, militärisch kann die Junta den Bürgerkrieg nicht
gewinnen. Die Militärhilfe soll eingestellt werden, wirtschaftliche Unterstützung soll an ihre Stelle treten, das ist die Forderung – etwa hilflos.

Deutlich ist auf der einen Seite, daß die FMLN keineswegs an Sympathie verliert, ja sogar auf Teile der regulären Truppen Einfluß hat – sonst hätte eine Operation wie der Angriff auf den wichtigsten Luftwaffenstützpunkt Ilopango kaum gelingen können –, andererseits versagt die Rechte Duarte ihr Vertrauen. Roberto D'Aubuisson von der Nationalistischen Republikanischen Allianz, berüchtigter Anführer einer Todesschwadron, wußte das in der Wahlkampagne (Motto: „El Salvador wird das Grab aller Roten sein") zu symbolisieren, indem er eine Wassermelone hochhielt und meinte, die erinnere ihn an Duartes Christdemokraten: außen grün und innen rot; und ein Beobachter beschrieb das Dilemma so: „Die Christdemokraten waren zu all diesen unpopulären Maßnahmen gezwungen. Die Linke verbindet mit ihnen Unterdrückung und die Rechte Reformen, so daß sie heute von keiner Seite unterstützt werden."

Mit Duarte aber fällt die US-Strategie. Sollte die extreme Rechte gewinnen, würde man es statt mit 3000 mit 300000 Guerillas zu tun haben, vermutet der Vorsitzende der Wahlkommission, und dann würde auch der Ruf D'Aubuissons nach Napalm letztlich nicht viel ausrichten. Überhaupt mußte erst kürzlich der Oberbefehlshaber des Süd-Kommandos der USA in Panama (!), Nutting, erkennen, daß

selbst verstärkte Waffenhilfe auf Grenzen stößt, was die Truppenstärke und die Ausbildung der salvadorenischen Armee betrifft. Einschlägige Erfahrungen von Amerikanern und Briten ergäben, daß erst ein Verhältnis von 10:1, d.h. mindestens Verdoppelung der Mannstärke, Aussichten auf Erfolg im Guerillakrieg verspreche. Das Potential der Zivilbevölkerung und der 15-
bis 17jährigen Jungen, die schon jetzt in die Armee gepreßt wurden, scheint aber erschöpft bzw. zu unsicher, und zu viele moderne Waffen landen über den schwarzen Markt oder infolge von Gefechten bei der FMLN – weshalb Reporter und Abgeordnete bei der Guerilla immer wieder Kriegsgerät amerikanischer, deutscher, israelischer, aber kaum sowjetischer Herkunft fanden, worauf die Reagan-Propaganda gegen Nicaragua und Kuba stets baut.

Nutting und der US-Botschafter regten deshalb an, das Verbot für ihre Berater, sich nicht in die Kampfhandlungen einzumischen, zu überdenken. Aber Intervention mit amerikanischen Truppen? Die Presse hinter Reagan will's nicht ausschließen, auch wenn's die Glaubwürdigkeit der US-Politik weiter untergraben würde. Insbesondere eine Supermacht müsse zeigen, daß sie mit einer häßlichen kleinen Krise vor ihrer Haustür fertig wird, sonst sei das Vertrauen in ihre Verteidigungskraft weltweit bedroht, schreibt die *Time*; trotzdem solle man nach alternativen, politischen Lösungen suchen. Schließlich habe es die US-Regierung viel schwerer als die SU, die eben weder Aufstände von Studenten noch die politische Herausforderung von Friedensfreunden bei den Wahlen zum obersten Sowjet fürchten müsse, trotz Afghanistan und Polen.

Viel hängt davon ab, die Anerkennung der FDR/FMLN weltweit zu verbreiten. Die USA werden dann um so eher zu Verhandlungen gezwungen sein.

Zumutbar – für wen?

gkr. Josef Stingl sprach von „Ausbeutern des sozialen Netzes". Er meinte nicht die Kapitalisten, er meinte damit auch nicht die Bundesregierung oder die Parteien, die mit ihrer „Operation 82" tiefe Schnitte in die Sozialgesetze anbrachten. Nein, nach Stingl sind diejenigen, die in den Fabriken ausgebeutet wurden, nun, wo sie arbeitslos sind, die Ausbeuter. Angesichts 2 Mio. Arbeitslosen bei 120000 gemeldeten offenen Stellen ist es nicht die kapitalistische Produktionsweise, die an der Arbeitslosigkeit schuld ist, sondern die Arbeitslosen selbst, die sich nicht weit genug demütigen lassen wollen, die nicht bereit sind, nun auf einmal jede Arbeit, egal welche Ausbildung sie gemacht hatten, und jeden Preis für ihre Arbeitskraft zu akzeptieren – ganz so, wie die Arbeiter, die wenigstens ausreichende Lohnerhöhung für ihre Arbeitskraft fordern, an der Zunahme der Arbeitslosigkeit schuld sein sollen.

Eine drastische Verschärfung der Zumutbarkeit, so verlautete es aus dem Amt Stingls, sei notwendig, um den oben genannten „Ausbeutern" das Handwerk zu legen. In 5 Klassen sollen die Arbeitslosen eingeteilt werden: solche mit Hochschulausbildung, mit Fachhochschulausbildung, mit Fachschulausbildung, mit Ausbildung in einem Ausbildungsberuf und solche, die eben nichts gelernt haben. Vier Monate nach Beginn der Arbeitslosigkeit soll die Rückstufung um eine Kategorie zumutbar sein; kommt „aus Eignungsgründen" eine Stufe nicht in Betracht, so kann die Rückstufung auch gleich noch weiter erfolgen. Ehrenberg will gar nur drei Kategorien. Frauen werden nach dem gleichen Zeitraum auf Vollzeitstellen gezwungen. Und

beitslosen bei 120000 gemeldeten offenen Stellen ist es nicht die kapitalistische Produktionsweise, die an der Arbeitslosigkeit schuld ist, sondern die Arbeitslosen selbst, die sich nicht weit genug demütigen lassen wollen, die nicht bereit sind, nun auf einmal jede Arbeit, egal welche Ausbildung sie gemacht hatten, und jeden Preis für ihre Arbeitskraft zu akzeptieren – ganz so, wie die Arbeiter, die wenigstens ausreichende Lohnerhöhung für ihre Arbeitskraft fordern, an der Zunahme der Arbeitslosigkeit schuld sein sollen.

Eine drastische Verschärfung der Zumutbarkeit, so verlautete es aus dem Amt Stingls, sei notwendig, um den oben genannten „Ausbeutern" das Handwerk zu legen. In 5 Klassen sollen die Arbeitslosen eingeteilt werden: solche mit Hochschulausbildung, mit Fachhochschulausbildung, mit Fachschulausbildung, mit Ausbildung in einem Ausbildungsberuf und solche, die eben nichts gelernt haben. Vier Monate nach Beginn der Arbeitslosigkeit soll die Rückstufung um eine Kategorie zumutbar sein; kommt „aus Eignungsgründen" eine Stufe nicht in Betracht, so kann die Rückstufung auch gleich noch weiter erfolgen. Ehrenberg will gar nur drei Kategorien. Frauen werden nach dem gleichen Zeitraum auf Vollzeitstellen gezwungen. Und
schließlich: 2 bis 3 Stunden Fahrzeit von und zur Arbeitsstelle pro Tag, das sei ebenfalls zumutbar. IGM-Vorstandsmitglied Janzen hielt es für absolut unrealistisch, daß dadurch die Zahl der Arbeitslosen vermindert würde. Wie denn auch? 150 Mio. DM will die Bundesanstalt für Arbeit durch ihre Maßnahmen einsparen. Nicht weniger Arbeitslose bringen's, sondern niedriger bezahlte Arbeit (auch vorübergehende Arbeit muß angenommen werden) und dadurch später folgendes niedrigeres Arbeitslosengeld und vor allem die größere Zahl der auf 8 Wochen verlängerten Sperrzeiten, falls jemand sich weigert, schlechtere Arbeit anzunehmen.

Die IGM hat für den Fall einer Annahme des Entwurfs, was nach Lage der Dinge nur durch die ⅔ der Stimmen im Vorstand und Verwaltungsrat, die Kapitalisten und Staat haben, Mitte März gehen könnte, eine Verfassungsklage angekündigt. Im Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz sei zwar von Präzisierung der Zumutbarkeitsbestimmungen die Rede, nirgends aber von Verschärfung. Gerade die Tatsache, daß gesellschaftliche Fehler zum Verschulden des Einzelnen umgebogen werden, gibt der IGM den Grund zur Klage. Übrigens: Im Oktober 1979 mußte die Bundesanstalt für Arbeit schon einmal eine Verschärfung der Zumutbarkeit, den „Runderlaß 130", in wesentlichen Punkten zurücknehmen.

DGB-Jugend und Ostermarsch

Von Günther Kruse

„Wir werden die Ostertage dieses Jahr nutzen, um für unsere Forderungen in der Öffentlichkeit zu werben und unsere Solidarität praktisch unter Beweis zu stellen. Ostern '82: Für Frieden durch Abrüstung, Solidarität mit allen unterdrückten Völkern, und deshalb auch: Solidarität für Polen."

Das ist der Schluß eines Aufrufs, den der Bundesjugendausschuß des DGB beschlossen hat (voller Wortlaut z.B. in „Frankfurter Rundschau", 19.2.). Im Ergebnis einer langen Debatte im Bundesjugendausschuß ist zwar, als Zugeständnis offensichtlich an einen Teil, der den Revisionisten nahesteht, eine Verurteilung der Sowjetunion wegen Afghanistan sowie die Benennung der Verantwortung Moskaus für den Militärputsch in Polen ausgespart (in einem dem Bundesjugendausschuß vorliegenden Antrag, der von der Bundesjugendkonferenz überwiesen worden war, ist hierzu z.B. eindeutiger Stellung genommen); dennoch blieb, auch das sicher für einige Kräfte eine bittere Pille, eine eindeutige Verurteilung des Militärregimes in Polen. Praktisch wendet sich der Aufruf auch an diejenigen Kräfte der Friedensbewegung, die dieses Jahr wieder einen Ostermarsch durchführen wollen, läßt sich aber nicht auf die von der DKP betriebene Eingrenzung der Inhalte ein. In einer eigenen Großkundgebung am Karfreitag in Dortmund will die DGB-Jugend ihre Position darstellen.

„Beteiligen Sie sich an den Ostermärschen 1982, mit denen im ganzen Land gegen Nuklearwaffen auf deutschem Boden protestiert wird!" so hatten die Initiatoren des Krefelder Appells in einer Erklärung Ende Januar 1982 geschrieben. Daß nichts anderes darin vorkommt als die Mittelstreckenraketen, das ist Absicht (vgl. KVZ 7/1982). Darauf konzentrieren sich derzeit alle Aufrufe für Ostermärsche, sei es am Niederrhein, im Ruhrgebiet, Frankfurt, bei Ulm oder Stuttgart. Mit dieser Einschränkung sind viele Teile der Friedensbewegung nicht einverstanden. Die Grünen in NRW haben nach dem für das Ruhrgebiet entscheidenden Treffen in Dortmund einen „offenen Brief" an alle Friedensgruppen geschrieben: KoFAZ, DKP und befreundete Gruppen hätten jede inhaltliche Debatte verhindert, und das hieß insbesondere jede Debatte über Polen sowie über die Notwendigkeit, gegen Kernkraftwerke vorzugehen. Beides wollten die Grünen mit in einen Aufruf hineingenommen wissen. Sie haben damit wichtige Teile der Friedensbewegung hinter sich. Die Politik der DKP andererseits führt immer deutlicher zu Einschränkungen: Teilweise ruft mittlerweile nicht mehr ein Zusammenschluß von Friedensinitiativen zum Ostermarsch auf, sondern das – wie allgemein bekannt – DKP-nahe KoFAZ. In Düsseldorf wird über einen alternativen Aufruf verhandelt.

Gibt es da nicht zwei gute Gründe, den Aufruf der DGB-Jugend positiv aufzugreifen, die Kundgebung durch die Friedensinitiativen zu begrüßen, genauso wie den Aufruf?

1. Nimmt der Aufruf doch zu Polen Stellung, fordert die Aufhebung des Kriegsrechts, die Freilassung inhaftierter Gewerkschafter und die Aufhebung der unter Kriegsrecht verhängten Urteile sowie die Gewährleistung freier gewerkschaftlicher Betätigung für „Solidarität". „Unserer Verantwortung gegenüber dem polnischen Volk stellen wir uns nicht erst heute. Die Gewerkschaftsjugend hat als erste gemeinsam mit anderen die Aussöhnung mit den Polen praktisch vollzogen, der Antikriegstag hat seine besondere Bedeutung auch in der Wahl des Datums 1. September, an dem Polen von Hitler-Deutschland überfallen und der II. Weltkrieg angezettelt wurde." Der Bundesjugendausschuß wendet sich auch gegen die Militärregimes in Chile, Bolivien, der Türkei.

2. Nachdem der DGB-Bundesvorstand die organisierte Teilnahme der Gewerkschaften an der Demonstration in Bonn untersagt und schließlich einen eigenen Aufruf zur Abrüstung in die Welt gesetzt hatte, der keine vorwärtstreibende Rolle für die Friedensbewegung, auch für die Entwicklung der Auffassungen in den Gewerkschaften, gespielt hat und spielen konnte, ist dies wieder eine Möglichkeit, Verbindungen zwischen der Friedensbewegung und der Gewerkschaftsbewegung in der Frage des Kampfes gegen die Kriegsgefahr herzustellen.

Zerbricht die Zapu an den Waffenfunden?

Nkomo offenbar isoliert / Zanu um die nationale Einheit bemüht

thf.Salisbury. In der erwarteten Weise ist der Zapu das Auffinden von großen Waffenlagern auf ihren Farmen quittiert worden: Nkomo, zwei weitere Minister und zwei stellvertretende Minister der Zapu sind von Premierminister Robert Mugabe aus der Regierung entlassen worden. Diese Minister waren als Direktoren oder als Mitglieder des Aufsichtsrates mit den Gesellschaften verknüpft, denen die Farmen gehörten. Weiteren zwei Zapu-Ministern und stellvertretenden Ministern ist es freigestellt worden, ob sie zurücktreten oder in der Regierung bleiben wollen. Einer davon hat inzwischen erklärt, er werde bleiben, einer, er werde gehen, zwei machen ihre Entscheidung von einem Beschluß des ZK der Zapu abhängig.

Dieser politischen Quittung soll eine strafrechtliche folgen, wenn die Verantwortlichen sicher ausgemacht sind. Die Gegenwehr der Zapu war schwach. Statt die politische Klärung voranzubringen, langweilt Nkomo die Öffentlichkeit mit Stellungnahmen über seinen „Fall in den Bettlerstand" und die Krankheit seiner Frau.

In Salisbury und Umtali sind die Maßnahmen von einer ganzen Reihe von Demonstrationen schon am Morgen des der Bekanntgabe der Entlassung Nkomos folgenden Tages begrüßt worden. Bulawayo, im Zentrum des Ndebelelandes, blieb ruhig, allerdings unter unübersehbarer Polizei- und Militärpräsenz. Durchaus erfolgversprechend hat es die Zanu offensichtlich darauf angelegt, die für die Waffenlagerungen verantwortliche Gruppe innerhalb der Zapu zu isolieren. Mugabe hat in diesem Zusammenhang ausdrücklich betont, die Entscheidung der Suspendierung dieser Zapu-Minister bedeute nicht, alle Zapu-Mitglieder seien schlecht. Es gelte, weiterhin für die Einheit zu arbeiten. Um die Gräben zwischen den Shona und den Ndebele als Volksgruppen nicht zu vertiefen, erlebte wohl auch der im Oktober wegen Undiszipliniertheiten aus der Regierung gestoßene ehemalige Gesundheitsminister Ushewokunze die Wiederaufnahme. Er war immer ein sehr populärer Minister, außerdem war er das einzige Zanu-Mitglied, das bei den Parlamentswahlen ein Mandat im Ndebeleland gewonnen hatte.

Drei Zapu-Politiker haben inzwischen ihren Übertritt zur Zanu erklärt, einer davon war Vorsitzender des Bezirks Gwelo, in dem sich der Einfluß der Zapu und der Zanu bis jetzt die Waage hielten. Entscheidend für die Gewinnung weiterer Mitglieder der Zapu und der Isolierung der verantwortlichen Gruppe wird allerdings sein, daß es gelingt, diese Taktik innerhalb der Zanu soweit durchzusetzen und durchzuhalten, daß sich Funktionäre auf den mittleren Ebenen, in den Stadtverwaltungen usw. nicht auf einen Grabenkrieg gegen die Zapu einlassen und Diskriminierungen bei der Arbeits- und Wohnraumbeschaffung nicht in großem Stil aufkommen, bzw. ausgemerzt werden können, wo es bisher berechtigte Klagen darüber gegeben hat.

Von Anfang an war die Einheit der beiden Parteien Zanu und Zapu in der Patriotischen Front und später in der Regierung starken Spannungen ausgesetzt. Unter dem Druck der Frontstaaten, und um bei den Genfer Verhandlungen gemeinsam auftreten zu können, bildeten die beiden Parteien 1976 die Patriotische Front. Die Zapu scheute jedoch keinen Trick, um sich international, unterstützt von der UdSSR, als authentische Befreiungsbewegung zu präsentieren. Wenig Interesse hatte sie an der Entwicklung des Guerillakampfes. So desertierten Zipra-Kader auf höhere Anweisung aus der kurz zuvor gegründeten Einheit der bewaffneten Flügel der beiden Organisationen, sobald sie über die Zanla-Infrastruktur ins Land geschleust worden waren, um Soldaten für ihr Lager in Sambia zu rekrutieren. In Sambia und Tansania kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die die Zanla in Tansania 1976 über 150 Tote kostete. Tatsächlich hat es auch später immer wieder dementierte bewaffnet Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen in den befreiten Gebieten gegeben. Nach den Lancaster-Verhandlungen, bei denen Nkomo um nahezu jeden Preis abgeschlossen hätte, wenn es ihm die Macht gebracht hätte, kandidierte die Zapu offiziell unter dem Namen Patriotische Front, in der Hoffnung, so die Wähler darüber hinwegzutäuschen, wer tatsächlich den Guerillakrieg gegen das Smith-Regime geführt hatte.

Schießereien gab es auch in der Republik Zimbabwe noch. Die schwersten, von Zipra-Elementen angezettelt, im November 1980 und im Februar 1981. Über 200 Tote waren das Ergebnis der letzteren. Daß die Zapu nicht trotz der ernüchternden Wahlniederlage schon eher unter stärkeren Druck gekommen ist, dürfte im wesentlichen zwei Gründe haben. Zum einen ist sicher ein starkes Element von Stammesstolz in der Politik, seit der Einfluß der Zapu, die sich mehr in Loyalität zu Nkomo denn auf einem politischen Programm gründet, auf die Ndebele zurückgegangen ist. Zum anderen war die Zanu nach dem Lancaster-Abkommen zu einer Politik gezwungen, die sie selbst erst jetzt nach und nach in eine Strategie einordnen kann. Das Lancaster-Abkommen überraschte die Zanu selbst. Noch kurz zuvor hatte sie in ihrem Zentralorgan in einem Kommentar die dann abgeschlossenen Vereinbarungen rundweg abgelehnt. Ohne Gesamtplan war die dann notwendige Politik der kleinen Schritte aber nicht so attraktiv und hat auch innerhalb der Zanu Schwierigkeiten mit sich gebracht. Das bedeutet nicht, daß die Zapu niemals eine politische Alternative hat aufweisen können. Im Gegenteil, kurz vor der diesjährigen Neujahrsbotschaft Mugabes brachte Nkomo mit sehr viel Schau eine Broschüre auf den Markt, die ohne einen originellen Gedanken nichts als einige verwässerte Regierungsvorhaben enthielt.

Es bleibt die Frage, weshalb die Zapu die Waffen versteckt hat. Eine ernsthafte Aussicht auf Erfolg hatte sie nicht; keiner der Frontstaaten würde einen Coup unterstützt haben. Aus Sambia, immer ein Zapu-Unterstützer, wurde von der halboffiziellen Regierungszeitung kommentiert, daß es das beste sei, die Zapu ganz zu verbieten. Angesichts dieser Lage wiegen die Anschuldigungen schwer, Nkomo habe zweimal vergeblich zu Südafrika Kontakt aufgenommen, um Unterstützung zu bekommen. So unglaublich das erscheint, für einen offensiven Plan wäre das gegenwärtig die einzige Möglichkeit gewesen.

Stoppt die US-Intervention in Mittelamerika

kvz. Die Anti-Interventions-Bewegung, der Zusammenschluß der Informationsstellen für Nicaragua, El Salvador und Guatemala sowie der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, rufen für den 13. März zu einer *zentralen Demonstration* und Kundgebung in Frankfurt auf (11 Uhr, Uni/Campus). Die Forderungen des Aufrufs: Schluß mit dem Völkermord in Mittelamerika! Für die Unterstützung und Anerkennung der Vereinigten Opposition FDR/FMLN El Salvadors! Gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung der Völker in der sog. „Dritten Welt"! Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker! Gegen die drohende direkte und die bereits laufende indirekte Intervention der USA und anderer Mächte in Mittelamerika! Gegen die Kriegspolitik der USA!

der Friedensbewegung, die dieses Jahr wieder einen Ostermarsch durchführen wollen, läßt sich aber nicht auf die von der DKP betriebene Eingrenzung der Inhalte ein. In einer eigenen Großkundgebung am Karfreitag in Dortmund will die DGB-Jugend ihre Position darstellen.

„Beteiligen Sie sich an den Ostermärschen 1982, mit denen im ganzen Land gegen Nuklearwaffen auf deutschem Boden protestiert wird!" so hatten die Initiatoren des Krefelder Appells in einer Erklärung Ende Januar 1982 geschrieben. Daß nichts anderes darin vorkommt als die Mittelstreckenraketen, das ist Absicht (vgl. KVZ 7/1982). Darauf konzentrieren sich derzeit alle Aufrufe für Ostermärsche, sei es am Niederrhein, im Ruhrgebiet, Frankfurt, bei Ulm oder Stuttgart. Mit dieser Einschränkung sind viele Teile der Friedensbewegung nicht einverstanden. Die Grünen in NRW haben nach dem für das Ruhrgebiet entscheidenden Treffen in Dortmund einen „offenen Brief" an alle Friedensgruppen geschrieben: KoFAZ, DKP und

Verantwortung gegenüber dem polnischen Volk stellen wir uns nicht erst heute. Die Gewerkschaftsjugend hat als erste gemeinsam mit anderen die Aussöhnung mit den Polen praktisch vollzogen, der Antikriegstag hat seine besondere Bedeutung auch in der Wahl des Datums 1. September, an dem Polen von Hitler-Deutschland überfallen und der II. Weltkrieg angezettelt wurde." Der Bundesjugendausschuß wendet sich auch gegen die Militärregimes in Chile, Bolivien, der Türkei.

2. Nachdem der DGB-Bundesvorstand die organisierte Teilnahme der Gewerkschaften an der Demonstration in Bonn untersagt und schließlich einen eigenen Aufruf zur Abrüstung in die Welt gesetzt hatte, der keine vorwärtstreibende Rolle für die Friedensbewegung, auch für die Entwicklung der Auffassungen in den Gewerkschaften, gespielt hat und spielen konnte, ist dies wieder eine Möglichkeit, Verbindungen zwischen der Friedensbewegung und der Gewerkschaftsbewegung in der Frage des Kampfes gegen die Kriegsgefahr herzustellen.

worden. Bulawayo, im Zentrum des Ndebelelandes, blieb ruhig, allerdings unter unübersehbarer Polizei- und Militärpräsenz. Durchaus erfolgversprechend hat es die Zanu offensichtlich darauf angelegt, die für die Waffenlagerungen verantwortliche Gruppe innerhalb der Zapu zu isolieren. Mugabe hat in diesem Zusammenhang ausdrücklich betont, die Entscheidung der Suspendierung dieser Zapu-Minister bedeute nicht, alle Zapu-Mitglieder seien schlecht. Es gelte, weiterhin für die Einheit zu arbeiten. Um die Gräben zwischen den Shona und den Ndebele als Volksgruppen nicht zu vertiefen, erlebte wohl auch der im Oktober wegen Undiszipliniertheiten aus der Regierung gestoßene ehemalige Gesundheitsminister Ushewokunze die Wiederaufnahme. Er war immer ein sehr populärer Minister, außerdem war er das einzige Zanu-Mitglied, das bei den Parlamentswahlen ein Mandat im Ndebeleland gewonnen hatte.

Drei Zapu-Politiker haben inzwischen ihren Übertritt zur Zanu erklärt, einer davon war Vorsitzender des Bezirks Gwelo, in dem sich der Einfluß der Zapu und der Zanu bis jetzt die Waage hielten. Entscheidend für die Gewinnung weiterer Mitglieder der Zapu und der Isolierung der verantwortli-

In Sambia und Tansania kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die die Zanla in Tansania 1976 über 150 Tote kostete. Tatsächlich hat es auch später immer wieder dementierte bewaffnet Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen in den befreiten Gebieten gegeben. Nach den Lancaster-Verhandlungen, bei denen Nkomo um nahezu jeden Preis abgeschlossen hätte, wenn es ihm die Macht gebracht hätte, kandidierte die Zapu offiziell unter dem Namen Patriotische Front, in der Hoffnung, so die Wähler darüber hinwegzutäuschen, wer tatsächlich den Guerillakrieg gegen das Smith-Regime geführt hatte.

Schießereien gab es auch in der Republik Zimbabwe noch. Die schwersten, von Zipra-Elementen angezettelt, im November 1980 und im Februar 1981. Über 200 Tote waren das Ergebnis der letzteren. Daß die Zapu nicht trotz der ernüchternden Wahlniederlage schon eher unter stärkeren Druck gekommen ist, dürfte im wesentlichen zwei Gründe haben. Zum einen ist sicher ein starkes Element von Stammesstolz in der Politik, seit der Einfluß der Zapu, die sich mehr in Loyalität zu Nkomo denn auf einem politischen Programm gründet, auf die Ndebele zurückgegangen ist. Zum anderen war

Kontakt aufgenommen, um Unterstützung zu bekommen. So unglaublich das erscheint, für einen offensiven Plan wäre das gegenwärtig die einzige Möglichkeit gewesen.

Stoppt die US-Intervention in Mittelamerika

kvz. Die Anti-Interventions-Bewegung, der Zusammenschluß der Informationsstellen für Nicaragua, El Salvador und Guatemala sowie der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, rufen für den 13. März zu einer zentralen Demonstration und Kundgebung in Frankfurt auf (11 Uhr, Uni/Campus). Die Forderungen des Aufrufs: Schluß mit dem Völkermord in Mittelamerika! Für die Unterstützung und Anerkennung der Vereinigten Opposition FDR/FMLN El Salvadors! Gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung der Völker in der sog. „Dritten Welt"! Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker! Gegen die drohende direkte und die bereits laufende indirekte Intervention der USA und anderer Mächte in Mittelamerika! Gegen die Kriegspolitik der USA!

Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen abgesagt

gkr. Nach dem Verlauf des Vorbereitungstreffens am 13.2. für den Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen (BAF) in Osnabrück erklärte die Vorbereitungsgruppe das Vorhaben für gescheitert. Der Anlaß war, daß die schon beim Treffen am 16./17. Januar massiv auftretenden antiimperialistischen Gruppen", im wesentlichen der RAF nahestehend, nun für das Eröffnungsplenum einen eigenen Beitrag forderten. Auf diesem Eröffnungsplenum, so die Vorbereitungsgruppe, sollten Projekte und Aktionen vorgestellt werden, die für die Friedensbewegung beispielhaft sind und aus denen verallgemeinerbare Erfahrungen zu gewinnen sind. Die „antiimperialistischen Gruppen" wollten mit einem Beitrag über „militärischen Widerstand", u.a. den RAF „Anschlag auf den NATO-General Kroesen" und den „Anschlag Ramstein", vertreten sein, da „die RAF ein gleichwertiger Teil der Friedensbewegung" sei und sich lediglich durch die „militärische Kampfform" unterscheide. Es soll nun ein Arbeitstreffen stattfinden. (Meldung bis 1. März bei G. Nickstadt, Dielingerstr. 43, 4500 Osnabrück)

Schubart von Kandidatur bei den Grünen gestrichen

kvz. Alexander Schubart war nicht lange Kandidat der Grünen im Wahlkreis 38 in Frankfurt. Nahezu einstimmig wurde diese Entscheidung auf einer Mitgliederversammlung der Grünen Frankfurt getroffen und gleichzeitig die Empfehlung zurückgenommen, ihn auf der offenen Landesliste aufzustellen. Der Anlaß für diese Entscheidung war, daß Alexander Schubart nach wie vor in der Wahldebatte in Richtung der Gründung einer Alternativen Liste eingriff.

Nicht viel Neues beim MSB zur vds-MV

jöf.Bonn. Inzwischen hat der MSB Spartakus seine „Thesen" für die Arbeit der vds den anderen Fraktionen mitgeteilt. In seinem zusammen mit dem SHB in den nächsten Tagen erscheinenden Programmvorschlag soll der „Hauptschwerpunkt" der Kampf gegen die Rotstiftpolitik sein. Vor allem sollen nur örtliche und regionale Aktionen erfolgen, für das WS 82/83 soll „evtl. eine gemeinsame zentrale Aktion", aufbauend auf „Bündnisarbeit vor allem mit den Gewerkschaften", geplant werden. Zudem hält der MSB gegen „Rotstift und Amerikanisierung" ein „Kernforderungsprogramm der vds zur Hochschulpolitik" für notwendig. Außerdem will der MSB im Sommersemester entweder selbst oder eben die vds eine „Hochschulalltagskampagne" durchführen, die mit einer bundesweiten Umfrageaktion begonnen wird. Sie soll sich mit den „subjektiven Problemen" der Studenten wie Ellenbogenmentalität, Anonymität u.ä. beschäftigen. Der MSB ist für eine stärkere *eigenständige* Friedensarbeit der Studentenbewegung. Ein „vds-Projektbereich Frieden" soll gegründet werden. Zum *Reagan-Besuch* am 9.6. tritt MSB-Vorsitzender Knickrehm für eher regionale Demonstrationen ein, die die vds mitinitiieren soll, ebenso für ein „Anti-US-Tribunal der Studentenbewegung" zusammen mit verstärkter Unterstützung für El Salvador.

Juso-Manöver aufgedeckt

jöf.Bonn. Als hinterhältiges Manöver zwecks Zerschlagung der Vereinigten Deutschen Studentenschaft (vds) haben sich die Behauptungen verschiedener Juso-Führer entlarvt, daß die vds kurz vor dem Bankrott stehe und zudem aufgrund der bestehenden Gerichtsurteile wie dem Münsteraner OVG-Urteil, das „allgemeinpolitische" Beitragszahlungen der ASten NRWs untersagt, besser aufgelöst werden solle. Eine Finanzüberprüfung durch Vertreter der Basisgruppen hat ergeben, daß die vds sogar „mit plus" ins nächste Semester geht und die Arbeit durchaus gesichert werden kann. Zum gleichen Ergebnis kamen Vertreter des MSB. Offensichtlich wollen die Juso-Führer mit dieser interessierten Lüge sowohl Teile der ASten als auch ihre eigene Mitgliedschaft bei Ausnutzung berechtigter Kritik an den inneren Verhältnissen in den vds für eine vds-Auflösung, zumindest aber für einen Auszug der Juso-Gruppen aus der vds gewinnen, um dann eine von Juso-Bundesgeschäftsführer Hartung favorisierte „Bundesstudentenkonferenz" zu gründen – ohne Exekutive und politischem Mandat, bei Festschreibung der „Fraktionswirtschaft" und Ausschaltung der einzelnen ASten. Das Projekt kommt den schon langgehegten Absichten der CDU-Studenten nach einem „Bundesstudentenparlament" entgegen. Realer Hintergrund ist der erheblich gesunkene Einfluß der Jusos im letzten Jahr in der Studentenschaft und somit in der vds (nur noch in 4 ASten alleine vertreten, ca. 5000 Stimmen verloren bei AStA-Wahlen) als auch offenbar Hilfestellung einiger Juso-Führer bei der sozialdemokratischen Regierungsstrategie zwecks Isolierung der demokratischen Bewegung. Das Verhalten der Jusos auf der vds-MV ist relativ offen, für eine Auflösung fehlt die Mehrheit. Der MSB-Vorsitzende Knickrehm erklärte, daß MSB und SHB zur Not die vds auch alleine weiter aufrechterhalten wollen. Die Basisgruppen lehnen die Absichten der Juso-Führer ab, ebenso wie ein Kuschen vor den Gerichtsurteilen, halten aber gerade angesichts der Liquidierungsversuche die Umwandlung der vds in einen „basisdemokratisch, politisch pluralistischen Dachverband" und die „Abkehr von der Instrumentalisierung durch MSB/SHB" für nötig.

„Konrad" nicht in Gorleben

kvz. Im Artikel „Minister Baum treibt die Kernenergie voran" in der letzten Ausgabe der KVZ ist uns der Fehler unterlaufen, den Beginn der Arbeiten für die Lagerung von radioaktiven Stoffen bei Gorleben dem Schacht Konrad zuzuordnen. Bei dem Schacht Konrad handelt es sich um ein schon weitgehend geplantes Endlager bei Salzgitter. Wir werden darüber in einer unserer nächsten Ausgaben ausführlicher berichten.

e · Termine · Termi

Februar

27. **Offenbach.** Internationale Lederwarenmesse, bis 2.3.
Frankfurt. Internationale Frankfurter Messe, bis 3.3.
Bonn. Demonstration gegen die Unterdrückung im Iran anläßlich des 3. Jahrestages des Sturzes des Schah-Regimes

März

5. **Essen.** Arbeitstagung des Öko-Institutes zu Industriegesellschaft, Beschäftigungspolitik und Umwelt, bis 6.3.
6. **Düsseldorf.** 7. Bundeskongreß der SDAJ, bis 7.3.
7. **Schleswig-Holstein.** Kommunalwahlen
Guatemala. Allgemeine Wahlen
8. Internationaler Frauentag
11. **Köln.** vds-Mitgliederversammlung, bis 14.3.
12. **Stuttgart.** Tarifverhandlungen öffentlicher Dienst
DDR. 25. Jahrestag des Truppenstationierungsvertrages UdSSR – DDR
13. **Hamm.** Außerordentliche Mitgliederversammlung des BBU, bis 14.3.
Frankfurt. Zentrale Demonstration zu El Salvador
Frankfurt. Arbeitstagung der Komitees „Solidarität mit Solidarność"

Gdańsk, Februar 82

Gespräche und Eindrücke aus Danziger Krankenhäusern

An der Kreuzung vor dem Gefängnis Milizposten. ,,Nach dem 30. Januar wurden alle politischen Gefangenen von hier weggebracht.'' Mein polnischer Kollege bringt mich zu Pfarrer Jankowski, der auf der Leninwerft die Messen gelesen hat und Lech Walesa seelsorgerisch betreut. Die Spendenübergabe und ein kurzes Gespräch bleiben kühl, und ich lasse mein Gegenüber meine Abneigung und mein Mißtrauen gegen Kirche, Religion und Klerus spüren. Wie lächerlich mein Verhalten ist, zeigen mir die anschließenden Gespräche mit Mitgliedern der Solidarność, ,,da ist alles in Ordnung'', die Kirche ist die einzige verbliebene Institution, die Lebensmittel, Nachrichten und Briefe im ganzen Land verteilen kann.

•

Auf dem Weg zur Leninwerft an den Wänden frisch geklebte Flugblätter und das Zeichen – ein aus einem W aufsteigendes P wie ein Anker –, unter dem Polen seit dem Mittelalter um seine Freiheit gekämpft hat. ,,Am 30. Januar war der Tränengaseinsatz gegen die Demonstrationen so stark, daß die Ärzte in der Klinik der Leninwerft nicht mehr operieren konnten, in den anderen Krankenhäusern wurden auch Tag und Nacht die Verletzten behandelt.'' Das Denkmal auf einem riesigen Platz. ,,Hier haben sich vor dem 13. Dezember Zehntausend gedrängt.'' Jetzt ist es von Miliz umlagert, die verhindern soll, daß Blumen und Kränze niedergelegt werden. Nach kurzem Zögern führt mich mein Kollege zwischen den Milizposten hindurch zum Sockel. ,,Dazu haben wir das Recht, und wir nehmen es uns.''

,,Wir hatten schon vor 1980 viel Zeit zum Nachdenken, wenn wir morgens zur Arbeit kamen und nicht arbeiten konnten, weil kein Material da war; jetzt haben wir noch mehr Zeit.'' Die Leninwerft kann nicht mehr produzieren. Die Telefonsperre macht eine Koordination mit den Werften in Gdynia unmöglich. ,,Aber auch wenn das Telefon wieder geht, ist noch lange kein Material da.''

•

In der Marienkirche kommt mir die deutsche Früh-Kolonialgeschichte

ter dem Polen seit dem Mittelalter um seine Freiheit gekämpft hat. ,,Am 30. Januar war der Tränengaseinsatz gegen die Demonstrationen so stark, daß die Ärzte in der Klinik der Leninwerft nicht mehr operieren konnten, in den anderen Krankenhäusern wurden auch Tag und Nacht die Verletzten behandelt.'' Das Denkmal auf einem riesigen Platz. ,,Hier haben sich vor dem 13. Dezember Zehntausend gedrängt.'' Jetzt ist es von Miliz umlagert, die verhindern soll, daß Blumen und Kränze niedergelegt werden. Nach kurzem Zögern führt mich mein Kollege zwischen den Milizposten hindurch zum Sockel. ,,Dazu haben wir das Recht, und wir nehmen es uns.''

,,Wir hatten schon vor 1980 viel Zeit zum Nachdenken, wenn wir morgens zur Arbeit kamen und nicht arbeiten konnten, weil kein Material da war; jetzt haben wir noch mehr Zeit.'' Die Leninwerft kann nicht mehr produzieren. Die Telefonsperre macht eine Koordination mit den Werften in Gdynia unmöglich. ,,Aber auch wenn das Telefon wieder geht, ist noch lange kein Material da.''

•

In der Marienkirche kommt mir die deutsche Früh-Kolonialgeschichte
hoch. Der Deutschritterorden als raubende, brandschatzende Privatarmee des aufstrebenden deutschen Handelskapitals, der Deutschen Hanse.

Das Mißtrauen gegenüber dem deutschen Reich und seinen Nachfolgern sitzt Jahrhunderte fest, aber ebenso tief und aktuell brennender und schärfer das Mißtrauen, der Kampf gegen den russischen Zarismus und seine legitimen Erben.

Vor dem 13. Dezember wurde über die mit Hitler abgesprochenen Verbrechen Stalins gegen das polnische Volk auf den Straßen, in den Fabriken, Schulen offen gesprochen. Jetzt steht nur noch in einer Ecke der Marienkirche ein Mahnmal für die Opfer von Katyn.

•

Vorsichtige Frage an einen polnischen LKW-Fahrer: Sind Sie Mitglied der Solidarność? Liebenswürdige Antwort: ,,Natürlich, warum fragen Sie?''

•

,,Wir haben sehr spät begriffen, vielleicht zu spät, daß wir das alles selbst in die Hand nehmen müssen.'' Die Frage der Selbstverwaltung, der Koalitions-, Meinungs- und Pressefreiheit, das alles sind keine Kopfgeburten, sondern praktische Erfordernisse, um eine Produktion zu organisieren, die das polnische Volk versorgen kann, die produktive, kreative Kräfte freisetzen und schaffen. Frage an einen Arzt, nachdem er eine halbe Stunde versucht hat, ein Telefongespräch zustande zu bringen. ,,Ist das die Jaruzelskische Methode der Steigerung der Produktivität?'' – kurzes Auflachen – weiter arbeiten! Wer hier weiter arbeitet, der muß ein ,,Mann aus Eisen'' sein.

Der Arbeitstag ist um mindestens das Doppelte verlängert, weil der Kampf um sogenannte Selbstverständlichkeiten mindestens so viel Zeit und Kraft kostet wie die Arbeit (auch wenn sie nur aus Warten auf Material besteht).

Von einigen tausend Beschäftigten der Danziger Universitätsklinik sind 90% in der Gewerkschaft Solidarność organisiert. Die Gewerkschaftsabzeichen tragen viele noch offen. Streiks im Krankenhaus lehnen sie ab, das werde die Patienten treffen. Aber bei jeder Demonstration sind sie dabei und haben viel zu tun, jeder Streik in der Industrie wird von ihnen unterstützt.

•

,,Wir bedanken uns sehr herzlich für die 90-Minuten-Show von Ronald Reagan.'' Daß der Technologietransfer von den USA unterbunden wird und gleichzeitig umfangreiche Getreideexporte in die UdSSR getätigt werden, hat man hier mitgekriegt; daß das eine die westeuropäischen Staaten trifft und das andere der US-Wirtschaft nutzt, auch.

Solidarność-Mitglieder wissen ebenfalls, daß Reagan Gewerkschaftler ins Gefängnis geworfen hat, weil sie einen Streik organisiert hatten. Ich kann oft nur an den Minen ablesen, was die Leute, mit denen ich rede, zu außenpolitischen Fragen meinen.

Neue Ostpolitik: Eine Runde von Ärztinnen, Ärzten, Schwestern und Pflegern nickt zustimmend, ja, das hat schon etwas genützt. Das hat Luft gebracht. ,,Grüßen Sie Helmut'', sagt einer. ,,Kohl?'', ,,nein, Schmidt!'' und die anderen lachen freundlich. Bitter werden die Gesichter erst bei der Feststellung, daß am 13. Dezember ,,Helmut mit dem Erich Sekt getrunken'' hat.

•

Ein Arzt zeigt mit einigem Stolz zwei in Polen produzierte Geräte, alles andere, was ich gezeigt bekam, waren ausländische Fabrikate, in einer Klinik so groß wie die Frankfurter Uniklinik. ,,Das ist so wie bei der polnischen Hochsee-Fischfangflotte – bei uns produziert,

gleichzeitig umfangreiche Getreideexporte in die UdSSR getätigt werden, hat man hier mitgekriegt; daß das eine die westeuropäischen Staaten trifft und das andere der US-Wirtschaft nutzt, auch.

Solidarność-Mitglieder wissen ebenfalls, daß Reagan Gewerkschaftler ins Gefängnis geworfen hat, weil sie einen Streik organisiert hatten. Ich kann oft nur an den Minen ablesen, was die Leute, mit denen ich rede, zu außenpolitischen Fragen meinen.

Neue Ostpolitik: Eine Runde von Ärztinnen, Ärzten, Schwestern und Pflegern nickt zustimmend, ja, das hat schon etwas genützt. Das hat Luft gebracht. ,,Grüßen Sie Helmut'', sagt einer. ,,Kohl?'', ,,nein, Schmidt!'' und die anderen lachen freundlich. Bitter werden die Gesichter erst bei der Feststellung, daß am 13. Dezember ,,Helmut mit dem Erich Sekt getrunken'' hat.

•

Ein Arzt zeigt mit einigem Stolz zwei in Polen produzierte Geräte, alles andere, was ich gezeigt bekam, waren ausländische Fabrikate, in einer Klinik so groß wie die Frankfurter Uniklinik. ,,Das ist so wie bei der polnischen Hochsee-Fischfangflotte – bei uns produziert,
und fährt unter sowjetischer Flagge.''

Kommt die Sprache auf den konvertierbaren Rubel, machen alle Anwesenden nur eine typische Handbewegung – ,,zapzerap''.

•

Daß es Westdeutsche gibt, die die Solidarność und Polen unterstützen, erstaunt die meisten. Schulbuchdebatten, Grenzen von 1937, gesamtdeutsch tradierte Vorurteile über Polen, Polaken, polnische Wirtschaft, das sitzt tief. Ein Arzt, Solidarność-Vorsitzender – jetzt vom Militär seiner Funktion enthoben – war 10 Jahre lang Chefarzt in Ritterfeld bei Magdeburg. – Ein Pole als Chefarzt in einer deutschen Klinik? Ja, er hat für seine Arbeit dort Auszeichnungen und Orden erhalten. Jetzt helfen die Staatsorgane dieses Bruderlandes bei der Zerschlagung seiner Gewerkschaft.

•

Abends nach dem Kinderfernsehen ist das Programm beendet. Wegen der Demonstrationen gegen die Preiserhöhungen am 30. Januar wurde das Abendprogramm gestrichen. Die Leute in Gdańsk nehmen es mit beißender Ironie: ,,Die Kinder waren böse, der Vater hat sie bestraft.''

•

,,Wir haben unendliche Geduld, Jaruzelski wird das nicht lange durchhalten. Eine Kuh, die man melken will, muß irgendwie ans Futter, und wenn's sich lohnen soll, muß das Futter auf heimischen Wiesen wachsen, nicht importiert werden.'' – ,,Was heißt ,nicht lange'?'' – ,,1 Jahr, 3 Jahre, 10 oder 15 Jahre.'' Das Plakat mit dem Cardiogramm des polnischen Volkes fällt mir ein: 44, 56, 68, 70, 76, 80 ...

,,Kein friedliches Europa ohne freies Polen'', heißt es auf einem berühmten Transparent. Gilt das nicht auch umgekehrt? Und keine Weiterentwicklung in Polen ohne entsprechende Entwicklungen in den anderen RGW-Staaten und im Westen?

,,Das kommt darauf an, wo man selbst den Schwerpunkt setzt. Wir können nicht erst warten, bis sich die Lage irgendwie verändert. Wir fangen an, die Lage bei uns zu verändern, weil unsere Verhältnisse es dringend erfordern.''

•

,,Die Beschaffung von Antibiotika spielt sich so ab, daß wir Tage brauchen, um herauszufinden, daß es dann doch keine gibt. Der Zentralplan für die medizinisch-technische Ausrüstung sieht vor, daß jetzt die Bestellungen für 1985 gemacht werden. Mal dürfen wir Vorschläge machen und diskutieren, mal dürfen wir nicht. Zu entscheiden haben wir nichts. Bis 1985 sind die Bestellungen von 1982 schon längst veraltet, der Bedarf hat sich verändert, und ob wir das Bestellte bekommen, hängt erstens vom Devisenvorrat und zweitens von der zentralen Zuteilung ab.''

•

,,Unsere Arbeit droht oft an den einfachsten Dingen zu scheitern; es gibt keine Operationshandschuhe, kaum Desinfektionsmittel, keine Seife. Mal abgesehen vom Mangel an moderner Krankenhaus- und Laborklinik. Wir haben z.B. zu wenig Krankenbetten. Es gibt keine. Wenn wir notgedrungen zwei Kinder in ein Bett legen, ist es schon einigermaßen schwierig, Infektionskrankheiten zu vermeiden. Zumal wenn keine Desinfektionsmittel da sind. Bisher haben wir es geschafft.

•

Ein paar Mal rutscht mir ,,Danzig'' oder ,,Breslau'', ,,Posen'' oder ,,Stettin'' raus, obwohl ich doch die polnischen Städtenamen seit Jahren geübt hatte. Wenn ich mich korrigiere, lacht mich mein Begleiter an. ,,Günter Grass sagt auch ,Danzig'; so jemandem nehmen wir das nicht übel, es ist ja schließlich seine Heimat. In Gdańsk gibt es ein Viertel, da sprechen die Leute besser deutsch als polnisch. Und das ist in etlichen Städten so. Nur wenn bei Euch einige Politiker von ,Danzig' und ,Breslau' sprechen, dann läuft es uns wegen dem besitzergreifenden Unterton kalt über den Rücken.''

,,Unsere Arbeit droht oft an den einfachsten Dingen zu scheitern; es gibt keine Operationshandschuhe, kaum Desinfektionsmittel, keine Seife. Mal abgesehen vom Mangel an moderner Krankenhaus- und Laborklinik. Wir haben z.B. zu wenig Krankenbetten. Es gibt keine. Wenn wir notgedrungen zwei Kinder in ein Bett legen, ist es schon einigermaßen schwierig, Infektionskrankheiten zu vermeiden. Zumal wenn keine Desinfektionsmittel da sind. Bisher haben wir es geschafft.

•

Ein paar Mal rutscht mir ,,Danzig'' oder ,,Breslau'', ,,Posen'' oder ,,Stettin'' raus, obwohl ich doch die polnischen Städtenamen seit Jahren geübt hatte. Wenn ich mich korrigiere, lacht mich mein Begleiter an. ,,Günter Grass sagt auch ,Danzig'; so jemandem nehmen wir das nicht übel, es ist ja schließlich seine Heimat. In Gdańsk gibt es ein Viertel, da sprechen die Leute besser deutsch als polnisch. Und das ist in etlichen Städten so. Nur wenn bei Euch einige Politiker von ,Danzig' und ,Breslau' sprechen, dann läuft es uns wegen dem besitzergreifenden Unterton kalt über den Rücken.''

Loyalitätserklärung

Hiermit erkläre ich, daß ich mit am heutigen Tag mit dem Schreiben des Ministerratsvorsitzenden vom 17.12.1981 vertraut gemacht habe.

Ich kann ohne Einschränkung bestätigen, daß mir meine Pflicht, gemäß den Grundsätzen nationaler Rechtschaffenheit zu handeln, bekannt ist.

Den gesellschaftlichen Interessen und den Prinzipien des sozialistischen Aufbaus folgend, verpflichte ich mich gleichzeitig, die Autorität der Volksmacht durch mein ganzes Verhalten zu respektieren und alle Dienstanweisungen sorgfältig zu befolgen. Ich werde dabei die sozialistische Entwicklung der VR Polen und die Treue zum Volksstaat im Sinn haben. Im Hinblick darauf, daß viele Führungsorgane der Solidarność in den letzten Monaten manifest gegen die Staatsmacht aufgetreten sind und – aus konterrevolutionärer Haltung heraus – den Sturz des sozialistischen Systems angestrebt haben, erkläre ich meinen Austritt aus der Gewerkschaft.

•

Derartige Erklärungen sind vor allem Beamten und Staatsangestellten vorgelegt worden. ,,Solidarität'' hat es in verschiedenen Verlautbarungen aus dem Untergrund ihren Mitgliedern freigestellt, wie sie sich verhalten. Jetzt will die Junta die Sache konstitutionell lösen: ein Beamtengesetz nach deutschem Vorbild ist in Arbeit!



,,Erklärung der Hundert''

Ein scharfer Protest gegen das Kriegsrecht von namhaften Wissenschaftlern und Künstlern

,,Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Aufgrund dieses Rechts können sie ihren politischen Status sowie ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung frei bestimmen.''

Dieser Grundsatz, der in der Internationalen Charta der Menschenrechte festgelegt und von der Volksrepublik Polen ratifiziert wurde, ist ein grundlegendes Prinzip des internationalen Rechts. Er wurde vielfach in Dokumenten der UNO bestätigt sowie in der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki zum Ausdruck gebracht, die von dem polnischen Vertreter 1975 unterzeichnet wurde.

Wir stellen fest, daß dieses Prinzip der Erneuerungsbewegung in unserem Land seit dem August 1980 zugrundelag. Mit seiner Beachtung sowohl durch die Außenmächte als auch durch

nannte Loyalitätserklärungen zu unterschreiben, und die verschiedenen Arten von Druck und Erpressung sowie Entlassung derjenigen von ihren Arbeitsstellen, die die Unterschrift verweigern.

Wir fordern die Staatsmacht auf, die Konfrontation mit dem eigenen Volk zu beenden und den Kriegszustand aufzuheben, die Internierten freizulassen, mit den Repressalien gegen die Mitglieder der NSZZ Solidarność aufzuhören. Wir fordern die Wiederaufnahme des Dialogs mit den legal gewählten Führern von Solidarność und der Kirche.

Wir appellieren an alle Parlamentsabgeordneten der Volksrepublik Polen, an die UNO und die dazu gehörende Menschenrechtsorganisation, alle Schritte zu unternehmen, die die Aufhebung des Kriegszustandes in unserem Land bewirken können.

,,Erklärung der Hundert''

Ein scharfer Protest gegen das Kriegsrecht von namhaften Wissenschaftlern und Künstlern

,,Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Aufgrund dieses Rechts können sie ihren politischen Status sowie ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung frei bestimmen.''

Dieser Grundsatz, der in der Internationalen Charta der Menschenrechte festgelegt und von der Volksrepublik Polen ratifiziert wurde, ist ein grundlegendes Prinzip des internationalen Rechts. Er wurde vielfach in Dokumenten der UNO bestätigt sowie in der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki zum Ausdruck gebracht, die von dem polnischen Vertreter 1975 unterzeichnet wurde.

Wir stellen fest, daß dieses Prinzip der Erneuerungsbewegung in unserem Land seit dem August 1980 zugrundelag. Mit seiner Beachtung sowohl durch die Außenmächte als auch durch
die polnische Staatsmacht verknüpfte die polnische Bevölkerung die Hoffnung auf Beständigkeit und Unantastbarkeit der demokratischen Veränderungen.

Daher erklären wir, daß die Entscheidung, am 13.12.1981 den Kriegszustand zu verhängen, das Prinzip des internationalen Rechtes auf Selbstbestimmung der Völker gebrochen hat. Noch ein weiteres Rechtsprinzip ist gebrochen worden: das Prinzip der Nichtanwendung von Gewalt bei Lösung jeglicher Konflikte.

Die Methoden zur Einschüchterung und Versklavung der Bevölkerung wecken unsere Entrüstung und unseren Protest. Wir sind empört über alle Versuche, das Volk zu zerschlagen und die Arbeiter mit den Soldaten und Polizisten zu konfrontieren sowie darüber, daß internierte Arbeiter, Bauern und gewöhnliche Solidarność-Mitglieder schlechter behandelt werden als internierte Vertreter der Intelligenz, als auch über die Blockierung der Kommunikation im ganzen Land.

Wir protestieren gegen die brutale Unterdrückung der Arbeiterstreiks durch Militär und Miliz, gegen das Schießen auf Menschen, gegen die Internierung von Tausenden in Gefängnissen und Lagern. Wir protestieren gegen die Zerstörung der Familien, die Trennung der Kinder von ihren Eltern, die Verhaftung von Kranken, Alten, Minderjährigen.

Am stärksten beunruhigt uns die Lähmung des kulturellen Lebens, der Wissenschaft und Bildung und die Stilllegung der Informationsmittel. Für schädlich und rechtswidrig halten wir die Praxis der Verletzung der Menschenwürde durch den Zwang, soge-

nannte Loyalitätserklärungen zu unterschreiben, und die verschiedenen Arten von Druck und Erpressung sowie Entlassung derjenigen von ihren Arbeitsstellen, die die Unterschrift verweigern.

Wir fordern die Staatsmacht auf, die Konfrontation mit dem eigenen Volk zu beenden und den Kriegszustand aufzuheben, die Internierten freizulassen, mit den Repressalien gegen die Mitglieder der NSZZ Solidarność aufzuhören. Wir fordern die Wiederaufnahme des Dialogs mit den legal gewählten Führern von Solidarność und der Kirche.

Wir appellieren an alle Parlamentsabgeordneten der Volksrepublik Polen, an die UNO und die dazu gehörende Menschenrechtsorganisation, alle Schritte zu unternehmen, die die Aufhebung des Kriegszustandes in unserem Land bewirken können.

Wir sind davon überzeugt, daß wir dem Willen der gesamten polnischen Bevölkerung Ausdruck verleihen, dem Willen der Arbeiter und Bauern, der Intellektuellen und auch der Soldaten und Polizisten, die dazu gezwungen werden, sinnlos mit schußbereiten Waffen in Städten und Dörfern herumzustehen.

Außer in den Perioden der Nazi-Okkupation und des Stalinismus hat es auf unserem Boden nie so viele und so überfüllte Gefängnisse und Lager gegegeben wie heute, im Januar 1982. Jedem, der bisher versucht hat, unser Volk zu versklaven, kam Widerstand und Zorn entgegen. Daran erinnern wir jene, die den Kriegszustand eingeführt haben.

Warschau, 15. Januar 1982

Den Text dieser Erklärung erhalten:
Ks. Josef Glemp – Polnischer Primas
Der Sejm der Volksrepublik Polen

Es folgen die Namen von 100 Erstunterzeichnern, unter ihnen bekannte Schauspieler und Regisseure, Journalisten, Wissenschaftler, Schriftsteller, Musiker und Maler. Inzwischen soll die Zahl der Unterschriften auf mehrere hundert angewachsen sein, unter ihnen Andrzej Wajda und der bekannte polnische Schauspieler, Daniel Obrychski. Dieses Dokument ist die bisher offenste und schärfste Anklage, die dem Regime entgegengeschleudert wurde. Daß die Erklärung nur gegenüber dem Sejm sowie dem Primas, nicht aber gegenüber dem Militärrat, abgegeben wurde, bringt zum Ausdruck, daß dieser als eine Institution angesehen wird, die keinerlei verfassungsmäßige Legitimität besitzt. – Das Dokument zirkuliert in Polen in zahlreichen Abschriften und ist über Schweden ins Ausland gelangt.

Sanktionen gegen Polen?

Zu den Thesen von Ralf Fücks „Polen, die Blöcke und die Linke", KVZ 6/82, Seite 4

Wenn Genosse Fücks in Punkt 8 „davon ausgeht, daß die erdrückende Belastung der polnischen Ökonomie mit Zins- und Tilgungszahlungen für aufgelaufene Westkredite den innenpolitischen ‚Spielraum' für Reformen noch weiter eingeschränkt hat", dann ist festzustellen, daß in dieser Auffassung sowie in den weiteren Ausführungen Einschätzungen gemacht werden, die m.E. nicht haltbar sind.

Festzustellen ist zunächst einmal, daß der westliche Osthandel mit Polen noch nie ein selbständiger Faktor war, der die Lebensverhältnisse der Bevölkerung dort maßgeblich verbessert hätte. So berichtete z.B. ein Mitglied der Solidarność auf einer Veranstaltung in Rüsselsheim, man habe damals sich immer mehr verwundert, daß diese vielen Kredite aus dem Westen kamen, aber die Lebenslage sich nicht verbesserte, sondern letztendlich verschlechterte. Die Aufstände von 1975 und die Gründung der Solidarność 1980 belegen dies selbst. Es ist sowieso problematisch, einfach von „der polnischen Ökonomie" zu sprechen, als ob es hierbei nicht darauf ankäme, Wesen und Entwicklungsrichtung dieser jeweiligen Ökonomie zu untersuchen. Soviel hat die Entwicklung in Polen meines Erachtens eindeutig gezeigt: Wenn die Arbeiterbewegung in solcherart Ländern nicht die Möglichkeiten sich erkämpft und daran geht, durch eine selbstverwaltete Struktur die „polnische Ökonomie" in ihrem Interesse umzuwälzen, dann werden auch die westlichen Lieferungen und Kredite in vielen Fällen offensichtlich zur weiteren Aufrüstung der Sozialimperialisten verwendet.

So berichtete z.B. der oben zitierte Solidarność-Vertreter, daß wertvolle Radaranlagen aus dem Westen auf der Danziger Leninwerft in Schiffe eingebaut wurden, die in die SU geliefert wurden. M.E. ist die in den Ostblockstaaten herrschende staatsmonopolistische Ausbeuterklasse niemals von sich aus in der Lage, die Struktur dieser Ökonomie zu ändern und wird es sowieso ausschlaggebend sein, ob die Arbeiter und Bauern die notwendigen Rechte durchsetzen und nutzen, damit sich dies ändert. Und gerade nach dem Militärputsch in Polen ist eine Lage geschaffen worden, die diese Bedingungen massiv beseitigt hat.

Auch die These des Totrüstens der SU durch den Westen halte ich für sehr zweifelhaft. Zunächst einmal geht sie davon aus, daß sich die SU militärstrategisch in einer Verteidigungshaltung befindet, was schon der weltweit expansive Charakter ihrer Waffenproduktion und ihrer Einmischungen widerlegt. Es ist heute bestimmt keine Beschönigung des NATO-Bündnisses und der US-Imperialisten, wenn man feststellt, daß die SU eine Macht ist, die selbständig und offensichtlich aus eigenen inneren Triebkräften, wozu auch die Verteidigung des eigenen Staatsmonopols gegenüber der überlegenen westlichen Kapitalökonomie zählt, eine militärische Auseinandersetzung mit den USA um die Neuaufteilung der Welt sucht. Und worauf sie besonders erpicht ist, ist Westeuropa. Wenn die westeuropäische Arbeiter- und demokratische Bewegung, folglich auch die westdeutsche, vor die Frage gestellt ist, wie und mit welchen Mitteln sie die Bewegung in Polen unterstützen soll, und darin besteht mit dem Genossen Fücks ja bestimmt volle Übereinstimmung, daß sie zu unterstützen ist, dann kommt sie nicht um die Frage herum, ob sie nicht bestimmte Forderungen in bezug auf den Handel ihrer eigenen Bourgeoisie mit den jeweiligen Ostblock-Ländern, v.a. aber der SU, erheben soll, die angesichts der massiven Unterdrückung der nationalen Souveränität und der demokratischen Rechte der Völker dort als Druckmittel geeignet sind, dieser Unterdrückung entgegenzuwirken.

S.W., Mainz

Liebe Genossen,
man kann den Auffassungen des Gen. Fücks eigentlich in allen Punkten zustimmen, nur in einer Frage begeht er meiner Ansicht nach einen Denkfehler, denn er schließt wirtschaftliche Sanktionen als von der Linken gegenüber der Bundesregierung zu fordernde Maßnahme aus. Er bedient sich dabei zweier Argumente, die aber m.E. beide nicht stechen:
1. würde es nichts nutzen, sondern nur die Repression gegenüber der Opposition erhöhen und die Lebensbedingungen des Volkes verschlimmern,
2. würde man sich damit zum Werkzeug Reagans machen, die Kriegsgefahr erhöhen und die politische Reaktion hierzulande stärken.

Zu 1.: Es ist erstmal ein nicht zu verachtendes Argument, daß die im Westen sich befindenden Solidarność-Mitglieder *für* Sanktionen eintreten und solches offenbar nicht befürchten. Das wird als Argument nicht ausreichen, vielleicht kennen sie sich nicht so gut aus; es ist aber eine Tatsache, daß die meisten westlichen Exporte nach Polen den dortigen Volksmassen nichts genutzt haben, da sie Investitionen im Investitionsgüterbereich dienten (z.B. Stahlwerke) und damit Güter hergestellt wurden, die wiederum an westliche Länder exportiert wurden. Ein konkreteres Beispiel: Die Polen kauften in der BRD teure Schiffselektronik mit durch Kredite finanzierten Devisen, die in für die SU bestimmte Handelsschiffe eingebaut wurden; die SU zahlt in Transferrubeln. Die Unterdrückung jeder Widerstandsbewegung würde schlimmer, meint der Gen. Fücks, ja kann sie das denn überhaupt noch? Sie kann, aber jede Unterdrückung hat ihre Effektivitätsgrenze, jenseits derer sie in ihr Gegenteil umschlägt, nämlich nicht in Kuschen, sondern in verstärkten Widerstand. In Polen bewegen sich die dortigen Machthaber zumindest hart an dieser Grenze. Natürlich wäre es falsch, blindlings einen Totalboykott zu fordern, aber man muß untersuchen, was sinnvoll wäre und was nicht, und es nicht von vornherein von der Hand weisen.

Zu 2.: Es kann bei einem Wirtschaftsembargo nicht darum gehen, die Sowjetunion und ihren Machtbereich in den Zusammenbruch zu treiben. Das geht auch nicht, sonst hätte es der US-Imperialismus schon längst getan, es geht darum, einen Preis für ein bestimmtes Verhalten, nämlich der uneingeschränkten Wirtschaftsbeziehungen (wobei ein zusätzlicher Anreiz das vom Gen. Fücks vorgeschlagene Moratorium für Zins und Tilgung wäre), zu verlangen; der Preis ist ja noch nicht einmal der Abtritt des Jaruzelski-Regimes, sondern nur die Aufhebung des Kriegsrechts und die Wiederzulassung von Solidarność. Daß die westlichen Imperialisten daraus nicht mehr machen, wird man aufpassen müssen. Wieso macht man sich damit zum Werkzeug Reagans und der politischen Reaktion? Reagan hat ja nicht einmal ein Embargo beschlossen, sondern einige Kiki-Sanktionen, die im wesentlichen auf das Erdgas-Röhren-Geschäft zielen, das ja bekanntlich den amerikanischen Kapitalisten sowieso gestunken hat.

Wenn zwei dasselbe tun, ist es noch lange nicht dasselbe, es kommt darauf an, *warum* sie es tun und *was sie sonst noch tun*. Reagan und Strauß sind gegen die SS-20, das bin ich auch, das ist der größte Teil der Friedensbewegung auch, Reagan und Strauß (wenn man es mal an den beiden Personen festmachen will) weil sie für die Weltherrschaft des US-Imperialismus sind; die Friedensbewegung hat natürlich entgegengesetzte Gründe, da sie vor allem auch gegen die NATO-Nachrüstung ist. Damit wiederum wird sie nicht zum Werkzeug Breschnews, was ihr von der politischen Reaktion hierzulande gerne vorgeworfen wird.

Fücks selber weist dieses „Werkzeug-Argument" allgemein auf die Polen-Solidari-

„leichtfertigen Notenvergabe", die in den Publikationen des KBW seiner Meinung nach gegenüber dem DGB-Beschäftigungsprogramm herrscht, erheblich. Man kann das Programm tatsächlich reformistisch nennen. Darin, daß Schmierer u.a. es tatsächlich so titulieren, liegt noch kein Fehler, nur daß sie es deswegen für illusionär halten, finde ich falsch. Wenn durch so ein Programm sofort die „Macht- und Eigentumsfrage" aufgeworfen wird, dann wäre es nur durch politische Revolution durchsetzbar; in einem solchen Fall wiederum würde man sich wohl kaum mit den dort vorgeschlagenen Maßnahmen begnügen. Das Beschäftigungsprogramm versucht gerade Lösungen vorzuschlagen, wie man *innerhalb* des Kapitalismus (den ja die DGB-Führung nicht umstürzen will) aus der Krise herauskommt. Deshalb muß es auch reformistisch sein. Was ist so Schlimmes daran? Sogar im alten Programm des KBW stand: „Die Kommunisten lehnen den Kampf um Reformen nicht ab und unterstützen alle Bewegungen, die diesen Kampf aufnehmen." Nur daß der KBW ein arg eingeschränktes Vorstellungsvermögen darüber hatte, welche „Reformen" mit dem Kapitalismus vereinbar sind.

Der Gen. Meyer hält es nicht für richtig, das Beschäftigungsprogramm bürokratisch zu nennen, nur, was ist es anderes, wenn keinerlei Schritte angegeben werden, wie es durchzusetzen ist, wenn es noch nicht einmal in der gewerkschaftlichen Diskussion eine Rolle spielt? Ist da nicht die Charakterisierung als „bei der Regierung abzugebender Wunschzettel" richtig? Auch der Gen. Meyer sieht ja, daß irgendwelche politischen Maßnahmen zur Durchsetzung in dem Programm nicht vorgesehen sind und schlägt dann selber welche vor, die allerdings dann schon fast die „Machtfrage" aufwerfen und somit meiner Meinung nach mindestens zwei Nummern zu groß sind für dieses Programm. Es ist ein Fortschritt gegenüber früher, indem es auf direkte Eingriffe in die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion aus ist. Aber so groß ist der Fortschritt dann doch wieder nicht, besonders wenn man den Schubladencharakter dieses Programms bedenkt.

Für völlig verfehlt halte ich die Ansicht von H.D. Meyer, „daß nämlich etliche Gewerkschaftsführer durch den Gang der Ereignisse gezwungen sind, von reformistischen Konzeptionen Abschied zu nehmen, was sie freilich oft nicht hindert, in der Phrase an ihnen festzuhalten." Meine Erfahrungen mit Gewerkschaftsführern sind eigentlich umgekehrt: besonders bei Reden auf Kundgebungen aber auch auf Flugblättern (besonders zum Tarifkampf) und Gewerkschaftstagungen sind sie in der Phrase sehr radikal, ohne daß da was hinter steckt; die Praxis sieht dann ganz anders aus.

A.H., Kassel

Probleme der Facharbeiter

Zum Artikel „Probleme mit einer neuen Lohnstruktur in der Druckindustrie", KVZ 5/82, Seite 14

Zwei wesentliche Probleme – Eingruppierungsfrage und Durchsetzung des Entwurfs – sehe ich anders als der Autor.

Er sagt, die „Eingruppierung der Facharbeiter werde problematischer" und wird „letztlich zu vielen Einzelverhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung

Manteltarifvertrag. Das heißt, die vorliegende Lohnstruktur sollte als allgemeine Bestimmung verabschiedet werden und in einem Anhang müßten diese konkretisiert werden für die einzelnen Berufe bzw. Tätigkeiten. Das erfordert wiederum Einsatz von Expertengruppen, Beratung in den Berufsgruppen und insgesamt in den Ortsvereinen und wird zeitlich mit Abschluß des neuen Lohntarifs nicht gegessen sein. Aber warum soll die IG Druck und Papier jetzt innerhalb eines Vierteljahres etwas übers Knie brechen, wozu die Diskussion in der Mitgliedschaft seit 1959 geführt wird? Andere Fragen, z.B. Abgruppierungsschutz, müssen auch zentral geklärt werden. Und die vom Autor aufgeworfene Frage, wie denn der Drucker bezahlt werden soll, der heute als zweiter Drucker und morgen als Maschinenführer arbeitet, ist doch so zu klären: Danach, wo er zu mehr als 50% arbeitet (vergl. dazu „druck und papier" 2/82: Arbeit in Textverarbeitung und Textgestaltung).

Als Durchsetzungsproblem bezeichnet der Autor, daß die „Kapitalisten auf stur schalten" werden, weil die neue Lohnstruktur ihnen „effektiv Profit kostet". So neu soll das für die Arbeiterbewegung ja nicht sein. Das Durchsetzungsproblem ist doch vielschichtiger: Zum einen fällt die Forderung in eine Zeit, wo es schon viel Kraft kostet, die Angriffe der Kapitalisten auf den sozialen Standard abzuwehren. Zum anderen wird die Wirkung der neuen Lohnstruktur so sein, daß sie vielen Facharbeitern in Großbetrieben die Gewißheit gibt, daß ein größerer Teil ihres Lohns tariflich abgesichert ist, während sie vielen Beschäftigten v.a. in Kleinbetrieben in bestimmten Regionen, wo noch zu Tarif oder geringem Übertarif gearbeitet wird, und vielen Frauen in der Weiterverarbeitung in LG III unmittelbar *mehr* Geld bringen wird. Das heißt, Bares bekommen aktuell die mehr, die die geringste organisierte Kraft haben und umgekehrt. Zumal die Kombination mit dem neuen Lohntarif bei vielen Facharbeitern die Befürchtung weckt, für die neue Lohnstruktur Lohnprozente opfern zu müssen. Das läßt sich für die IG Druck und Papier meiner Meinung nach nur lösen, wenn ohne jeden Zeitdruck alle wesentlichen Verhandlungsschritte wieder in der Mitgliedschaft beraten werden und darüber die gesamte Mitgliedschaft mobilisiert wird. Denn ohne Kampfmaßnahmen wird sich diese Lohnstruktur nicht durchsetzen lassen.

T.Z., Hamburg

Einheitsbrei?

Zu „Friedlicher Einheitsbrei", KVZ 6/82, Seite 16

In seinem Artikel „Friedlicher Einheitsbrei" haut acm auf den Putz. Mir fehlt der volle Überblick für ein Urteil. „Daß Udo Lindenberg zur naiven Anmache neigt, ist auch bekannt" und daß von ihm „jemand außerhalb (??) dieser Bewegung aber nichts mehr lernen kann". Wie siehst du das, acm, mit folgenden Zeilen aus dem „Grande finale" (Udopia)

Am Tage als der Reagan kam
Und die Vulkantanzschule übernahm
Rechtsherum im Rückwärtsschritt
Tanzt man jetzt den Apolkalypso
Und all taumeln mit.

Willkommen zum grande finale

„Konferenz zur Solidarität mit Solidarność" 13./14.3. in Frankfurt

gek. Ein Nachtrag und eine Ankündigung sind zu machen. Nachzutragen ist, daß die Aktionseinheitsbesprechung am 13.2. in Bonn *keine Einigung* auf eine zentrale Solidaritätsdemonstration für Polen ergeben hat, wie vom Koordinationsausschuß der Komitees und Initiativen vorgeschlagen. Anwesende Mitglieder des Bundesvorstands der Grünen, von KBW und KABD sowie von lokalen Komitees und Gruppen äußerten sich skeptisch, ob die Mobilisierung zu einer zentralen Demonstration jetzt der Lage und den Aufgaben entspreche. Es wurde stattdessen dann über einen Plan von Aktivitäten für das ganze laufende Jahr diskutiert, der auf der Konferenz der Komitees am 13./14. März in Frankfurt beschlossen werden soll. Außer den laufenden Aktivitäten der Friedensbewegung (Ostermärsche, Anti-Kriegstags-Demonstrationen etc.) ist eine zentrale kulturell-politische Veranstaltung im Mai geplant sowie ein Ost-West-Kongreß im Herbst. Und dazwischen hauptsächlich informierende und klärende Veranstaltungen jeder Art.

Noch einmal ausdrücklich anzukündigen ist die Konferenz der Komitees, zu der jetzt breit eingeladen wird als einer *„Konferenz zur Solidarität mit Solidarność"*. Sie soll am Nachmittag des 13. März mit einer größeren Veranstaltung beginnen, auf der seitens der Komitees eine 10-Punkte-Erklärung zur Diskussion gestellt wird, die der ganzen künftigen Aktionseinheit zur

Anzeige



staatsmonopolistische Ausbeuterklasse niemals von sich aus in der Lage, die Struktur dieser Ökonomie zu ändern und wird es so-

schließt wirtschaftliche Sanktionen als von der Linken gegenüber der Bundesregierung zu fordernde Maßnahme aus. Er bedient

„Konferenz zur Solidarität mit Solidarność" 13./14.3. in Frankfurt

gek. Ein Nachtrag und eine Ankündigung sind zu machen. Nachzutragen ist, daß die Aktionseinheitsbesprechung am 13.2. in Bonn *keine Einigung* auf eine zentrale Solidaritätsdemonstration für Polen ergeben hat, wie vom Koordinationsausschuß der Komitees und Initiativen vorgeschlagen. Anwesende Mitglieder des Bundesvorstands der Grünen, von KBW und KABD sowie von lokalen Komitees und Gruppen äußerten sich skeptisch, ob die Mobilisierung zu einer zentralen Demonstration jetzt der Lage und den Aufgaben entspreche. Es wurde stattdessen dann über einen Plan von Aktivitäten für das ganze laufende Jahr diskutiert, der auf der Konferenz der Komitees am 13./14. März in Frankfurt beschlossen werden soll. Außer den laufenden Aktivitäten der Friedensbewegung (Ostermärsche, Anti-Kriegstags-Demonstrationen etc.) ist eine zentrale kulturell-politische Veranstaltung im Mai geplant sowie ein Ost-West-Kongreß im Herbst. Und dazwischen hauptsächlich informierende und klärende Veranstaltungen jeder Art.

Noch einmal ausdrücklich anzukündigen ist die Konferenz der Komitees, zu der jetzt breit eingeladen wird als einer *„Konferenz zur Solidarität mit Solidarność"*. Sie soll am Nachmittag des 13. März mit einer größeren Veranstaltung beginnen, auf der seitens der Komitees eine 10-Punkte-Erklärung zur Diskussion gestellt wird, die der ganzen künftigen Aktionseinheit zur
Grundlage dienen soll – auch über den Rahmen der Komitees selbst hinaus – und die weit verbreitet werden soll. Zu dieser Diskussion laden wir vor allem auch gewerkschaftliche Funktionäre und Mitglieder von Organisationen ein, die evtl. auch über den offiziellen Diskussionsstand in ihrer Organisation hinaus bereit sind, mit ihrem eigenen Namen eine solche Erklärung zu unterstützen. – Parallel soll ein Treffen von Mitgliedern und Sympathisanten der „Solidarność" stattfinden. Am Abend wird eine polnisch-deutsche Solidaritätsveranstaltung stattfinden. Polnische und deutsche Sänger und Künstler werden eingeladen.

Eingeladen sind im übrigen zu diesen Veranstaltungen auch die Teilnehmer der zentralen El-Salvador-Demonstration, die am 13. vormittags in Frankfurt stattfindet. Der Koordinationsausschuß der Komitees „Solidarität mit Solidarność" unterstützt die Ziele dieser Demonstration und wird das den Veranstaltern mitteilen.

Am Sonntag früh wird die Konferenz dann mit den Delegierten der Komitees fortgesetzt. Es wird über einen Bericht des Ausschusses diskutiert werden. Einzelbeschlüsse dazu und die Wahl eines neuen, erheblich erweiterten Koordinierungs-Ausschusses stehen auf der Tagesordnung. Auch dieser Teil der Konferenz ist öffentlich.

Beginn: Samstag, 13. März, 14.30 Uhr, Haus der Jugend, Deutschherrnufer
Ende: Sonntag, 16.00 Uhr. – Anmeldung bis 10. März an „Solidarität mit Solidarność", Postfach 112051, 6000 Frankfurt 11

stimmtes Verhalten, nämlich der uneingeschränkten Wirtschaftsbeziehungen (wobei ein zusätzlicher Anreiz das vom Gen. Fücks vorgeschlagene Moratorium für Zins und Tilgung wäre), zu verlangen; der Preis ist ja noch nicht einmal der Abtritt des Jaruzelski-Regimes, sondern nur die Aufhebung des Kriegsrechts und die Wiederzulassung von Solidarność. Daß die westlichen Imperialisten daraus nicht mehr machen, wird man aufpassen müssen. Wieso macht man sich damit zum Werkzeug Reagans und der politischen Reaktion? Reagan hat ja nicht einmal ein Embargo beschlossen, sondern einige Kiki-Sanktionen, die im wesentlichen auf das Erdgas-Röhren-Geschäft zielen, das ja bekanntlich den amerikanischen Kapitalisten sowieso gestunken hat.

Wenn zwei dasselbe tun, ist es noch lange nicht dasselbe, es kommt darauf an, *warum* sie es tun und *was sie sonst noch tun*. Reagan und Strauß sind gegen die SS-20, das bin ich auch, das ist der größte Teil der Friedensbewegung auch, Reagan und Strauß (wenn man es mal an den beiden Personen festmachen will) weil sie für die Weltherrschaft des US-Imperialismus sind; die Friedensbewegung hat natürlich entgegengesetzte Gründe, da sie vor allem auch gegen die NATO-Nachrüstung ist. Damit wiederum wird sie nicht zum Werkzeug Breschnews, was ihr von der politischen Reaktion hierzulande gerne vorgeworfen wird.

Fücks selber weist dieses „Werkzeug-Argument" allgemein auf die Polen-Solidari-tät bezogen ja richtig zurück, deswegen verstehe ich nicht, warum er es später bezüglich der Wirtschaftssanktionen wieder hervorholt.

A.H., Kassel

Überzogene Kritik

Zum Beitrag „Sozialistische Politik und ‚revolutionäres' Bekennertum" von H.D. Meyer, KVZ 6/82, Seite 11

Der Gen. Meyer überzieht die Kritik an dem „revolutionären" Bekennertum und der

chen Produktion aus ist. Aber so groß ist der Fortschritt dann doch wieder nicht, besonders wenn man den Schubladencharakter dieses Programms bedenkt.

Für völlig verfehlt halte ich die Ansicht von H.D. Meyer, „daß nämlich etliche Gewerkschaftsführer durch den Gang der Ereignisse gezwungen sind, von reformistischen Konzeptionen Abschied zu nehmen, was sie freilich oft nicht hindert, in der Phrase an ihnen festzuhalten." Meine Erfahrungen mit Gewerkschaftsführern sind eigentlich umgekehrt: besonders bei Reden auf Kundgebungen aber auch auf Flugblättern (besonders zum Tarifkampf) und Gewerkschaftstagungen sind sie in der Phrase sehr radikal, ohne daß da was hinter steckt; die Praxis sieht dann ganz anders aus.

A.H., Kassel

Probleme der Facharbeiter

Zum Artikel „Probleme mit einer neuen Lohnstruktur in der Druckindustrie", KVZ 5/82, Seite 14

Zwei wesentliche Probleme – Eingruppierungsfrage und Durchsetzung des Entwurfs – sehe ich anders als der Autor.

Er sagt, die „Eingruppierung der Facharbeiter werde problematischer" und wird „letztlich zu vielen Einzelverhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung
führen, Arbeitsgerichtsprozesse bringen usw.". Erstens werden die Eingruppierungen bei den Hilfsarbeitern genauso problematisch sein, weil schließlich *alle* Arbeiter nicht nur nach Tätigkeitsjahren, sondern nach Arbeitsanforderung und entsprechender Qualifikation eingestuft werden sollen. Problematisch wird das nur, wenn das Vertragswerk den Kapitalisten Raum gibt, frei nach Schnauze einzustufen und nicht weitgehend wasserdicht ist gegen freizügige Auslegungen. Damit das nicht so kommt, müßte die IG Druck und Papier meiner Meinung nach ähnlich vorgehen wie beim

die Befürchtung weckt, für die neue Lohnstruktur Lohnprozente opfern zu müssen. Das läßt sich für die IG Druck und Papier meiner Meinung nach nur lösen, wenn ohne jeden Zeitdruck alle wesentlichen Verhandlungsschritte wieder in der Mitgliedschaft beraten werden und darüber die gesamte Mitgliedschaft mobilisiert wird. Denn ohne Kampfmaßnahmen wird sich diese Lohnstruktur nicht durchsetzen lassen.

T.Z., Hamburg

Einheitsbrei?

Zu „Friedlicher Einheitsbrei", KVZ 6/82, Seite 16

In seinem Artikel „Friedlicher Einheitsbrei" haut acm auf den Putz. Mir fehlt der volle Überblick für ein Urteil. „Daß Udo Lindenberg zur naiven Anmache neigt, ist auch bekannt" und daß von ihm „jemand außerhalb (??) dieser Bewegung aber nichts mehr lernen kann". Wie siehst du das, acm, mit folgenden Zeilen aus dem „Grande finale" (Udopia)

Am Tage als der Reagan kam
Und die Vulkantanzschule übernahm
Rechtsherum im Rückwärtsschritt
Tanzt man jetzt den Apolkalypso
Und all taumeln mit.

Willkommen zum grande finale
Am 30. Mai ist alles vorbei.
Und die Rüstungsindustriellen
Sind in Bombenstimmung auf den Seychellen
In Moskaus saufen sie viel Wodka
bis sie behämmert sind
Und sie wetzen die Sichel
Es wird so inszeniert,
Daß jeder krepiert,
Und zuerst der deutsche Michel ...

Naive Anmache? Kann keiner mehr was lernen?

P.K., Hamburg

Smog – ein Problem des Wetters?

Schon dreimal gab es in Westberlin Smog-Alarm der ersten Stufe

jsc. Westberlin. Dreimal wurde bisher in diesem Winter in Westberlin die 1. Stufe des Smog-Alarms ausgelöst. Mitte Januar lag die Schadstoffkonzentration zwei Wochen lang knapp unter den Grenzwerten. Smog-Alarm wird ausgelöst, wenn eine austauscharme Wetterlage vorliegt (Temperaturumkehr und Windgeschwindigkeit während einer Dauer von 12 Stunden im Mittel kleiner als 1,5 m / s) und die in der westberliner Smog-Verordnung festgelegten Basiswerte für die Schadstoff-Immissionskonzentration übertroffen werden. Diese Werte liegen für Schwefeldioxid bei 0,4 Milligramm (mg) pro Kubikmeter (m^3) Luft und für Kohlenmonoxid bei 15 mg/m^3 Luft). Zusätzliche Bedingung für die Auslösung des Alarms ist, daß die erhöhten Werte während eines Zeitraums von mehr als drei Stunden ermittelt werden und nach meteorologischen Erkenntnissen nicht auszuschließen ist, daß die austauscharme Wetterlage länger als 24 Stunden anhalten wird.

Gemessen wird die Luftverunreinigung in Westberlin seit 1975 mit Hilfe des Berliner Luftgütenetzes, das zur Zeit 31 Meßstellen verstreut über das Stadtgebiet hat. In allen wird der Schwefeldioxid (SO_2) - Anteil gemessen, in nur 10 von ihnen der Kohlenmonoxid (CO) - Gehalt der Luft und an zwei Meßstellen nur der Staubgehalt (aber auch dort nur mengenmäßig, nicht qualitativ). Die bisher einzige Konsequenz des Senats – eine sehr schwache – war eine Veränderung der Smog-Verordnung, wonach jetzt zur Ermittlung der Werte für die Auslösung des Smog-Alarms nur noch 10 Meßstellen in den besonders belasteten Innenstadtbezirken herangezogen werden.

Was bewirkt nun die Auslösung des Smog-Alarms 1. Stufe? Nicht viel, muß leider gesagt werden, denn die Bevölkerung wird aufgefordert, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen und alles zu unterlassen, was die Schadstoffkonzentration der Luft erhöhen könnte, die BEWAG stellt ihre Kraftwerke von schwerem auf leichtes Heizöl um, da dies einen geringeren Schwefelgehalt hat. Das ist alles. Erst in der Alarmstufe 2 und 3 sind drastischere Mittel vorgesehen, wie z.B. Einschränkung des Autoverkehrs, Betriebsbeschränkungen für die Industrie u.ä., wobei dort zahlreiche Ausnahmemöglichkeiten bestehen.

Einen ersten Teilplan – für Schwefeldioxid – des Luftreinhalteplans gibt es seit Mitte 1981. Darin wird gleich am Anfang festgestellt, „daß in Wedding und Kreuzberg die in der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) festgeschriebenen Schwefeldioxid-Grenzwerte um bis zu 20% überschritten sind." So wurde z.B. am 18.1.1982 als Rekordwert im Wedding 1,22 mg/m^3 gemessen, beim 3. Smog-Alarm lag der Wert im Wedding bei 1,4 mg/m^3. Zum Vergleich: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt für Schwefeldioxid einen Wert von 0,06 mg als Jahresdurchschnitt; in der EG wurde von den Niederlanden ein Wert von 0,08 mg vorgeschlagen. Dieser Wert wurde z.B. in Westberlin 1979 von allen Meßstellen im Jahresmittel erreicht. Bei einem Wert von 0,5 mg/m^3 kann sich der Gesundheitszustand von Bronchitiskranken verschlechtern.

Gesundheitliche Auswirkungen

Selbst Umweltsch(m)utzsenator Hassemer mußte zugeben, daß eine erhöhte Sterblichkeitsrate vorliegt bei Konzentrationen von 0,8 mg Schwefeldioxid. Bei den großen Smog-Katastrophen in London (1952) und in Los Angeles starben Hunderte und Tausende von Menschen an den Auswirkungen. Besonders betroffen von diesen Luftverunreinigungen sind Kleinkinder, ältere Menschen und Herz-, Kreislaufkranke. So verzeichneten auch die Westberliner Notärzte in den Smog-Perioden überdurchschnittlich viele Einsätze bei Asthmafällen und Herz- und Atembeschwerden. Kinderärzte berichteten über ein Anstieg von Erkrankungen an Pseudokrupp. Dabei kommt es zu einer Schwellung und Entzündung der Kehlkopfschleimhaut und der Stimmbänder, es kann zu Erstickungsanfällen kommen. Betroffen davon sind Kinder zwischen einen halben und vier Jahren. Diese Erkrankung tritt vor allem in den Wintermonaten auf, wo die Luft besonders schlecht ist. Bei einer Untersuchung der Frankfurter Universitätskinderklinik von 1967 – 1971 zeigte sich, daß die Zahl der Krankheitsfälle (bei Pseudokrupp) bei Tagesmittelwerten ab 0,16 mg/m^3 Luft deutlich anstieg.

Maßnahmen und Forderungen

Als in den Tageszeitungen die Meldungen über die Smog-Alarme standen und sich die Diskussion darüber ausweitete, konnten wir auf den gleichen Seiten lesen, wie die ersten Rodungen im Tegeler Forst durchgezogen wurden und die BEWAG die Genehmigung bekam, ein neues Kraftwerk zu bauen (mit einer maximalen Emission von 5600 t Schwefeldioxid pro Jahr). Damit ist schon ein Teil der aktuellen Aufgaben abgesteckt, nämlich den Ausbau der Autobahn durch den Tegeler Forst und den Bau des neuen Kraftwerks zu verhindern. Wobei das zweite sehr schwierig ist, da die Bürgerinitiative gerade einen entsprechenden Prozeß verloren hat und in der Öffentlichkeit die Diskussion darüber nicht sehr verbreitet ist. Als weitere aktuelle Schritte fordern Bürgerinitiativen und Alternative Liste neben der räumlichen Ausweitung des Meßstellennetzes, das zugleich mehr Schadstoffe erfaßt, die Änderung der Smogalarm-Planung. Wichtig dabei ist, daß der Schwebstaub gemessen wird, da sich Metalle daran ablagern und diese dann vom Menschen eingeatmet werden. Diese Messungen werden im Ruhrgebiet beispielsweise teilweise schon durchgeführt. Weiterhin spielt die Schwefelsäure eine gefährliche Rolle. Sie entsteht durch die Reaktion von Schwefeldioxid mit der Luftfeuchtigkeit (Wasser) und greift die Atmungsorgane an.

Bei den Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung darf man aber nicht bei der Messerei stehenbleiben, wird dadurch die Luft doch kein Atom sauberer. Bei der Diskussion um den Smog spielte immer das Auto eine wichtige Rolle. So appellierte der Senator gerade immer wieder an die Autofahrer, ihr Auto stehenzulassen. Nun spielt aber gerade bei der Schwefeldioxid-Emission das Auto die geringste Rolle. Im Luftreinhalteplan werden folgende Prozentzahlen angegeben: Industrie (Prozeßwärme) 75%, Gebäudeheizung ca. 25% und Verkehr ca. 2%. Dies gilt für die Emission. Bei der Immission wird angegeben: Industrie 15%, Gebäudeheizung 45%, Verkehr 5% (der Rest entfällt auf außerstädtische Einflüsse). Bei dem ganzen muß man sich klar darüber sein, daß von Smog immer nur bei einer austauscharmen Wetterlage die Rede ist, und sich auch die ganzen Maßnahmen darauf beziehen. Von der „normalen" Luftverschmutzung ist dabei kaum die Rede. Die Smog-Wetterlage führt die Situation bloß drastischer vor die Augen, sowohl der bürgerlichen Politiker als auch der Bevölkerung. Der hiesige Senat doktert dabei nur an den Symtomen herum, ohne eine grundsätzliche Änderung herbeizuführen – bei allen starken Worten auch des Senators Hassemer. Langfristig muß eine umfassende Umweltschutzpolitik durchgesetzt werden, die bei allen Maßnahmen (der Industrie u.a.) die Auswirkungen auf die Umwelt untersucht und eine weitere Verschlechterung nicht zuläßt bzw. auf Verbesserung hinwirkt. Wie bei den meisten Dingen ist es auch hier eine Frage des Geldes. Technisch sind die Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Luftverschmutzung machbar. So kann z.B. durch Rauchgasentschwefelungsgeräte der Auswurf von Schwefeldioxid bei Kraftwerken um 80% gesenkt werden. Sie müssen nur überall eingebaut werden.



Das Auto als Verursacher des Smog?

Justizskandal in Westberlin

„Ohne Beschädigung ist keiner aus dem Vollzug ausgeschieden"

joh. Westberlin. Ein leitender Gefängnisarzt der Berliner Haftanstalten, Dr. Volker Leschhorn, hat im Januar Selbstmord begangen. Danach hat es in der örtlichen Presse über Wochen in Todesanzeigen und Leserbriefen von ärztlichen Kollegen und anderen Beschäftigten der Justizvollzugsanstalten und von Freunden Dr. Leschhorns eine politische Manifestation gegeben. Es

fangener untereinander mit dem Ziel, die gesundheitliche Gefährdung für alle gleichermaßen zu reduzieren u.ä. Dazu mußte er beständig gegen den Widerstand der Justizverwaltung und des Staatsschutzes mit den zuständigen Gerichten Verbindung aufnehmen. Die Justizverwaltung suchte den Arzt unter Druck zu setzen: er wurde aufgefordert, die Durchführung von Zwangser-

der Gefangenen mit sich reden zu lassen. Der Hungerstreik wurde abgebrochen. Alle, die sich seither geäußert haben, erklären, es sei wesentlich das Verdienst des Gefängnisarztes Dr. Leschhorn, daß in Berlin kein Hungerstreikender ums Leben kam.

Gegen den leitenden Gefängnisarzt wurde disziplinarisch vorgegangen, er wurde strafversetzt. Der Rechtsvertre-

an zwei Meßstellen nur der Staubgehalt (aber auch dort nur mengenmäßig, nicht qualitativ). Die bisher einzige Konsequenz des Senats – eine sehr schwache – war eine Veränderung der Smog-Verordnung, wonach jetzt zur Ermittlung der Werte für die Auslösung des Smog-Alarms nur noch 10 Meßstellen in den besonders belasteten Innenstadtbezirken herangezogen werden.

Was bewirkt nun die Auslösung des Smog-Alarms 1. Stufe? Nicht viel, muß leider gesagt werden, denn die Bevölkerung wird aufgefordert, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen und alles zu unterlassen, was die Schadstoffkonzentration der Luft er-



Das Auto als Verursacher des Smog?

Veranstaltungen

Frankfurt
Achtung – KuK-Forum verschoben!
Das Diskussionsforum „Alternative Wirtschaftspolitik ..." mit H.-G. Schmierer und Vertretern der SOST findet nicht, wie angekündigt, am 26.2., sondern eine Woche später an geändertem Ort statt. Mainzer Landstraße 147, Schulungszentrum
Freitag, 5.3.1982, 19.30 Uhr

„Demokratie und Selbstverwaltung in China?" Thomas Heberer und Helmut Forster-Latch, die beide über 4 Jahr in der VR China gearbeitet haben, schildern persönliche Erfahrungen und berichten über den Stand der Wirtschaftsreform. Mainzer Landstraße 147, Schulungszentrum
Mittwoch, 10.3.1982, 19.30 Uhr

Hannover
Öffentliche Mitgliederversammlung des KBW. Thema: Diskussion über Bahro, „Die Alternative", Silo/Dorotheenstraße
Freitag, 5.3.1982, 19.00 Uhr

Kommunalisierung von Grund und Boden und des Wohnungsbaus, historische Erfahrungen hierzu. Außerdem soll der Artikel „Wohnen als Geschäft" in Kommunismus und Klassenkampf 2/1982 besprochen werden.
Beginn: Samstag, 6.3.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, gegen 16.00 Uhr

Schulungen

Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Samstag, 10. Juli 1982
Ende: Sonntag, 18. Juli 1982

Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Montag, 19. Juli 1982
Ende: Sonntag, 1. August 1982

Achtung: Zu den Arbeitsgruppen und Schulungen ist eine Anmeldung spätestens eine Woche vorher unbedingt notwendig.

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere In-

Bei den Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung darf man aber nicht bei der Messerei stehenbleiben, wird dadurch die Luft doch kein Atom saube-

ungsgeräte der Auswurf von Schwefeldioxid bei Kraftwerken um 80% gesenkt werden. Sie müssen nur überall eingebaut werden.

Justizskandal in Westberlin

„Ohne Beschädigung ist keiner aus dem Vollzug ausgeschieden"

joh. Westberlin. Ein leitender Gefängnisarzt der Berliner Haftanstalten, Dr. Volker Leschhorn, hat im Januar Selbstmord begangen. Danach hat es in der örtlichen Presse über Wochen in Todesanzeigen und Leserbriefen von ärztlichen Kollegen und anderen Beschäftigten der Justizvollzugsanstalten und von Freunden Dr. Leschhorns eine politische Manifestation gegeben. Es wurde öffentlich klargestellt: hier hat die Senatsverwaltung für Justiz einen Mann in eine für ihn ausweglose Lage, Depression und schließlich in den Selbstmord getrieben; das war die elend-bittere Konsequenz einer Auseinandersetzung über Haftbedingungen und Behandlung von Gefangenen.

Dr. Leschhorn war Anfang des Jahres 1981 leitender Arzt des Krankenhauses der Berliner Vollzugsanstalten geworden. Der Hochsicherheitstrakt fiel mit in seinen Verantwortungsbereich.

Im Frühjahr 1981 traten allein in Westberlin über 50 Gefangene in den Hungerstreik für eine ganze Reihe Forderungen zur Verbesserung ihrer Haftbedingungen. Die Justizverwaltung – zu diesem Zeitpunkt unter Führung des gerade neuen SPD-Vogel-Senats – ging auf frontale Brechung des Streiks unter Inkaufnahme von Toten unter den Hungerstreikenden. Die Forderung der Senatsverwaltung an den ärztlich verantwortlichen Leiter Dr. Leschhorn: Durchführung von Zwangsernährung und Brechen des Widerstands von Seiten der Gefangenen. Die Entscheidung in dieser Sache bündelte sich auf Dr. Leschhorn, er sollte das Vorhaben des Staatsapparates umsetzen. Der verweigerte sich aber derartigen Folter- und Schergendiensten. Vielmehr versuchte er durch persönliche Intervention, einzelnen Forderungen der Hungerstreikenden Geltung zu verschaffen: Gespräch unter vier Augen zwischen der vom Hunger schwerst gezeichneten Gefangenen Stürmer und ihrer Mutter, Beratung einzelner Gefangener untereinander mit dem Ziel, die gesundheitliche Gefährdung für alle gleichermaßen zu reduzieren u.ä. Dazu mußte er beständig gegen den Widerstand der Justizverwaltung und des Staatsschutzes mit den zuständigen Gerichten Verbindung aufnehmen. Die Justizverwaltung suchte den Arzt unter Druck zu setzen: er wurde aufgefordert, die Durchführung von Zwangsernährung in anderen Anstalten zu besichtigen – als ginge es um ein medizinisches Problem –; tägliche schriftliche Berichterstattung über den gesundheitlichen Zustand der Hungerstreikenden an die Justizverwaltung wurde gefordert; er wurde verschiedener disziplinarischer Dienstvergehen beschuldigt und Verfahren angedroht.

Dr. Leschhorn ging anders vor. Er unterstützte einige Forderungen, die ihm geboten erschienen, kümmerte sich um die gesundheitliche Versorgung, verweigerte den Bruch der ärztlichen Schweigepflicht und suchte das Vertrauen der Gefangenen zu gewinnen. In der Ablehnung der Zwangsernährung stand er nicht allein. In praktisch allen Berliner Krankenhäusern mit Intensivpflegeeinrichtungen weigerten sich Ärzteversammlungen, Zwangsernährung vorzunehmen. Ein Team von Intensivmedizinern, das ins Gefängnis beordert worden war, legte nach einiger Zeit die Tätigkeit nieder und erklärte öffentlich, daß sie nicht bereit seien, die Verantwortung für die Hungerstreikenden auf sich abschieben zu lassen. Es handle sich um eine politische Entscheidung über die Forderungen der Streikenden, die der Senat treffen müsse und wo er sich nicht „vornehm" im Hintergrund halten könne. Selbst die Ärztekammer erklärte sich gegen die Zwangsernährung, die §101 des Strafvollzugsgesetzes vorsieht.

Erst nach dem Tod eines hungerstreikenden Gefangenen in Hamburg zu Ostern 1981 zeigte sich die Justizverwaltung bereit, über Forderungen der Gefangenen mit sich reden zu lassen. Der Hungerstreik wurde abgebrochen. Alle, die sich seither geäußert haben, erklären, es sei wesentlich das Verdienst des Gefängnisarztes Dr. Leschhorn, daß in Berlin kein Hungerstreikender ums Leben kam.

Gegen den leitenden Gefängnisarzt wurde disziplinarisch vorgegangen, er wurde strafversetzt. Der Rechtsvertreter des Landes Berlin in dieser Sache, der ehemalige FDP-Bürgermeister Lüder, bezichtigte ihn gar der Komplizenschaft mit den Gefangenen. Beweis: den Speisezettel mit den Wünschen der Gefangenen nach Abbruch des Hungerstreiks, in der Phase der Rekonvaleszenz, habe er unkorrigiert abgezeichnet. Unter dem Kesseltreiben der Senatsverwaltung – inzwischen unter CDU-Regie – wurde der Arzt krank. Längere Zeit der Arbeitsunfähigkeit und schließlich der Selbstmord sind die Endpunkte dieser Schikanen und Demütigungen.

Jetzt wird die Kritik immer lauter. Am 17.2.82 fand in der FU eine Veranstaltung der Humanistischen Union und des Marburger Bundes statt mit ca. 600 Teilnehmern. Ein ehemaliger Beschäftigter aus den sozialen Diensten des Berliner Strafvollzuges nannte die Quintessenz seiner und anderer Erfahrungen: „Ohne Beschädigung ist keiner aus dem Vollzug ausgeschieden, sei es als Gefangener oder Bediensteter." Ein Kollege von Dr. Leschhorn, der verantwortliche Arzt des Gefängnisses Plötzensee, erklärte: „Alles, was hier gesagt wurde, ist wahr."

Die Empörung über die Vorgänge ist so groß, daß der Rechtsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses eine Stellungnahme des Justizsenators zum 18.2. angeordnet hatte. Die Forderung nach Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wurde bisher negiert, die Haltung des Senats mit den Stimmen von CDU und FDP gegen AL und SPD gebilligt. Noch ist die Sache nicht erledigt.

Veranstaltungen

Frankfurt
Achtung – KuK-Forum verschoben!
Das Diskussionsforum „Alternative Wirtschaftspolitik ..." mit H.-G. Schmierer und Vertretern der SOST findet nicht, wie angekündigt, am 26.2., sondern eine Woche später an geändertem Ort statt. Mainzer Landstraße 147, Schulungszentrum
Freitag, 5.3.1982, 19.30 Uhr

„Demokratie und Selbstverwaltung in China?" Thomas Heberer und Helmut Forster-Latch, die beide über 4 Jahr in der VR China gearbeitet haben, schildern persönliche Erfahrungen und berichten über den Stand der Wirtschaftsreform. Mainzer Landstraße 147, Schulungszentrum
Mittwoch, 10.3.1982, 19.30 Uhr

Hannover
Öffentliche Mitgliederversammlung des KBW. Thema: Diskussion über Bahro, „Die Alternative", Silo/Dorotheenstraße
Freitag, 5.3.1982, 19.00 Uhr

Offenburg
Konzert für Solidarność. Mit: Kulturgruppe von Solidarność-Mitgliedern und -Sympathisanten (polnische Lieder und Kabarett). Walter Mossmann, Juan Miranda, Gruppe Hoffnungslos, Mitglieder der ehemaligen Gruppe „Gras". Veranstalter: Komitee Solidarität mit Solidarność. Gemeindezentrum St. Martin, beim Kreisschulzentrum
Samstag, 6. März, 19.00 Uhr

Arbeitsgruppen:

Wohnungspolitik
Behandelt werden sollen: Stadtsanierung (hierzu liegt den Teilnehmern der letzten Sitzung Material vor); Staatseingriffe in die Wohnungswirtschaft, Wirkung und Kritik, Wohnungseigentum und Mietwohnungen; Kommunalisierung von Grund und Boden und des Wohnungsbaus, historische Erfahrungen hierzu. Außerdem soll der Artikel „Wohnen als Geschäft" in Kommunismus und Klassenkampf 2/1982 besprochen werden.
Beginn: Samstag, 6.3.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, gegen 16.00 Uhr

Schulungen

Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Samstag, 10. Juli 1982
Ende: Sonntag, 18. Juli 1982

Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Montag, 19. Juli 1982
Ende: Sonntag, 1. August 1982

Achtung: Zu den Arbeitsgruppen und Schulungen ist eine Anmeldung spätestens eine Woche vorher unbedingt notwendig.

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich.

Arbeitsmaterialien
der Arbeitsgruppe „Die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus des Sozialismus"
Die Arbeitsmaterialien enthalten Literaturreferate zu wichtigen Büchern über die Sowjetunion u.a. von I. Deutscher, A. Carlo, J. Elleinstein, Ch. Bettelheim, T. Cliff, E. Mandel, A. Erlich, F. Pollock und K.A. Wittfogel. Die Arbeitsmaterialien sind zu beziehen, auch für Interessenten, die nicht an der Arbeitsgruppe teilnehmen, über den Buchvertrieb Hager, Postfach 111162, 6000 Frankfurt 11.
96 Seiten A4, Preis: 5,00 DM

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

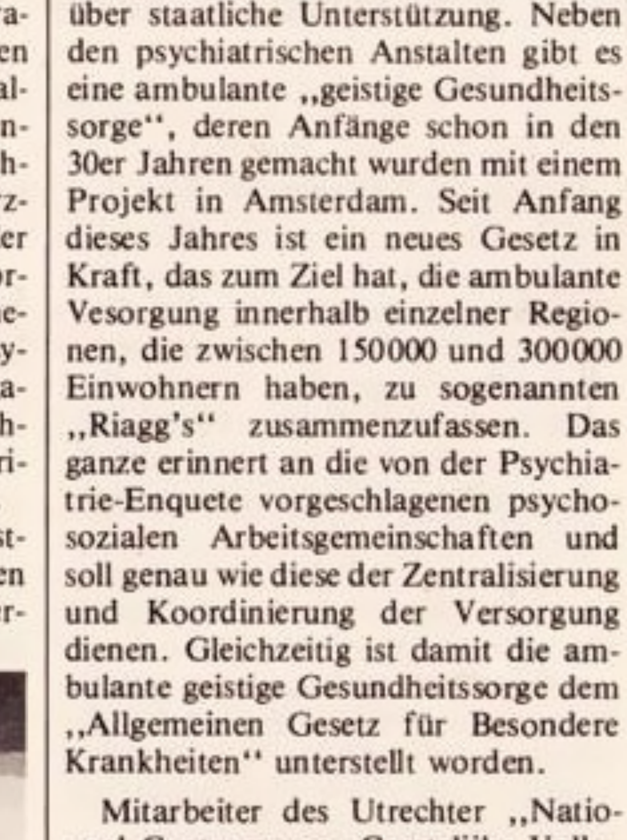
Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

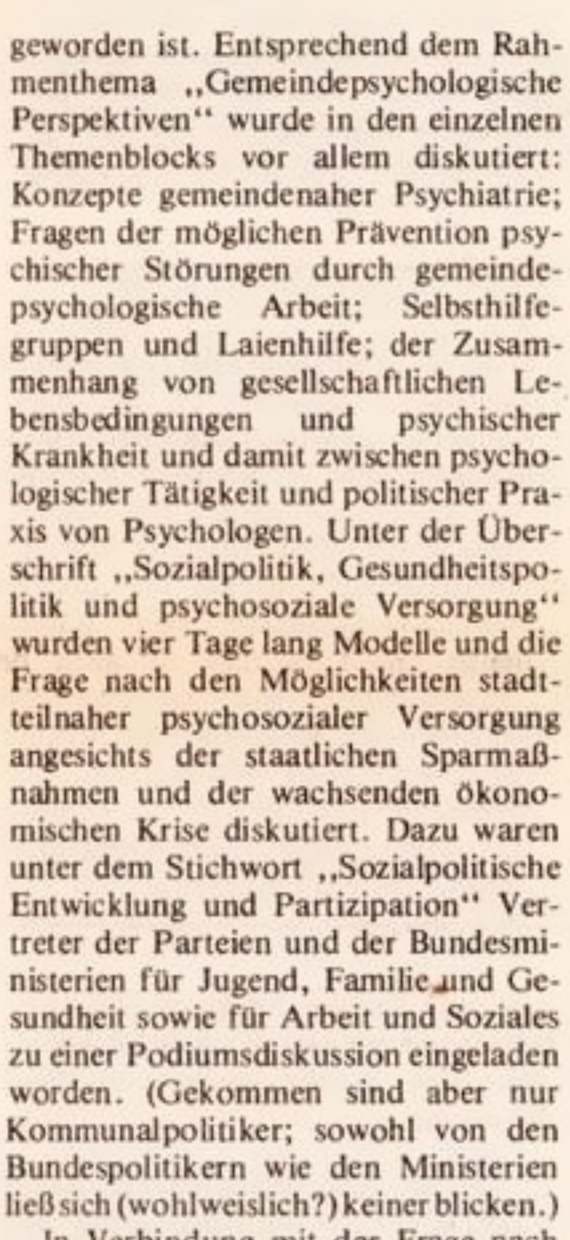
Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234
ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

„Freiheit allein heilt nicht“

Kongreß „Gemeindepsychologische Perspektiven“ / Zur Auseinandersetzung um Konzepte gemeindenaher psychosozialer Versorgung





Geräumter Krankensaal in einer italienischen Anstalt

Vom 14.2. bis 19.2.82 fand in Westberlin der zweite gemeinsame Kongreß der DGVT (Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie) und der GwG (Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächspsychotherapie) statt. In beiden Verbänden – die zusammen rund 13000 Mitglieder haben – sind vor allem Psychologen, aber auch Angehörige anderer psychosozialer Berufe organisiert.

Ausgangspunkt für die thematische Planung des Kongresses war, daß mit der Organisierung der Demonstration für die Auflösung der psychiatrischen Großkliniken im Oktober 1980 die Diskussion um eine „gemeindenahe psychiatrische Versorgung“ wieder breiter geworden ist. Entsprechend dem Rahmenthema „Gemeindepsychologische Perspektiven“ wurde in den einzelnen Themenblocks vor allem diskutiert: Konzepte gemeindenaher Psychiatrie; Fragen der möglichen Prävention psychischer Störungen durch gemeindepsychologische Arbeit; Selbsthilfegruppen und Laienhilfe; der Zusammenhang von gesellschaftlichen Lebensbedingungen und psychischer Krankheit und damit zwischen psychologischer Tätigkeit und politischer Praxis von Psychologen. Unter der Überschrift „Sozialpolitik, Gesundheitspolitik und psychosoziale Versorgung“ wurden vier Tage lang Modelle und die Frage nach den Möglichkeiten stadtteilnaher psychosozialer Versorgung angesichts der staatlichen Sparmaßnahmen und der wachsenden ökonomischen Krise diskutiert. Dazu waren unter dem Stichwort „Sozialpolitische Entwicklung und Partizipation“ Vertreter der Parteien und der Bundesministerien für Jugend, Familie und Gesundheit sowie für Arbeit und Soziales zu einer Podiumsdiskussion eingeladen worden. (Gekommen sind aber nur Kommunalpolitiker; sowohl von den Bundespolitikern wie den Ministerien ließ sich (wohlweislich?) keiner blicken.)

In Verbindung mit der Frage nach menthema „Gemeindepsychologische Perspektiven“ wurde in den einzelnen Themenblocks vor allem diskutiert: Konzepte gemeindenaher Psychiatrie; Fragen der möglichen Prävention psychischer Störungen durch gemeindepsychologische Arbeit; Selbsthilfegruppen und Laienhilfe; der Zusammenhang von gesellschaftlichen Lebensbedingungen und psychischer Krankheit und damit zwischen psychologischer Tätigkeit und politischer Praxis von Psychologen. Unter der Überschrift „Sozialpolitik, Gesundheitspolitik und psychosoziale Versorgung“ wurden vier Tage lang Modelle und die Frage nach den Möglichkeiten stadtteilnaher psychosozialer Versorgung angesichts der staatlichen Sparmaßnahmen und der wachsenden ökonomischen Krise diskutiert. Dazu waren unter dem Stichwort „Sozialpolitische Entwicklung und Partizipation“ Vertreter der Parteien und der Bundesministerien für Jugend, Familie und Gesundheit sowie für Arbeit und Soziales zu einer Podiumsdiskussion eingeladen worden. (Gekommen sind aber nur Kommunalpolitiker; sowohl von den Bundespolitikern wie den Ministerien ließ sich (wohlweislich?) keiner blicken.)

In Verbindung mit der Frage nach den Möglichkeiten psychosozialer Versorgung wurde auch das Selbstverständnis der Psychologen diskutiert. Die Frage war, wieweit Therapie ein Instrument der Anpassung ist und bleibt (eine Frage, die seit '68 immer wieder diskutiert wird); ob nicht durch die Ausweitung der psychosozialen Versorgung der Anschein erweckt wird, als seien die Probleme über psychologische Einzelfallhilfe lösbar. – Wenn ein Psychologe in die „Gemeinde“ geht, um mit seiner Arbeit Veränderung zu initiieren, geht das als psychologische Arbeit? Ist das nicht schon politische Arbeit? Was ist dann überhaupt seine spezifische Funktion als Psychologe?

Ziel des Kongresses sollte sein, die eigene psychosoziale, psychotherapeutische und psychiatrische Tätigkeit unter neuem Blickwinkel zu reflektieren, und ausgehend von der Psychiatrie-Enquete und den heutigen ökonomischen Bedingungen Möglichkeiten für eine veränderte Praxis zu diskutieren. Eine Praxis, die nicht mehr traditionell-therapeutisch vom Individuum ausgeht, sondern psychische Krankheit als gesellschaftlich bedingt begreift, und entsprechend nicht mehr in erster Linie beim Individuum, sondern an seinen Lebensbedingungen ansetzt. Damit wird auch der Prävention eine größere Bedeutung eingeräumt.

Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre begannen sich in mehreren Ländern anti-psychiatrische, anti-institutionelle Bewegungen zu formieren. Mit der in der Studentenbewegung diskutierten Auffassung von der gesellschaftlichen und sozialen Bedingtheit psychischer Störungen wurde die Notwendigkeit der Ausgrenzung der „Irren“ angegriffen als Ausgrenzung des Widerstands gegen die Gesellschaft; die Irrenhäuser als Instrument der Unterdrückung und nicht der Heilung.

Die „Menschenrechte in der Psychiatrie“ wurden zu einem Thema, dessen sich auch die Regierenden der einzelnen Länder annehmen mußten.

1971 setzte der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission ein mit der Aufgabe, einen „Bericht über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik“ zu erstellen. Im November 1975 wurde die 1800 Seiten lange „Psychiatrie-Enquete“ – wie der Bericht i.a. genannt wird – dem Bundestag vorgelegt, der sich 1979 damit befaßte.

Die Enquete stellte fest, daß es in der BRD in 330 Einrichtungen insgesamt 147218 psychiatrische Betten gab (Stichtag 30.5.73), also 1,6 Betten pro tausend Einwohner. Dabei hatten die öffentlichen psychiatrischen Fachkrankenhäuser im Durchschnitt über 1086 Betten, die freigemeinnützigen über 379, und die privaten über 238; die durchschnittliche Entfernung zwischen Krankenhaus und der Peripherie der jeweiligen Einzugsgebiete betrug 88 km. „... ein überkommenes Versorgungssystem, dessen Wurzeln im 19. Jahrhundert liegen.“ (Enquete, S. 95) Der Krankenbestand betrug am 30.5.73 140990 Patienten; die durchschnittliche Verweildauer betrug bei 46% der Patienten länger als fünf Jahre, bei fast einem Drittel länger als zehn Jahre. – Die Kommission kam zu der Feststellung, daß jährlich – wie in allen entwickelten Ländern – knapp 2% der Bevölkerung psychiatrische Versorgungsleistungen in Anspruch nehmen. Dabei ist das Verhältnis zwischen Hausärzten, niedergelassenen Psychiatern oder Psychotherapeuten und psychiatrischen Krankenhausaufnahmen 140:10:3,5.

In Orientierung an den Grundsätzen der WHO kommt die Enquete zu der Auffassung, daß eine grundlegende

BRD in 330 Einrichtungen insgesamt 147218 psychiatrische Betten gab (Stichtag 30.5.73), also 1,6 Betten pro tausend Einwohner. Dabei hatten die öffentlichen psychiatrischen Fachkrankenhäuser im Durchschnitt über 1086 Betten, die freigemeinnützigen über 379, und die privaten über 238; die durchschnittliche Entfernung zwischen Krankenhaus und der Peripherie der jeweiligen Einzugsgebiete betrug 88 km. „... ein überkommenes Versorgungssystem, dessen Wurzeln im 19. Jahrhundert liegen.“ (Enquete, S. 95) Der Krankenbestand betrug am 30.5.73 140990 Patienten; die durchschnittliche Verweildauer betrug bei 46% der Patienten länger als fünf Jahre, bei fast einem Drittel länger als zehn Jahre. – Die Kommission kam zu der Feststellung, daß jährlich – wie in allen entwickelten Ländern – knapp 2% der Bevölkerung psychiatrische Versorgungsleistungen in Anspruch nehmen. Dabei ist das Verhältnis zwischen Hausärzten, niedergelassenen Psychiatern oder Psychotherapeuten und psychiatrischen Krankenhausaufnahmen 140:10:3,5.

In Orientierung an den Grundsätzen der WHO kommt die Enquete zu der Auffassung, daß eine grundlegende

Neuordnung der psychiatrischen Versorgung notwendig sei. „Die Entstehungsbedingungen psychischer Krankheiten und die Umstände, welche zu ihrer Chronifizierung beitragen können, machen es vor allem in den Bereichen der Erziehung, der Arbeit und des Wohnens notwendig, solchen Zusammenhängen und den Fragen und Möglichkeiten der Prävention fortschreitend nachzugehen. (...) Durch volle Ausschöpfung präventiver Hilfen von pädagogischen, sozialtherapeutischen und beratenden Diensten, sowie durch sinnvolle Förderung von Selbsthilfeinitiativen der Betroffenen (Selbsthilfegruppen) ist die Vorsorge auf dem Sektor der psychischen Gesundheit bereits im Vorfeld der fachtherapeutischen Dienste wesentlich zu verbessern. (...) Die Versorgung im Bereich von Psychiatrie und Psychotherapie / Psychosomatik muß als ein umfassendes Angebot allen von psychischer Krankheit oder Behinderung Betroffenen und Bedrohten zur Verfügung stehen. (...) Alle Dienste, bei denen dies nur möglich ist, sollen gemeindenah eingerichtet werden. (...) Alle noch bestehenden Unterschiede hinsichtlich rechtlicher, kostenmäßiger und sozialer Regelungen zwischen psychisch Kranken und körperlich Kranken müssen beseitigt werden.“ (S. 189, 190)

Zu diesem Zweck schlägt die Enquete vor, ineinandergreifende ambulante und stationäre Versorgungseinrichtungen und Dienste aufzubauen, die ihren Arbeitsbereich jeweils innerhalb eines sog. „Standardversorgungsgebiets“ haben sollen, und über „Psychosoziale Arbeitsgemeinschaften“ miteinander kooperieren. Die Größe der Gebiete soll bei 150000 und 350000 Einwohnern liegen und möglichst mit geographischen oder politischen Einheiten deckungsgleich sein. Dabei wird vor allem die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen stationären Einrichtungen und den niedergelassenen Ärzten als bedeutsam angesehen und der Ausbau ambulanter Dienste als Vor- und Nachsorgeeinrichtungen. Daneben sollen die psychiatrischen und psychotherapeutischen Dienste die Aufgaben der Primärprävention berücksichtigen. Eine Auflösung der psychiatrischen Anstalten wird nicht erwogen.

Während des Kongresses wurde festgestellt, daß von diesen Forderungen der Enquete bis auf einige Modellversuche bisher nur wenig realisiert worden ist. Und auch diesen wurden nach Ablauf der Projektphase rigoros die Gelder gestrichen.

Es wurde weiter festgestellt, daß zwar an vielen Orten begonnen wurde, die „Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften“ aufzubauen. Diese haben aber in der Regel keine Entscheidungskompetenzen, und das Versorgungsangebot wird dadurch auch nicht verbessert, weil sie nur koordinieren, was eh schon da ist. Das wurde besonders deutlich bei der Podiumsdiskussion, als die bayrische Kommunalpolitikerin Hanna Stützle (CSU) von dem seit 1980 geltenden bayrischen Psychiatrie-Plan berichtete. Mit diesem Plan ist – unter Bevorzugung der kirchlichen und Wohlfahrtsverbände – angefangen worden, die „therapeutische Kette“ in den Versorgungsgebieten zu optimieren. Es ist aber an keinem Punkt eine Alternative zu den Kliniken, sondern immer nur eine Ergänzung, was dabei an „Angeboten“ geschaffen wird.

Was die Anstalten anbelangt, habe sich seit der Enquete die durchschnittliche Verweildauer zwar erheblich verringert – so würden Schizophrene jetzt im Durchschnitt 4 Monate stationär behandelt, statt 4 Jahre wie früher –, aber gleichzeitig ist der „Drehtür-

den ist. Und auch diesen wurden nach Ablauf der Projektphase rigoros die Gelder gestrichen.

Es wurde weiter festgestellt, daß zwar an vielen Orten begonnen wurde, die „Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften“ aufzubauen. Diese haben aber in der Regel keine Entscheidungskompetenzen, und das Versorgungsangebot wird dadurch auch nicht verbessert, weil sie nur koordinieren, was eh schon da ist. Das wurde besonders deutlich bei der Podiumsdiskussion, als die bayrische Kommunalpolitikerin Hanna Stützle (CSU) von dem seit 1980 geltenden bayrischen Psychiatrie-Plan berichtete. Mit diesem Plan ist – unter Bevorzugung der kirchlichen und Wohlfahrtsverbände – angefangen worden, die „therapeutische Kette“ in den Versorgungsgebieten zu optimieren. Es ist aber an keinem Punkt eine Alternative zu den Kliniken, sondern immer nur eine Ergänzung, was dabei an „Angeboten“ geschaffen wird.

Was die Anstalten anbelangt, habe sich seit der Enquete die durchschnittliche Verweildauer zwar erheblich verringert – so würden Schizophrene jetzt im Durchschnitt 4 Monate stationär behandelt, statt 4 Jahre wie früher –, aber gleichzeitig ist der „Drehtür-

Effekt“ eher weiter verstärkt worden: die Aufenthalte sind zwar kürzer, aber dafür sind die Einweisungen immer häufiger.

Soweit derzeit staatlicherseits eine Förderung psychosozialer Versorgung zu erkennen ist, läuft sie vor allem unter dem Gesichtspunkt der Kostendämpfung. Von daher werden besonders (Bayern) die Laienhilfe und die Selbsthilfegruppen gefördert, weil man sich erhofft, dabei Personalkosten zu sparen. Auch die geringere Verweildauer in den Kliniken ist kostendämpfend (trotz der extrem niedrigen Tagessätze in den Anstalten), weil die zwischenzeitliche ambulante „Versorgung“ eben erheblich billiger ist. – Eine Verbesserung der Situation der psychisch Kranken ist damit aber nicht geschaffen – auch nicht als zufälliger Effekt. Es ist überhaupt nicht daran gedacht, die Niederlassungsfreiheit der Ärzte einzuschränken oder an den Kliniken etwas zu verändern. Ansätze für eine Dezentralisierung laufen nur auf räumliche Veränderungen hinaus, nicht auf eine inhaltliche Änderung.

Damit wird die Ausgrenzung nicht beseitigt, sondern in die „Gemeinde“ verschoben.

Einen breiten Raum nahm der internationale Erfahrungsaustausch auf dem Kongreß ein. Die Kürze des Artikels erlaubt nicht, ausführlich darauf einzugehen. Ich will mich daher hier auf die Erfahrungsberichte aus den Niederlanden und Italien beschränken, die am ausführlichsten diskutiert wurden.

Niederlande: In den Niederlanden wird das Gesundheitswesen in erster Linie auf Versicherungsbasis finanziert, und zu einem kleinen Teil (5%) über staatliche Unterstützung. Neben den psychiatrischen Anstalten gibt es eine ambulante „geistige Gesundheitssorge“, deren Anfänge schon in den 30er Jahren gemacht wurden mit einem Projekt in Amsterdam. Seit Anfang dieses Jahres ist ein neues Gesetz in Kraft, das zum Ziel hat, die ambulante Vesorgung innerhalb einzelner Regionen, die zwischen 150000 und 300000 Einwohnern haben, zu sogenannten „Riagg's“ zusammenzufassen. Das ganze erinnert an die von der Psychiatrie-Enquete vorgeschlagenen psychosozialen Arbeitsgemeinschaften und soll genau wie diese der Zentralisierung und Koordinierung der Versorgung dienen. Gleichzeitig ist damit die ambulante geistige Gesundheitssorge dem „Allgemeinen Gesetz für Besondere Krankheiten“ unterstellt worden.

Mitarbeiter des Utrechter „Nationaal Centrum voor Geestelijke Volksgezondheid“ waren der Ansicht, daß neben den Vorteilen einer besseren Koordination und einer finanziellen Sicherheit die neue Regelung einige erhebliche Nachteile habe: Die freie Zugänglichkeit sei im Prinzip aufgehoben. Das Funktionieren der Riagg's würde zu einer Bürokratisierung der Arbeit führen und dem Riagg einen eigenständigen Stellenwert zuschieben, den dieser als Koordinationsinstrument garnicht habe. Die definitive Eingliederung der ambulanten geistigen Gesundheitssorge in das Gesundheitswesen würde zu Einschränkungen in der Zusammenarbeit mit Wohlfahrtseinrichtungen und anderen gesellschaftlichen Bereichen führen. Damit würden die Möglichkeiten präventiver Arbeit eingeschränkt. Zudem würde die Struktur der psychosozialen Versorgung damit festgeschrieben sowie neue und vielseitigere Herangehensweisen erschwert.

In dem Zusammenhang ist festzuhalten, daß die ambulante geistige Gesundheitssorge in den Niederlanden sich als selbständige Arbeitsform *neben* den Anstalten entwickelt hat und nicht mit dem Ziel, sie überflüssig zu machen. „Integration“, so die Einschätzung eines der Utrechter Kongreßteilnehmer, würde in den Niederlanden nicht als Integraton der Behinderten oder Kranken verstanden, sondern als Integration der Anstalt in die Gesellschaft.

In der staatlichen Finanzierung spielt die ambulante geistige Gesundheitssorge immer noch eine nur geringe Rolle: Lediglich 12% der gesamten Ausgaben für die geistige Gesundheitssorge werden für die ambulante Gesundheitssorge ausgegeben, und der Betrag soll pro Jahr um nicht mehr als 6% erhöht werden.

Italien: In Italien begann die antipsychiatrische Bewegung Ende der sechziger Jahre. Schon 1967 entstand

schaftlichen Bereichen führen. Damit würden die Möglichkeiten präventiver Arbeit eingeschränkt. Zudem würde die Struktur der psychosozialen Versorgung damit festgeschrieben sowie neue und vielseitigere Herangehensweisen erschwert.

In dem Zusammenhang ist festzuhalten, daß die ambulante geistige Gesundheitssorge in den Niederlanden sich als selbständige Arbeitsform *neben* den Anstalten entwickelt hat und nicht mit dem Ziel, sie überflüssig zu machen. „Integration“, so die Einschätzung eines der Utrechter Kongreßteilnehmer, würde in den Niederlanden nicht als Integraton der Behinderten oder Kranken verstanden, sondern als Integration der Anstalt in die Gesellschaft.

In der staatlichen Finanzierung spielt die ambulante geistige Gesundheitssorge immer noch eine nur geringe Rolle: Lediglich 12% der gesamten Ausgaben für die geistige Gesundheitssorge werden für die ambulante Gesundheitssorge ausgegeben, und der Betrag soll pro Jahr um nicht mehr als 6% erhöht werden.

Italien: In Italien begann die antipsychiatrische Bewegung Ende der sechziger Jahre. Schon 1967 entstand

in mehreren Provinzen die „Vereinigung zum Kampf gegen die Geisteskrankheiten“ mit dem Ziel, die psychisch Kranken in die Gesellschaft einzugliedern. Sie setzte eine Kommission durch, die befugt war, die Irrenhäuser zu inspizieren. Deren Veröffentlichungen, die teilweise zu Prozessen gegen Anstaltsleiter führten, gaben der Kritik an der Anstaltspsychiatrie weitere Nahrung. Im Frühjahr 1969 kam es zu Streiks der psychiatrischen Pfleger wegen der völlig unzureichenden personellen Situation in den Anstalten. In der Reggio Emilia wurden ambulante Dienste gegründet. Sie versuchten, mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten und organisierten Besichtigungen der Irrenhäuser, die die Zustände dort öffentlich machten.

Schon 1962 hatte Franco Basaglia als Leiter der Anstalt von Gorizia begonnen, die Anstalt schrittweise zu öffnen und eine therapeutische Gemeinschaft aufzubauen. Eine Integration der Patienten scheiterte aber 1972, weil von der Provinzregierung keine externen Strukturen geschaffen worden waren, die den entlassenen Patienten hätten weiterhelfen können. In Perugia wurde dagegen parallel zum Aufbau der therapeutischen Gemeinschaft in der Anstalt mit der Schaffung von Ambulatorien begonnen, so daß eine „therapeutische Alternative“ vorhanden war, die in enger Verbindung mit der Bevölkerung und deren Basisorganisationen arbeitete.

Der bürgerinitiativmäßige Charakter, den die Bewegung bekam, brachte die Regierung in Zugzwang. Die Radikale Partei hatte 1977 einen Volksentscheid gegen das alte Irrenhaus-Gesetz von 1904 beantragt. Nachdem die für den Antrag erforderlichen Unterschriften zusammengekommen waren, änderte die Regierung schnell das alte Gesetz. (Die italienische Verfassung sieht vor, daß dann ein Volksentscheid nicht zur Durchführung kommt.) So entstand das Gesetz 180 von 1978, das die Auflösung der psychiatrischen Anstalten (außer der Gefängnispsychiatrie) vorsah; die Integration stationärer psychiatrischer Versorgung in die Allgemeinkrankenhäuser; das die Zwangseinweisung verbot; und die „Servizio di Salute Mentale“ als ambulantes Versorgungsinstrument schuf.

Schon 1977 waren außerdem die Sonderschulen aufgelöst und die Kinder in die Regelschulen integriert worden. Dabei wird in den Klassen mit behinderten Kindern jeweils ein zusätzlicher Lehrer eingestellt. Ein Psychologe aus dem „Servizio“ berät die Lehrer und die Eltern.

Die ambulanten Gesundheitsdienste sind interdisziplinär organisiert; sie arbeiten stadtteilnah. Neben der Therapie (wobei nur rund 20% Pharmakotherapie ist) spielt die Beratung und die Anleitung zur Selbsthilfe eine wesentliche Rolle. Ebenso die Unterstützung bei der Befriedigung der elementaren sozialen Bedürfnisse – z.B. Beschaffung von Wohnung und Arbeit. Schon damit könne oft die psychische Krankheit beseitigt werden, wurde berichtet.

In den Berichten aus Arezzo und Genua wurde festgehalten, daß mit der Auflösung der Anstalten das „repressivstes Glied der Kette“ beseitigt sei, damit aber noch nicht die Logik der Psychiatrie aufgehoben werden konnte. Die inzwischen gemachten Erfahrungen haben auch gezeigt, daß man der professionellen Hilfe nicht ganz entbehren könne, sondern Therapie weiterhin notwendig ist. Wesentlich sei allerdings, daß der Schwerpunkt bei der Prävention liegen müsse, was letztlich nur mit einer Veränderung der Lebensbedingungen der Menschen geht. Die Stadtteilnähe der Dienste bietet einen Ansatzpunkt – z.B. über die Beratung – das Bewußtsein dafür zu schaffen. Es sei aber keine psychologische oder psychotherapeutische Arbeit, die diese Veränderungen bewirken könne, sondern politisches Handeln.

Meines Erachtens zeigen die italienischen Erfahrungen der letzten Jahre, daß eine Aufhebung der Ausgrenzung psychisch Kranker und Behinderter möglich ist, wenn sie verbunden ist mit einem stadtteilnahen Versorgungs- und Beratungssystem und der Möglichkeit, in Krisen einzugreifen. Genau wie bei jeder anderen Krankheit auch braucht es Hilfe; in der Regel – aber nicht immer – professionelle Hilfe, um sie zu heilen. Genau wie bei anderen Krankheit auch müssen aber die Lebensbedingungen verändert werden, um die

Psychiatrie aufgehoben werden konnte. Die inzwischen gemachten Erfahrungen haben auch gezeigt, daß man der professionellen Hilfe nicht ganz entbehren könne, sondern Therapie weiterhin notwendig ist. Wesentlich sei allerdings, daß der Schwerpunkt bei der Prävention liegen müsse, was letztlich nur mit einer Veränderung der Lebensbedingungen der Menschen geht. Die Stadtteilnähe der Dienste bietet einen Ansatzpunkt – z.B. über die Beratung – das Bewußtsein dafür zu schaffen. Es sei aber keine psychologische oder psychotherapeutische Arbeit, die diese Veränderungen bewirken könne, sondern politisches Handeln.

Meines Erachtens zeigen die italienischen Erfahrungen der letzten Jahre, daß eine Aufhebung der Ausgrenzung psychisch Kranker und Behinderter möglich ist, wenn sie verbunden ist mit einem stadtteilnahen Versorgungs- und Beratungssystem und der Möglichkeit, in Krisen einzugreifen. Genau wie bei jeder anderen Krankheit auch braucht es Hilfe; in der Regel – aber nicht immer – professionelle Hilfe, um sie zu heilen. Genau wie bei anderen Krankheit auch müssen aber die Lebensbedingungen verändert werden, um die

Ursachen zu beseitigen. Wesentlich für die Prävention wie auch, um zu verhindern, daß die Ausgrenzung auf einer neuen Ebene wieder stattfindet, ist die enge Zusammenarbeit mit der Bevölkerung.

Eine Veränderung der psychosozialen Versorgung und die Auflösung der Anstalten in der BRD wird nur möglich sein mit einer Veränderung der Struktur unseres *gesamten* Gesundheitswesens. Mit dem jetzt existierenden Behandlungsmonopol der niedergelassenen Ärzte, dem faktischen Behandlungsverbot für die sozialpsychiatrischen Dienste der kommunalen Gesundheitsämter, der Unmöglichkeit von Polikliniken und Ambulatorien wird es nicht gehen. Es wird auch nicht gehen, wenn man mit der Auflösung der Anstalten wartet, bis „draußen“ eine perfekte Versorgungskette organisiert ist.

Die Auflösung der Anstalten muß ein sich entwickelnder Prozeß sein, der parallel läuft zum Aufbau einer ambulanten Versorgung, damit diese wachsen kann entlang der dann entstehenden Bedürfnisse der Patienten. Die ambulanten Dienste müssen dabei, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, multidisziplinär organisiert sein und im Stadtteil verankert, um nicht nur zu „therapieren“, sondern alle Probleme angehen zu können.

Insgesamt wurden auf dem Kongreß mehr Fragen neu aufgeworfen, als beantwortet werden konnten. Aber manchmal ist es schon hilfreich, die richtigen Fragen überhaupt zu stellen. Ob und wie der Kongreß Konsequenzen für die Praxis haben wird, muß sich erst noch zeigen. *nia. Westberlin.*

Mit dem Latein am Ende

Der freifinanzierte Wohnungsbau ebenso wie der Soziale Wohnungsbau ist zusammengebrochen, die Mieten werden unbezahlbar. Dies obwohl z.B. in Westberlin ein Fünftel der Bevölkerung in nach amtlichen Maßstäben beengten Wohnverhältnissen lebt. Die herrschende Wohnungspolitik ist bankrott – und jetzt versuchen ihre Vorkämpfer die Flucht nach vorn, indem sie eben jene Rezepte propagieren, die die Hauptschuld an der jetzigen Misere tragen.

Von Friedemann Bleicher

Daß sich die Lage am Wohnungsmarkt zunehmend eintrübt, gilt mittlerweile als Allgemeingut. Doch über Ursache und notwendige Gegenmaßnahmen gehen die Meinungen weit auseinander. Eine Lösung zur Hand allerdings haben bislang nur jene Enthaltsamkeitsprediger, die in solchem Zusammenhang immer nur an andere denken.

Ganz einfach sei die Sache, hören wir, Bauen sei heute eben teuer, 20 DM betrage die „Kostenmiete" bei neuen Wohnungen, und das wolle kein Mieter zahlen. Der Markt gibt nur um die 5 DM pro m^2 her, in manchen Städten auch schon über 10, aber keine 20. Wenigstens nicht für Wohnraum. Daher beuten die Mieter die Vermieter aus, folgert etwa die weltoffene „Zeit", und man müsse sich nicht wundern, wenn die Versicherungsgesellschaften und andere Segensspender ihr Kapital lieber in Staatspapieren oder ähnlich Rentierlichem anlegen.

Um solcherart „einfache" Argumentationen aus den Angeln zu heben, müssen einige Märchen, die durch ihre weite Verbreitung nicht wahrer werden, aus dem Weg geräumt werden. So vor allem das Märchen der „Kostenmiete".

Die Wahrheit ist, daß die Kostenmiete mit den Baukosten eines Gebäudes nur wenig mehr gemein hat als der Kurswert einer Aktie mit ihren Herstellungskosten. Die sogenannte Kostenmiete besteht nämlich zu ihrem überwiegenden Teil aus den Zinsen, die die Bank dafür verlangt, daß sie dem Bauherrn das Geld vorstreckt, ohne das er nicht zum Bauherrn werden kann. Nach solcher Rechnung hat ein Bauherr von seinem Standpunkt aus heute wohl „Kosten" von über 18 Mark auf den Quadratmeter gerechnet. Doch davon zahlt er rund 15 Mark als Zins an die Bank, von der er sich das Kapital zum Hausbau geliehen hat.

Und mit diesem Teil der Miete haben wir auch den Hauptverantwortlichen für die Explosion der Kostenmiete in den letzten Jahren.

Die Bodenpreise steigen viel schneller als etwa die Preise für die Lebensmittel. Das stimmt. Doch im Durchschnitt aller Neubauten muß sich der Boden erst um 10% verteuern, ehe die Miete um 1% steigt. Im Innern der Städte ist dies anders, aber das geht ja in die Kostenmiete, die sich immer auf den Neubau bezieht, noch nichtmal ein.

Ohnehin können hohe Bodenpreise kein Grund für hohe Mieten sein. Denn nach welchen Herstellungskosten soll sich der Bodenpreis regulieren? Es ist umgekehrt: Die Bodenpreise sind immer dann hoch, wenn der Boden den Abwurf einer hohen Miete verspricht. Nutzungskonkurrenz heißt dies dann, wenn das neue Bankgebäude den Abriß des Wohnhauses verlangt.

Die Bodenpreise also sind es nicht, die die Mieten in erster Linie treiben; und auch die Baukosten sind es nicht. Zwar steigen auch sie überdurchschnittlich, wohl weil der Arbeitsprozeß hier Schranken für die Entwicklung der Produktivität setzt. Aber für die Mietsteigerungen sind sie nur zum Teil verantwortlich. Und vor allem wieder dadurch, daß bei höheren Baukosten auch eine höhere Kreditaufnahme notwendig wird.

Bewegung in die Mieten hat vor allem die Zinsentwicklung gebracht. Nie zuvor haben die Zinssätze ein solch hohes Niveau erreicht wie in den 70er Jahren, zuerst in der Krise von 1974/75, dann in der jetzigen Krise. So lagen die Zinskosten 1970 pro m^2 Wohnraum noch bei 6,65 DM, dann stiegen sie binnen 4 Jahren mit krisenbedingt steigenden Zinsen auf 11,70 DM. Und heute dürfen wir in unseren Mieten gar die emporstrebenden US-Zinsen auch noch mitbezahlen. Wer will da noch sein Denken in nationale Grenzen einsperren?

In früheren Jahren hat sich die Marktmiete jeweils etwa mit der Kostenmiete für die Neubauten entwickelt. Erst seit die Kapitalmärkte hektisch geworden sind, nicht zuletzt steigende Staatsschuld und Inflation die Zinsen getrieben haben, klafft die Entwicklung der „Kostenmiete" und der Marktmiete weit auseinander. Nicht weil das Bauen teurer geworden ist, sondern weil die Zinssätze in zuvor nicht erreichte Höhen geklettert sind.

Wohnungen werden bekanntlich nicht für den Tag produziert. Sie nutzen sich über 50, 100 Jahre ab und werfen ihre Miete über einen entsprechend langen Zeitraum ab. Der Bauherr, der heute baut, rechnet aber mit Zinssätzen von heute, ungeachtet dessen, daß sie später sinken mögen und sich ein Hausbau dann lohnen würde. Der einzelne Bauherr kann diesen Widerspruch nicht lösen, er läßt das Bauen sein, obwohl ihn nur eine kurzfristige Laune des Kapitalmarktes daran hindert. Für eine ganze Gesellschaft müßte es leicht sein, einen solchen Widerspruch zu lösen, wenn sie *bewußt* handelte.

Damit ist noch längst nicht das ganze Märchen von der Kostenmiete erzählt. In ihrem Begriff wird nämlich unterstellt, die Wohnungsvermietung rentiere sich nur, wenn sich die „Kostenmiete" auch am Markt erlösen ließe. Auch das ist nicht wahr. Die Kostenmiete ist nämlich ein rechnerisches Konstrukt, in das die Zinskosten auf das *anfänglich* eingesetzte Kapital einkalkuliert sind. Tatsächlich aber zahlt jeder Mieter mit jeder Mietzahlung auch einen Teil des in der Wohnung angelegten Kapitals zurück – Abschreibung genannt –, so daß auch die tatsächlichen Zinskosten im Durchschnitt der gesamten Mietzeit unter den auf das Anfangskapital kalkulierten liegen.

So wundert es nicht, daß die Marktmiete im freifinanzierten Wohnungsbau in aller Regel unter der Kostenmiete liegt und das hier angelegte Kapital trotzdem einen ansehnlichen Profit abwirft. Zwar nicht von Anfang an, aber über die gesamte Lebenszeit gesehen.

Wenn sich also Neubauten gegenwärtig nicht rentieren, dann nicht deshalb, weil die Kostenmiete nicht erlöst werden kann, sondern weil Kostenmiete und Marktmiete vorübergehend so extrem weit auseinanderklaffen. Und daran sind nun wirklich nicht Mieterschutzgesetze schuld, sondern die schwankenden Zinssätze am Kapitalmarkt.

Damit läßt sich verstehen, weshalb sich im freifinanzierten Wohnungsbau gegenwärtig so wenig rührt – ohne daß man auf die mit den üblichen Erklärungsmustern untergejubelten Zwecklügen hereinfällt. Nicht erklärt ist damit aber der Niedergang des Sozialen Wohnungsbaus. Dessen Geheimnis besteht nämlich gerade darin, daß dem Bauherrn der Erlös der „Kostenmiete" über alle Jahre hinweg garantiert ist. Einen Teil zahlt ihm die öffentliche Kasse als Zuschuß, den anderen Teil zahlt ihm der Sozialmieter als Miete.

Der Vorgang besteht einfach darin, daß aus den öffentlichen Haushalten soviel zugeschossen wird, bis jener Rest, der als Sozialmiete bleibt, etwas unter den Marktmieten im freifinanzierten Wohnungsbau liegt. Und es ist klar, daß die Subventionen enorm zunehmen müssen, wenn einerseits steigende Zinssätze die Kostenmiete hochtreiben, andrerseits die Sozialmieten unter den Marktmieten bleiben sollen. So mußten im Mietwohnungsbau 1980 knapp 11 Mark aus öffentlichen Geldern zugeschossen werden, um auf eine Sozialmiete von 5,10 DM zu kommen. Der Vermieter bekommt freilich so und so die 16 Mark „Kostenmiete". Sein Nachteil gegenüber dem Bauherrn im freifinanzierten Wohnungsbau besteht bloß darin, daß jener in späteren Jahren die Miete rascher an die Inflation anpassen kann, als dies im Sozialen Wohnungsbau wenigstens bislang noch erlaubt ist.



Neubau der Deutschen Bank in Frankfurt. Die Büromieten im Westend liegen derzeit bei 20 DM/m^2, in den Einkaufstraßen werden bis 150 DM gezahlt.

Jedenfalls kann man sich nun denken, weshalb sich im Sozialen Wohnungsbau kaum noch ein neues Haus gebaut wird und zur Vermietung kommt. Die dafür in den öffentlichen Haushalten bereitgestellten Mittel reichen nicht mehr aus, die gestiegenen Zuschüsse zu finanzieren.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Geschichte der Wohnungspolitik in der BRD die immer vollständigere Unterwerfung der Wohnungswirtschaft unter die Erfordernisse des Kapitalmarkts. Im freifinanzierten wie im Sozialen Wohnungsbau hat dies nach der Wirtschaftskrise 1974/75 zum Zusammenbruch geführt. Doch wieso eigentlich soll sich eine Gesellschaft solchen anarchischen Strukturen ausliefern? So setzt jede Politik, die mit der herrschenden bricht, an der Trennung der Wohnungsvermietung vom Kapitalmarkt an. Und dies ist auch der Grundgedanke der entsprechenden Forderungen, ob sie nun lauten: Rückkehr zur alten Förderung im Sozialen Wohnungsbau (zinsloses Darlehen statt Zinszuschuß) oder: Kommunalisierung des Wohnungsbaus.

Kostenmiete
im sozialen Wohnungsbau
1962–81

DM/m^2 — 5 — 10 — 15
62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81
Kostenmiete
Zinskosten
ungefähre Marktmiete

Quelle: Statistisches Bundesamt; 1981 eigene Schätzung

Zielstrebig in die Sackgasse, aber mit Profit

Zur Entwicklung der Wohnungspolitik in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

cdc. Am Anfang des sozialen Woh- Es beinhaltete totale Wohnraumbe- kommen vorbehalten (Belegungsbin-

und andere Segensspender ihr Kapital lieber in Staatspapieren oder ähnlich Rentierlichem anlegen.

Um solcherart „einfache" Argumentationen aus den Angeln zu heben, müssen einige Märchen, die durch ihre weite Verbreitung nicht wahrer werden, aus dem Weg geräumt werden. So vor allem das Märchen der „Kostenmiete".

Die Wahrheit ist, daß die Kostenmiete mit den Baukosten eines Gebäudes nur wenig mehr gemein hat als der Kurswert einer Aktie mit ihren Herstellungskosten. Die sogenannte Kostenmiete besteht nämlich zu ihrem überwiegenden Teil aus den Zinsen, die die Bank dafür verlangt, daß sie dem Bauherrn das Geld vorstreckt, ohne das er nicht zum Bauherrn werden kann. Nach solcher Rechnung hat ein Bauherr von seinem Standpunkt aus heute wohl „Kosten" von über 18 Mark auf den Quadratmeter gerechnet. Doch davon zahlt er rund 15 Mark als Zins an die Bank, von der er sich das Kapital zum Hausbau geliehen hat.

Und mit diesem Teil der Miete haben wir auch den Hauptverantwortlichen für die Explosion der Kostenmiete in den letzten Jahren.

Marktmiete jeweils etwa mit der Kostenmiete für die Neubauten entwickelt. Erst seit die Kapitalmärkte hektisch geworden sind, nicht zuletzt steigende Staatsschuld und Inflation die Zinsen getrieben haben, klafft die Entwicklung der „Kostenmiete" und der Marktmiete weit auseinander. Nicht weil das Bauen teurer geworden ist, sondern weil die Zinssätze in zuvor nicht erreichte Höhen geklettert sind.

Wohnungen werden bekanntlich nicht für den Tag produziert. Sie nutzen sich über 50, 100 Jahre ab und werfen ihre Miete über einen entsprechend langen Zeitraum ab. Der Bauherr, der heute baut, rechnet aber mit Zinssätzen von heute, ungeachtet dessen, daß sie später sinken mögen und sich ein Hausbau dann lohnen würde. Der einzelne Bauherr kann diesen Widerspruch nicht lösen, er läßt das Bauen sein, obwohl ihn nur eine kurzfristige Laune des Kapitalmarktes daran hindert. Für eine ganze Gesellschaft müßte es leicht sein, einen solchen Widerspruch zu lösen, wenn sie *bewußt* handelte.

Damit ist noch längst nicht das ganze Märchen von der Kostenmiete erzählt. In ihrem Begriff wird nämlich unterstellt, die Wohnungsvermietung

Der Vorgang besteht einfach darin, daß aus den öffentlichen Haushalten soviel zugeschossen wird, bis jener Rest, der als Sozialmiete bleibt, etwas unter den Marktmieten im freifinanzierten Wohnungsbau liegt. Und es ist klar, daß die Subventionen enorm zunehmen müssen, wenn einerseits steigende Zinssätze die Kostenmiete hochtreiben, andrerseits die Sozialmieten unter den Marktmieten bleiben sollen. So mußten im Mietwohnungsbau 1980 knapp 11 Mark aus öffentlichen Geldern zugeschossen werden, um auf eine Sozialmiete von 5,10 DM zu kommen. Der Vermieter bekommt freilich so und so die 16 Mark „Kostenmiete". Sein Nachteil gegenüber dem Bauherrn im freifinanzierten Wohnungsbau besteht bloß darin, daß jener in späteren Jahren die Miete rascher an die Inflation anpassen kann, als dies im Sozialen Wohnungsbau wenigstens bislang noch erlaubt ist.

Neubau der Deutschen Bank in Frankfurt. Die Büromieten im Westend liegen derzeit bei 20 DM/m^2, in den Einkaufstraßen werden bis 150 DM gezahlt.

Jedenfalls kann man sich nun denken, weshalb sich im Sozialen Wohnungsbau kaum noch ein neues Haus gebaut wird und zur Vermietung kommt. Die dafür in den öffentlichen Haushalten bereitgestellten Mittel reichen nicht mehr aus, die gestiegenen Zuschüsse zu finanzieren.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Geschichte der Wohnungspolitik in der BRD die immer vollständigere Unterwerfung der Wohnungswirtschaft unter die Erfordernisse des Kapitalmarkts. Im freifinanzierten wie im Sozialen Wohnungsbau hat dies nach der Wirtschaftskrise 1974/75 zum Zusammenbruch geführt. Doch wieso eigentlich soll sich eine Gesellschaft solchen anarchischen Strukturen ausliefern? So setzt jede Politik, die mit der herrschenden bricht, an der Trennung der Wohnungsvermietung vom Kapitalmarkt an. Und dies ist auch der Grundgedanke der entsprechenden Forderungen, ob sie nun lauten: Rückkehr zur alten Förderung im Sozialen Wohnungsbau (zinsloses Darlehen statt Zinszuschuß) oder: Kommunalisierung des Wohnungsbaus.

Zielstrebig in die Sackgasse, aber mit Profit

Zur Entwicklung der Wohnungspolitik in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

cdc. Am Anfang des *sozialen Wohnungsbaus* stand das *1. Wohnungsbaugesetz* von 1950, in dem ein auf sechs Jahre und auf 1,8 Millionen Wohnungen beschränktes Förderungsprogramm festgelegt wurde. Damit befand sich ein Teil der Wohnungswirtschaft als einziger Bereich der Volkswirtschaft vorübergehend in staatlicher Regie, was nur unter dem Druck der Verhältnisse zu verstehen ist: Bei der Gründung der BRD 1949 fehlten infolge der Kriegszerstörungen, des kriegsbedingten Rückgangs des Wohnungsbaus, des Zustroms von Vertriebenen und Umsiedlern und durch Beschlagnahmung von Wohnraum durch die Besatzer 5,5 Millionen Wohnungen. Das Wohnungselend in den zerstörten Städten behinderte die rasche Wiederaufnahme der kapitalistischen Produktion, so daß in der amtlichen Begründung des 1. Wohnungsbaugesetzes festgestellt wurde: „Durch die Inangriffnahme (des Wohnungsbaus) sind eine Reihe brennender wirtschaftlicher Probleme lösbar: Die beengten Wohnverhältnisse mindern, physisch und psychisch, die Arbeitsleistung. Ihre nachhaltige Steigerung ist unabdingbare Voraussetzung für eine Gesundung der deutschen Wirtschaft. Infolge des Wohnungsmangels stehen trotz 1,5 Millionen Arbeitslosen zahlreiche Arbeitsplätze für Facharbeiter an den Schwerpunkten gewerblich-industrieller Entwicklung leer." (1)

Das Lockmittel – staatliches Wohnungsbauprogramm – kann schwerlich die Hauptstoßrichtung des 1. Wohnungsbaugesetzes verschleiern: die Mietfreigabe. Mit dem Kontrollratsgesetz hatten die Besatzungsmächte dem Wohnraummangel zunächst in der Weise zu begegnen versucht, daß der Mangel gleichmäßig verteilt wurde. Es beinhaltete totale Wohnraumbewirtschaftung: Alle Wohnungen wurden nach Größe und Belegung erfaßt und von den Behörden neu „belegt". D.h. es wurden in belegte Wohnungen zusätzliche Personen oder Familien eingewiesen. Die Mieten wurden auf dem Stand von 1939 eingefroren, Kündigungen waren weitgehend ausgeschlossen.

Mit dem 1. Wohnungsbaugesetz wurde der Mietpreisstop teilweise aufgehoben: alle nach 1949 gebauten Wohnungen konnten „frei", d.h. zu jedem Preis, den ein Mieter bereit war zu zahlen, vermietet werden. Durch die Mietfreigabe hoffte man, möglichst viel privates Kapital in die Wohnungswirtschaft zu locken und das geht, das wußten auch die Protagonisten dieser Ideologie, nur, wenn entsprechende Profitaussichten in dieser Branche bestehen.

Drei Arten von Investitionsförderung

Daß private Investitionsbereitschaft nicht ausreichte, auch nur die schlimmste Wohnungsnot zu beseitigen, war auch der damaligen CDU/FDP-Regierung bekannt. Deshalb wurden im 1. Wohnungsbaugesetz von 1950 gleichzeitig eine Reihe von Subventionsformen festgelegt. Unterschieden wurden drei Arten von Wohnungsbau: der öffentlich geförderte Wohnungsbau (Sozialwohnungsbau), der steuerbegünstigte Wohnungsbau und der frei finanzierte Wohnungsbau.

Beim *Sozialwohnungsbau* gab der Staat in erheblichem Umfang öffentliche Darlehen, die nicht verzinst und nur sehr langsam zurückgezahlt werden mußten. Dafür waren die Wohnungen Familien mit geringem Einkommen vorbehalten (Belegungsbindung). Die Miete wurde vom Staat festgesetzt (Richtsatzmiete). Mit dieser Konzeption war bereits eine entscheidende Weiche gestellt: Auch der Wohnungsbau für die unteren Einkommensschichten sollte privatkapitalistisch betrieben werden. Der Staat subventionierte zwar kräftig, Investor aber war das private Kapital. (2) Damit war vom Ansatz her bereits das Dilemma des sozialen Wohnungsbaus, wie es heute deutlich zu Tage tritt, programmiert: privates Kapital sollte eine soziale Aufgabe erfüllen – ein antagonistischer Widerspruch, der nur zeitweilig durch sehr hohe staatliche Subventionen übertüncht werden konnte.

Die Subventionierung des *steuerbegünstigten Wohnungsbaus* bestand in einem zehnjährigen Verzicht auf die auf das Gebäude entfallende Grundsteuer (die 0,5 bis 1% des Gebäudewertes jährlich ausmachte) sowie dem Erlaß einiger Steuern und Gebühren, die beim Bau des Hauses anfallen (vor allem die 7%ige Grunderwerbssteuer). Die steuerbegünstigten Wohnungen waren nicht auf eine bestimmte Bevölkerungsschicht beschränkt, die Miete war jedoch in dieser Phase noch auf die sog. Kostenmiete beschränkt.

Aber auch der sog. *freifinanzierte Wohnungsbau* wurde, zwar nicht im Rahmen des 1. Wohnungsbaugesetzes, doch durch indirekte Subventionen gefördert; Subventionen, die bis heute eine zentrale Bedeutung behalten haben: die Einkommenssteuerermäßigungen und die Bausparförderung. Der §7b des Einkommenssteuergesetzes erlaubte seit 1951, die Ausgaben für den Bau einer Wohnung (ohne Grundstückko-

Fortsetzung nächste Seite

Zielstrebig ...

Fortsetzung von Seite I

sten) in den ersten 12 Jahren nach dem Bezug der Wohnung zu 50% abzuschreiben, was das zu versteuernde Einkommen erheblich reduzierte (nach der heutigen Regel kann in den ersten 8 Jahren 40% abgeschrieben werden). Die Höhe der Steuerersparnis hängt dabei vom Gesamteinkommen des Bauherrn ab, je höher das Einkommen, desto höher die Steuerersparnis.

Bereits seit 1948 konnten darüberhinaus Mittel, die für den Zweck gespart wurden, später damit eine Wohnung zu bauen *(Bausparen)*, bis zu einer bestimmten Höhe vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden. Auch hier gilt: je höher das Einkommen, desto höher die staatliche Subvention.

Die Kostenmiete wird geboren

Mit dem *Wohnraumbewirtschaftungsgesetz* von 1953 wurde die Wohnraumbewirtschaftung liberalisiert. Außerdem wurde das erst drei Jahre alte I. Wohnungsbaugesetz novelliert. In der Novelle wurde die Mietbindung beim steuerbegünstigten Wohnungsbau aufgehoben. Außerdem wurde die Möglichkeit geschaffen, öffentlich geförderte (Sozial-)Wohnungen durch vorzeitige Rückzahlung der Mittel aus der Preis- und Belegungsbindung zu lösen, also quasi in freifinanzierte Wohnungen umzuwandeln.

Das zweite markante Datum dieser Phase ist das Jahr *1956* mit dem *II. Wohnungsbaugesetz*. Damit wurde die Möglichkeit geschaffen, zur Finanzierung von Sozialwohnungen auch Kapitalmarktdarlehen in Anspruch zu nehmen, die der Staat allerdings subventionierte. Vor allem wurde im II. Wohnungsbaugesetz beim sozialen Wohnungsbau die staatlich festgesetzte Richtsatzmiete durch die ,,Kostenmiete'' ersetzt. Das Kostenmietprinzip machte den sozialen Wohnungsbau zu einer risikolosen Sache für den Vermieter, insofern dem Vermieter die totale Überwälzung aller seiner ,,Kosten'' garantiert wurde.

Verlagerung auf die Eigentumsförderung

Mit der Novelle des I. Wohnungsbaugesetzes und noch mehr mit dem II. Wohnungsbaugesetz wurde noch eine zweite wichtige Weiche gestellt: die Bevorzugung der Eigentumsförderung und die Förderung des ,,gesunden'' Familienlebens. Im 2. Abs. des II. WohBauG heißt es: ,,Die Förderung des Wohnungsbaus hat das Ziel, die Wohnungsnot, namentlich auch der Wohnungssuchenden mit geringerem Einkommen, zu beseitigen, und zugleich weite Kreise des Volkes durch Bildung von Einzeleigentum, besonders in der Form von Familienheimen,

gen umzuwandeln.

Das zweite markante Datum dieser Phase ist das Jahr *1956* mit dem *II. Wohnungsbaugesetz*. Damit wurde die Möglichkeit geschaffen, zur Finanzierung von Sozialwohnungen auch Kapitalmarktdarlehen in Anspruch zu nehmen, die der Staat allerdings subventionierte. Vor allem wurde im II. Wohnungsbaugesetz beim sozialen Wohnungsbau die staatlich festgesetzte Richtsatzmiete durch die ,,Kostenmiete'' ersetzt. Das Kostenmietprinzip machte den sozialen Wohnungsbau zu einer risikolosen Sache für den Vermieter, insofern dem Vermieter die totale Überwälzung aller seiner ,,Kosten'' garantiert wurde.

Verlagerung auf die Eigentumsförderung

Mit der Novelle des I. Wohnungsbaugesetzes und noch mehr mit dem II. Wohnungsbaugesetz wurde noch eine zweite wichtige Weiche gestellt: die Bevorzugung der Eigentumsförderung und die Förderung des ,,gesunden'' Familienlebens. Im 2. Abs. des II. WohBauG heißt es: ,,Die Förderung des Wohnungsbaus hat das Ziel, die Wohnungsnot, namentlich auch der Wohnungssuchenden mit geringerem Einkommen, zu beseitigen, und zugleich weite Kreise des Volkes durch Bildung von Einzeleigentum, besonders in der Form von Familienheimen,

mit dem Grund und Boden zu verbinden. Sparwille und Tatkraft aller Schichten des Volkes sollen hierzu angeregt werden. In ausreichendem Maße sind solche Wohnungen zu fördern, die die Entfaltung eines gesunden Familienlebens, namentlich für kinderreiche Familien, gewährleisten.''

Dieser Paragraph dient als rechtliche Absicherung für die seither geübte Praxis der Bevorzugung von Eigentumsmaßnahmen bei der Vergabe der Wohnungsbauförderungsmittel. Spätestens ab diesem Zeitpunkt wird deutlich, daß in den Augen des Staates nicht nur die Wohnungsbewirtschaftung, sondern auch der öffentlich geförderte Mietwohnungsbau ein möglichst bald abzuschaffendes vorübergehendes Übel war. Ziel der Wohnungspolitik war, ,,Tatkraft und Sparwillen'' der Bevölkerung (aus-)zu nutzen und diese zu ,,binden''. Diese Politik, die von der heutigen SPD/FDP-Bundesregierung noch konsequenter als von der damaligen CDU/FDP-Regierung verfolgt wird, hat auch vielfach tatsächlich den gewünschten Effekt. Die enorme finanzielle Belastung, die der Erwerb eines Hauses oder einer Wohnung, insbesondere für Arbeiter und viele Angestellte bedeutet, zwingt diese zu einer äußersten ökonomischen Disziplin und damit zur Anpassung an die gesellschaftlich vorgegebenen Normen.

Die ,,Liberalisierung''

Nach der bereits 1950 bzw. 1953 erfolgen Freigabe der Miete beim freifinanzierten bzw. steuerbegünstigten Wohnungsbau wurde ab 1955 in mehreren *Bundesmietengesetzen* die prozentuale Anhebung der gebundenen Altbaumieten erlaubt. Außerdem durften bei Modernisierungen weitere Mieterhöhungen vorgenommen werden. Ziel der Mieterhöhung war lt. Bundesregierung, daß die Erhaltung des Gebäudes aus der Miete finanziert werden konnte, ,,Substanzverzehr'' sollte vermieden werden.

Die wichtigste Maßnahme der Liberalisierung des Wohnungswesens war der ,,Lücke Plan'' *(1960)*, bekannt als *Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietrecht (Abbaugesetz)*. Nach diesem Gesetz wurden die Reste der Wohnraumbewirtschaftung vollends abgeschafft und sowohl die Mietpreisbindung als auch der Kündigungsschutz auch für Altbauten aufgehoben. Für eine Übergangsphase war zunächst für alle Altbauwohnungen eine prozentuale Mieterhöhung von mindestens 15%, im höchsten Fall von 35% erlaubt. Ab 1963 wurden die Mieten ganz freigegeben, allerdings nicht überall gleichzeitig. Von der ,,Wohnungszwangswirtschaft befreit'' wurden zunächst nur alle die Stadt- und Landkreise, die ein ,,rechnerisches Wohnraumdefizit'' von weniger als 3% aufwiesen. Diese wurden ,,*weiße Kreise*'' genannt (im Gegensatz zu den ,,schwarzen Kreisen'' mit Mietpreisbindung).

Die Ernennung zum weißen Kreis bedeutete für die dort Lebenden sprunghaft ansteigende Wohnungsmieten, nicht zuletzt deshalb, weil das Wohnungsraumdefizit in den weißen Kreisen durch die Art der Berechnung des Defizits weit über der zulässigen 3%-Grenze lag. Denn bei der Berechnung wurde auf der Bestands-Seite sehr großzügig verfahren (auch praktisch unbewohnbare Notunterkünfte wurden als Wohnraum gezählt), während auf der Soll-Seite ein Teil der Wohnungssuchenden (z.B. 50% der Einpersonenhaushalte) nicht als Wohnraumnachfrager erfaßt wurde. Entsprechend groß war der Mieterhöhungsspielraum der Vermieter.

Daß das Abbaugesetz ohne Rücksicht auf die tatsächliche Versorgungslage der Bevölkerung durchgesetzt wurde, zeigt sich auch darin, daß der auf 1.1.1966 vorgesehene Schlußtermin in einzelnen Kreisen mehrmals hinausgeschoben werden mußte. So fiel die Mietpreisbindung in Hamburg und München erst 1975, in West-Berlin besteht die Mietpreisbindung in abgewandelter Form noch heute. (3)

Die mit der ,,Wiederherstellung marktwirtschaftlicher Verhältnisse'' zwangsläufig verbundenen ,,individuellen sozialen Härten'' sollten durch zwei im Abbaugesetz enthaltene Maßnahmen aufgefangen werden: die Aufnahme von ,,*Kündigungsschutzregeln*'' in das Bürgerliche Gesetzbuch

sprunghaft ansteigende Wohnungsmieten, nicht zuletzt deshalb, weil das Wohnungsraumdefizit in den weißen Kreisen durch die Art der Berechnung des Defizits weit über der zulässigen 3%-Grenze lag. Denn bei der Berechnung wurde auf der Bestands-Seite sehr großzügig verfahren (auch praktisch unbewohnbare Notunterkünfte wurden als Wohnraum gezählt), während auf der Soll-Seite ein Teil der Wohnungssuchenden (z.B. 50% der Einpersonenhaushalte) nicht als Wohnraumnachfrager erfaßt wurde. Entsprechend groß war der Mieterhöhungsspielraum der Vermieter.

Daß das Abbaugesetz ohne Rücksicht auf die tatsächliche Versorgungslage der Bevölkerung durchgesetzt wurde, zeigt sich auch darin, daß der auf 1.1.1966 vorgesehene Schlußtermin in einzelnen Kreisen mehrmals hinausgeschoben werden mußte. So fiel die Mietpreisbindung in Hamburg und München erst 1975, in West-Berlin besteht die Mietpreisbindung in abgewandelter Form noch heute. (3)

Die mit der ,,Wiederherstellung marktwirtschaftlicher Verhältnisse'' zwangsläufig verbundenen ,,individuellen sozialen Härten'' sollten durch zwei im Abbaugesetz enthaltene Maßnahmen aufgefangen werden: die Aufnahme von ,,*Kündigungsschutzregeln*'' in das Bürgerliche Gesetzbuch

und durch das ,,*Wohngeld*''.

Die Einbettung des sozialen Wohnungsbaus in den Kapitalmarkt

Bereits mit der Begründung zum Wohnungsbauänderungsgesetz 1965 meinte die Bundesregierung (CDU), daß bis Ende 1965 die ,,echte Wohnungsnot beseitigt'' sein werde. Die Schlußfolgerung aus dieser ,,Erkenntnis'' zog

---

Literaturhinweis:

Wohnen als Geschäft

in: Kommunismus und Klassenkampf 2/82

Der Artikel behandelt vor allem die Kapitalverwertung in der Wohnungswirtschaft und setzt sich mit verschiedenen theoretischen Auffassungen hierzu auseinander. Die Aussagen werden an empirischen Untersuchungen zur Bestimmung des Mietzinses überprüft.

---

dann die Regierung der ,,Großen Koalition'' (CDU/SPD) und später die sozialliberale Koalition gemeinsam mit den Bundesländern (die ja die Details der Förderung für ihr Gebiet festlegen): Der finanzielle Rückzug des Staates aus der Subventionierung des Mietwohnungsbaus wurde nun durchgesetzt.

Zum einen wurde die Förderung des Sozialen Mietwohnungsbaus verändert: Die bereits im II. Wohnungsbaugesetz von 1956 vorgesehene stärkere Heranziehung von Kapitalmarktmitteln zur Finanzierung des Sozialen Wohnungsbaus (als Ersatz für zinslose Darlehen des Staates), mit der der soziale Mietwohnungsbau auch hinsichtlich seiner Finanzierung ganz in die ,,Soziale Marktwirtschaft'' integriert werden sollte, wurde nun voll ausgeschöpft. Die zinslosen Darlehen wurden weiter reduziert; stattdessen wurden zeitlich befristete, in festen Zeitabständen (zunächst 3 Jahre, heute z.T. jährlich) verringerte staatliche Zuschüsse zu den Zahlungen des Bauherrn für Fremdkapital gewährt. Durch diese Förderungsumstellung konnte sich der Staat leichter aus dem Sozialwohnungsbau zurückziehen. Der jeweils wegfallende Anteil des Zuschusses muß in voller Höhe vom Mieter übernommen werden: Spätestens alle drei Jahre steigt die Miete einer Wohnung aufgrund wegfallender Zuschüsse des Staates. Als Konsequenz dieses ,,degressiven'' Förderungssystems steigen die Mieten in den Sozialwohnungen schneller als im freifinanzierten Wohnungsbau.

Die Förderungsumstellung wurde von den Betroffenen nicht ohne Widerstand hingenommen. Vor allem in größeren Neubaugebieten in den Ballungszentren haben sich die Mieter organisiert. Der Protest hat mit dazu beigetragen, daß sich die Länder und Kommunen gezwungen sehen, den ,,Förderungsabbau'' zumindest teilweise aufzuheben bzw. zeitlich hinauszuschieben, indem sie ,,Nachfinanzierungsmittel'' als Ersatz für die planmäßig wegfallenden Subventionen bereitstellen. Am Grundprinzip der ständigen Mietsteigerungen wird dadurch jedoch nicht gerüttelt.

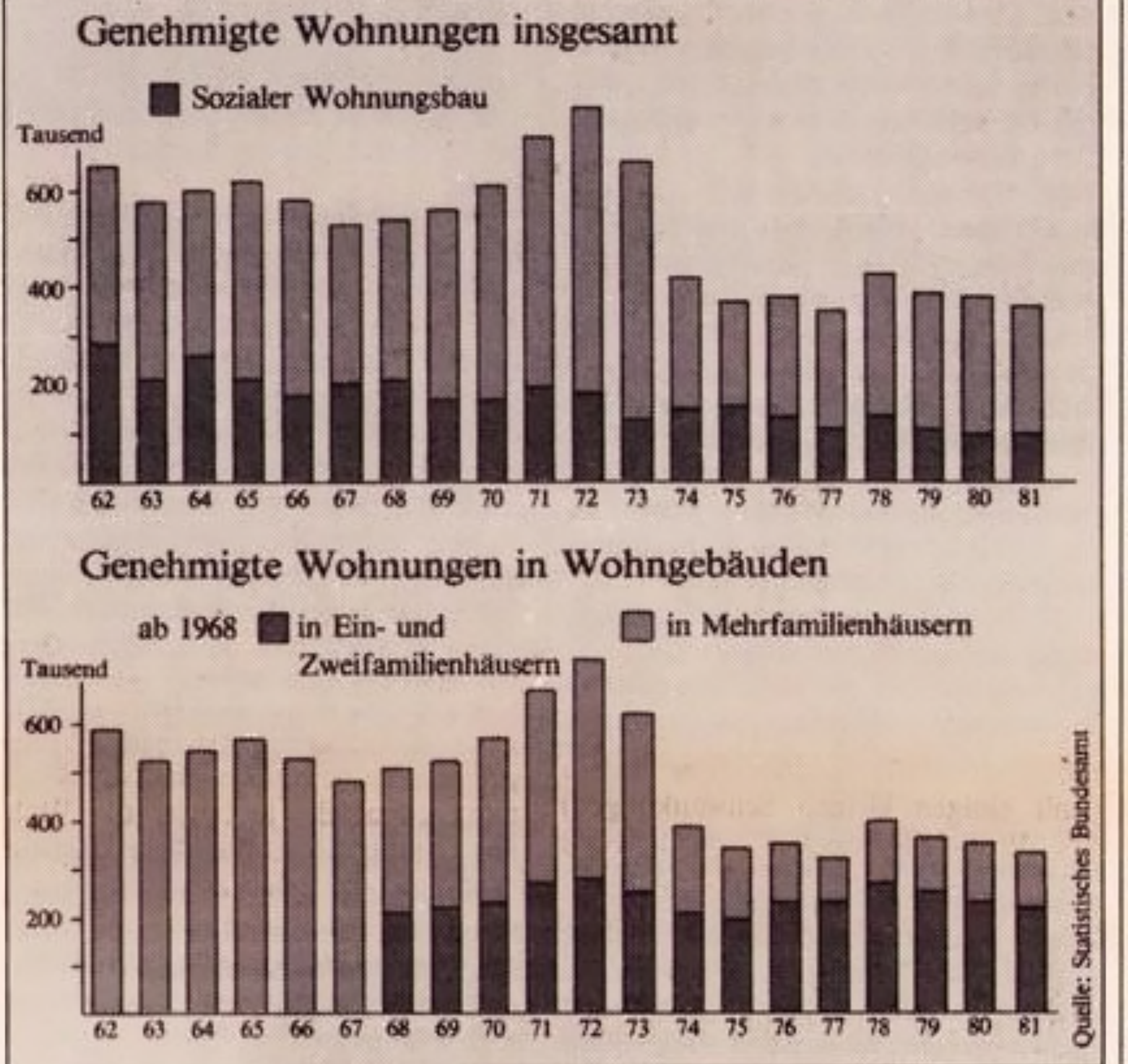
Verlagerung der Förderung auf den ,,Zweiten Weg''

Die überproportional steigenden Grundstücks- und Baupreise, die Umstellung der Finanzierung auf Kapitalmarktmittel, durch die das zeitweilig sehr hohe Zinsniveau voll auf die Kosten im Sozialen Wohnungsbau durchschlug, führten zusammen mit den geschilderten, sehr vermieterfreundlichen Berechnungsvorschriften zu einer rasant ansteigenden ,,Kostenmiete'' im Sozialen Wohnungsbau. Sie betrug vor Abzug der Subvention im Jahre 1962 (Bundesdurchschnitt) 3,40 DM je m^2 Wohnfläche und stieg bis 1980 auf 16 DM je m^2. Diese Kostensteigerungen konnten nicht voll durch Anhebung der vom Mieter zu tragenden Miete aufgefangen werden. Auch dazu fand man eine Lösung: Man erfand den sogenannten ,,gehobenen Sozialen Wohnungsbau''. Für die Belegung galten hier Einkommensgrenzen, die um 40% über denen des Sozialen Wohnungsbau (sog. 2. Förderungsweg) lagen.

Bei der Erfindung des *2. Förderungsweges* ging es vor allem darum, neue Bevölkerungskreise für die ebenfalls im Rahmen des Sozialwohnungsprogramms durchgeführten Eigentumsmaßnahmen zu finden. Bereits in der Wiederaufbauphase war ja mit dem II. Wohnungsbaugesetz die *Eigentumsförderung* zum zentralen Ziel der Wohnungsbauförderung überhaupt erklärt worden. Diese Eigentumsförderung hatte – soweit sie sich im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus bewegte – von Anfang an eine Schwierigkeit: Das Einkommen der Berechtigten war eigentlich zu gering, als daß diese sich Wohnungseigentum leisten konnten; vielfach reichten dazu auch die staatlichen Subventionen nicht aus. Es mußten also neue Einkommensschichten für die Wohnungsbauförderung erschlossen werden. Neben der regelmäßigen Heraufsetzung der Einkommensgrenzen des § 25 II. Wohnungsbaugesetz bot dazu vor allem der 2. Förderungsweg Möglichkeiten, da bei diesem auch mittlere Einkommensschichten berechtigt sind. Für diese Einkommensschichten legte der Bund sogar ein eigenes Wohnungsbauförderungsprogramm auf, das *Regionalprogramm*; die Länder verlagerten ihrerseits ebenfalls immer mehr Mittel auf den 2. Förderungsweg, mit dem in den letzten Jahren fast ausschließlich Eigentumsmaßnahmen finanziert wurden. Die Folgen dieser Politik tragen vor allem die unteren Einkommensschichten. Der soziale Mietwohnungsbau wurde so praktisch auf ein Sonderprogramm reduziert. Für die nicht zu diesen Gruppen zählende Bevölkerung, die wegen ihres geringen Einkommens die Eigentumsförderung nicht in Anspruch nehmen kann, bleibt somit nur noch der Bestand an Mietwohnungen, und der wird durch weitere Maßnahmen systematisch reduziert.

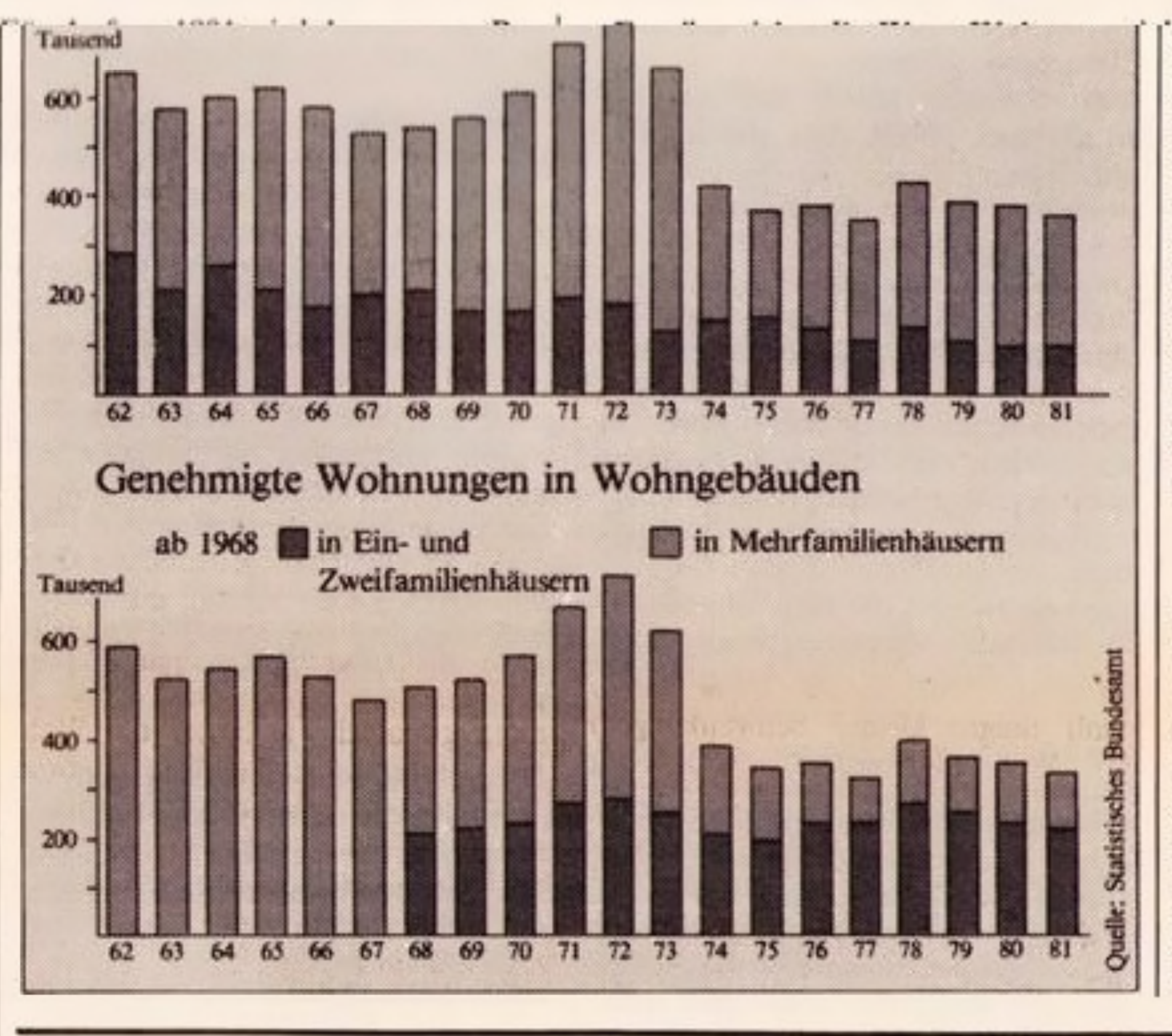
Modernisierungsprämien

Bereits bei der Verabschiedung des Abbaugesetzes war von der damaligen Mehrheitsfraktion im Bundestag (CDU/CSU) die Ansicht vertreten worden, das *quantitative* Wohnungsproblem sei bald gelöst. Spätestens seit 1972/1973, als ein kurzzeitiger Bauboom vor allem bei Eigentumswohnungen zu vorübergehenden Leerständen geführt hatte, griff die Ansicht, nun seien genug Wohnungen vorhan-



Kapitalverwertung und Miethöhe

Über die Entwicklung und die Zusammensetzung des Mietpreises und wie auch unter der ,,Kostenmiete'' Profite gemacht werden / Von Klaus Rinn



schließlich Eigentumsmaßnahmen finanziert wurden. Die Folgen dieser Politik tragen vor allem die unteren Einkommensschichten. Der soziale Mietwohnungsbau wurde so praktisch auf ein Sonderprogramm reduziert. Für die nicht zu diesen Gruppen zählende Bevölkerung, die wegen ihres geringen Einkommens die Eigentumsförderung nicht in Anspruch nehmen kann, bleibt somit nur noch der Bestand an Mietwohnungen, und der wird durch weitere Maßnahmen systematisch reduziert.

Modernisierungsprämien

Bereits bei der Verabschiedung des Abbaugesetzes war von der damaligen Mehrheitsfraktion im Bundestag (CDU/CSU) die Ansicht vertreten worden, das *quantitative* Wohnungsproblem sei bald gelöst. Spätestens seit 1972/1973, als ein kurzzeitiger Bauboom vor allem bei Eigentumswohnungen zu vorübergehenden Leerständen geführt hatte, griff die Ansicht, nun seien genug Wohnungen vorhan-

Kapitalverwertung und Miethöhe

Über die Entwicklung und die Zusammensetzung des Mietpreises und wie auch unter der ,,Kostenmiete'' Profite gemacht werden / Von Klaus Rinn

Für Anfang 1981 wird der gesamte Bestand an Wohnungen in nicht-landwirtschaftlichen Gebäuden mit 22,5 Mio. angegeben; nach der 1%-Wohnungsstichprobe 1978 sind 40% Altbauwohnungen, also vor 1949 gebaut; 33% wurden zwischen 1949 und 1971 erstellt und 27% später.

Nach der Statistik über die Wohneigentumsverhältnisse sind von den 22,5 Millionen Einheiten 14,25 Mietwohnungen und hiervon gehören rund 4,5 Mio. Wohnungsbaugesellschaften, industriellen Kapitalisten und der öffentlichen Hand. Wenn man berücksichtigt, daß von den restlichen 10 Mio. Mietwohnungen ein beträchtlicher Teil in privater Hand als Kapital verwertet wird, so wird sich der Anteil der Wohnungen, die sich in der Hand von Kapitalisten oder kapitalistisch betriebenen Gesellschaften befinden, auf höchstens 50% schätzen lassen. Indes muß man berücksichtigen, daß durch die Beteiligung der Banken an der Finanzierung des Wohnungsbaus selbst dem kleinsten Hauseigentümer mit den Zinsen die Maßstäbe gesetzt werden, nach denen sich die Höhe auch seiner Mietpreise bestimmen muß. Bloß zur Erläuterung sei hier gesagt, daß der Anteil der Kapitalsammelstellen (Pfandbriefinstitute, Sparkassen, Bausparkassen und private Versicherungen) an der Finanzierung der Neubauinvestitionen gegenwärtig bei rund 57% liegt. Der Ausgleich der Mietpreise, insofern er durch die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt bestimmt ist, tut sein Übriges für die bestimmende Rolle, die die Kapitalverwertung im Wohnungsbau spielt.

Es gibt nicht *die* Ware Wohnung; die Wohnungen unterscheiden sich nach Alter, Größe, Qualität und Ausstattung, Wohnlage, Wohnumgebung und andererseits, sofern sie Mietwohnungen sind, auch nach öffentlich geförderten und sog. freien. Entsprechende Mietunterschiede lassen sich finden, wenngleich sie sich nicht einfach aus diesen Qualitätsunterschieden erklären lassen.

Mietpreise nach Baualtersklassen (1978)

	öffentlich gef.	nicht gefördert
Altbauten	3,60 DM/m^2	
1949 – 64	3,84 DM/m^2	4,59 DM/m^2
1965 – 72	4,88 DM/m^2	5,16 DM/m^2
1975 u. sp.	5,14 DM/m^2	5,50 DM/m^2
alle Neubauwohnungen	4,33 DM/m^2	5,00 DM/m^2

Dabei sind die Mietpreise von 1972 bis 1978 bei Altbauwohnungen stärker, nämlich um 30%, als bei den Neubauwohnungen gestiegen, bei denen sich die Steigerungsrate auf 25% belief. Im Durchschnitt betrug 1978 die Miete in Kleinstwohnungen – unter 40 m^2 – rund 6 DM/m^2, während die Geschoßwohnungen mit über 120 m^2 zu durchschnittlich 4,45 DM/m^2 vermietet wurden. Hinsichtlich der Ausstattung der Wohnungen unterscheiden sich die Mietpreise ebenfalls erheblich, für eine Wohnung mit Bad, WC und Sammelheizung mußten 5,40 DM/m^2 gezahlt werden, für einfache Ausstattung rund 3,60 DM/m^2. Hierbei muß man aber berücksichtigen, daß diese Mietpreisunterschiede zum Teil auch auf Altersunterschiede zurückzuführen sind.

Wenn wir im weiteren Verlauf dieses Artikels von Durchschnittsmieten und vom Ausgleich der Mietunterschiede sprechen, dann ist damit nicht die völlige Einplanierung der genannten Mietpreise gemeint, sondern ein gewisser Ausgleich, der zwischen den Mieten für Wohnungen etwa gleicher Qualität stattfindet, aber auch die Annäherung der Altbaumieten an die Neubaumieten, wie man sie bereits an den angegebenen Preissteigerungsraten erkennen kann.

Theorien über die Verwertung des Wohnungsbaukapitals

Wohnungen werden vermietet und als Eigentumswohnungen ratenweise abgezahlt, weil ihre Produktionskosten enorm hoch sind. Zur Ökonomie der Verwertung von Kapital, das im Mietwohnungsbau angelegt ist, gibt es in der neueren marxistischen Literatur verschiedene Erklärungsansätze, mit denen sich ein Aufsatz in der Zeitschrift Prokla Nr. 45 befaßt. Die Autoren unterscheiden folgende drei Ansätze: 1. Das Wohnungsbaukapital wird als eine spezielle Art von Warenhandelskapital betrachtet und der Profit als spezielle Art des kommerziellen Profits. 2. Das Wohnungsbaukapital wird als Leihkapital betrachtet, die Wohnung als Leihkapital in Warenform, also als besondere Art von zins-

den, um sich. Die SPD/FDP-Regierung ging nun daran, die Wohnungsbauförderung auf Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung des Bestands zu verlagern. Die gesetzlichen Grundlagen wurden im *Modernisierungsgesetz* fixiert.

Hatte das Städtebaugesetz von 1971 unter andrem noch das Ziel, die planerischen Möglichkeiten der Stadterneuerung zu verbessern, so zielte das Modernisierungsgesetz ausschließlich darauf, die Modernisierung des Wohnungsbestandes für privates Kapital attraktiv zu machen, indem die Rentabilität solcher Investitionen erhöht wird. Das geschieht einmal durch Zuschüsse bzw. Steuermäßigungen (die Art der Subvention kann vom Investor gewählt werden), zum anderen dadurch, daß die Mieten nach der Modernisierung drastisch erhöht werden können. Die jährliche Miete darf um 11% (bis Juni 1978: 14%) der Modernisierungskosten erhöht werden, so daß die Modernisierungsausgaben sehr schnell durch die erhöhten Mieten zurückfließen – allerdings nur für die Zahlungsfähigen. Das Angebot tragbarer Mietwohnungen reduziert sich erheblich.

Ähnliche Gründe und Wirkungen haben auch die steuerlichen Begünstigungen beim Erwerb von Altbauten durch die 1976 erfolgte *Erweiterung des §7b EStG auf den Erwerb von Altbauten*. Erklärtes Ziel der SPD/FDP-Regierung auch hier: privates Kapital in den Altbauwohnungsbestand zu locken, mit der Erwartung, daß dies zu einer Modernisierung des Bestandes führt. Dies ist zweifellos auch der Fall, verbunden allerdings mit der Konsequenz, daß die betroffenen Wohnungen (in der Regel vor dem Verkauf zu Eigentumswohnungen umgewandelt) von einer völlig anderen Schicht bewohnt werden.

Miethöhegesetz und Wohngeld

Die ständige Liberalisierung des Wohnungsmarktes und der Rückgang der Mietwohnungsbauförderung hat zu sozialen Konsequenzen geführt, die mit den bereits im Abbaugesetz formulierten, wegen Untauglichkeit mehrfach geänderten Mieterschutzvorschriften im Rahmen des BGB nicht aufgefangen werden konnten. Deshalb wurden 1971 (zunächst als Übergangsmaßnahmen für den Zeitraum gedacht, in der der quantitative Wohnraum noch nicht gedeckt ist) verbesserte *Kündigungsschutzbestimmungen* geschaffen. Wesentlicher Gehalt der seit 1974 in leicht abgewandelter Form als Dauerrecht geltenden Vorschriften ist die Bestimmung, daß der Vermieter eine Wohnung nicht mehr nach eigenem Ermessen, sondern nur bei Vorliegen ganz bestimmter Gründe (vor allem „Eigenbedarf“) kündigen kann. Kein zulässiger Grund ist insbesondere der Wunsch des Vermieters, die Wohnung teurer zu vermieten. Auch die sog. Änderungskündigung (Kündigung des Mietvertrages mit dem Angebot an den bisherigen Mieter, einen neuen Mietvertrag mit höherer Miete abzuschließen) ist nicht zulässig. Das führte jedoch nicht zu einem Mietstop, da mit dem Verbot der Änderungskündigung gleichzeitig das Miethöhegesetz verabschiedet wurde, das keine Mietbegrenzung beabsichtigt, sondern nur dem Vermieter die Möglichkeit eröffnet, die Miete ohne Vertragsänderung zu erhöhen. Das *Miethöhegesetz* war ausdrücklich damit begründet worden, daß dem Vermieter trotz des Verbots der Änderungskündigung die „angemessene wirtschaftliche Verwertung“ seines Eigentums ermöglicht werden sollte.

Der Hausbesitzer kann die Miete immer dann erhöhen, wenn er meint (und es im Streitfall vor Gericht beweisen kann), daß in der betreffenden Stadt für vergleichbare Wohnungen von anderen Mietern mehr Miete bezahlt wird (ortsübliche *Vergleichsmiete*). Inzwischen haben die meisten Städte eine „Mietwerttabelle“ herausgegeben, in der solche „ortsüblichen Vergleichsmieten“ veröffentlicht sind.

Relevant ist die ortsübliche Vergleichsmiete jedoch nur für Mieterhöhungen bei *bestehenden* Mietverhältnissen. Bei Neuabschlüssen sind die Hausbesitzer in ihren Forderungen frei. Auf diese Weise schützt das Gesetz höchstens vor individuellem Wucher, nicht aber vor ständig steigenden Mieten.

Die Folgen des Abbaus der Mietwohnungsbauförderung wurden mit dem Argument verharmlost, individuelle Härten durch zu hohe Belastungen für das „Grundbedürfnis Wohnen“ würden durch das *Wohngeld* vom Staat aufgefangen. Zwar stiegen (mit einigen kleinen Schwankungen) die Wohngeldausgaben von Jahr zu Jahr (sie betrugen 1980 1,8 Mrd. DM), doch bleibt in vielen Fällen eine wirksame Entlastung der Mieter aus: Um nämlich die „Preisempfindlichkeit“ der Mieter zu erhalten und im übrigen den Vermietern keinen beliebigen



Entscheidende Fortschritte in der Wohnungsfrage werden nicht möglich sein ohne entscheidende Fortschritte in der Regulierung der Stadtentwicklung und in der Lösung des Widerspruchs zwischen Stadt und Land. Sinnfällig wird dies im Zentrum unserer großen Städte, wo Geschäfte und Banken den Abriß von Wohnhäusern erzwingen, gleichzeitig aber mit der Konzentration der Arbeitsplätze Nachfrage nach Wohnraum hervorgerufen wird.

Preiserhöhungsspielraum zu bieten, zahlt der Staat zum einen immer nur einen Teil der die „zumutbare Eigenbelastung“ des Mieters übersteigenden Miete (so daß der Mieter auf jeden Fall um so mehr Miete selbst bezahlen muß, je höher die Gesamtmiete ist), zum anderen ist die bei der Wohngeldgewährung zu berücksichtigende Miete nach oben begrenzt. Der über dieser Grenze liegende Mietanteil muß vom Mieter zusätzlich zu seiner „zumutbaren Eigenbelastung“ voll bezahlt werden. Fatalerweise übersteigt die Miete nicht nur bei teuren Neubauten meist diese Höchstgrenze, sondern in großem Ausmaß auch bei den überteuerten Altbauwohnungen, in denen vor allem die ärmere Bevölkerung lebt. Denn die Höchstmieten beim Wohngeld sind nach der Qualität der Wohnung gestaffelt: je besser die Wohnung, um so höher die Miete, die beim Wohngeld noch berücksichtigt wird.

Wohnungsnot als Dauererscheinung?

Inzwischen scheinen wir in eine neue Phase der Wohnungspolitik eingetreten zu sein. Sie unterscheidet sich weniger in ihren Maßnahmen als vielmehr durch deren Begründung von den vorausgegangenen Phasen. Denn während in diesen die zunehmende Liberalisierung noch mit dem Argument stattfand, die quantitative Versorgung mit Wohnungen habe sich so gebessert, daß man nun ruhig „mehr Markt“ wagen können, ist es jetzt gerade auch der nicht mehr zu leugnende Wohnungsmangel, der zur Begründung weiterer Liberalisierungsmaßnahmen die Grundlage abgibt: Dieser Mangel soll jetzt mit dem klassischen Patentrezept der Liberalen zur Lösung jeder Versorgungskrise behoben werden, mit Preiserhöhungen. Staffelmieten, Zinserhöhung für die öffentlichen Darlehen, Fehlbelegungsabgabe und Erhöhung der Vergleichsmiete stehen hierfür. (vgl. letzte KVZ) Dagegen wurde der §7b „verbessert“.

Beurteilt man diese Maßnahmen vor dem Hintergrund der nunmehr 30 Jahre währenden steten Liberalisierung des Wohnungsmarktes, so bleibt nur noch die Schlußfolgerung, daß Kapitalisten und Regierung nun offenbar bereits sind, die nach aller Erfahrung unumgänglichen Konsequenzen eines „freien Wohnungsmarktes“, also die systematische Unterversorgung, die Wohnungsnot, als „bedauerliche Begleiterscheinung“ hinzunehmen. Darüber können auch keine gegenteiligen Beteuerungen hinwegtäuschten.

Anmerkungen:

(1) vgl. Fischer-Dieskau, H.P. Pergande: Das erste Wohnungsbaugesetz des Bundes. Oldenburg 1950

(2) Bauherren waren sowohl private Kapitalisten wie auch sog. gemeinnützige Baugesellschaften. Als gemeinnützig dürfen sich solche Baugesellschaften bezeichnen, die ihre Gewinnausschüttung an die Gesellschafter auf 4% Dividende beschränken. Das bedeutet aber nicht, daß der Profit der Gesellschaft nach oben begrenzt ist. Es genügt, wenn die „überschüssigen“ Profite wieder in der Wohnungswirtschaft verwendet werden.

(3) Gegenwärtig gibt es jedoch Überlegungen von CDU/FDP, die weißen Kreise ab 1985 abzuschaffen. Bei Umzug sollen die Mieten schon ab 1983 frei vereinbar sein. (s. KVZ Nr. 2/1982, S. 5)

tragendem Kapital, vergleichbar mit dem Geldhandelskapital. 3. Die Wohnungsvermietung wird im wesentlichen als Aneignung von Grundrente betrachtet.

in den Altbauwohnungsbestand zu locken, mit der Erwartung, daß dies zu einer Modernisierung des Bestandes führt. Dies ist zweifellos auch der Fall, verbunden allerdings mit der Konsequenz, daß die betroffenen Wohnungen (in der Regel vor dem Verkauf zu Eigentumswohnungen umgewandelt) von einer völlig anderen Schicht bewohnt werden.

Miethöhegesetz und Wohngeld

Die ständige Liberalisierung des Wohnungsmarktes und der Rückgang der Mietwohnungsbauförderung hat zu sozialen Konsequenzen geführt, die mit den bereits im Abbaugesetz formulierten, wegen Untauglichkeit mehrfach geänderten Mieterschutzvorschriften im Rahmen des BGB nicht aufgefangen werden konnten. Deshalb wurden 1971 (zunächst als Übergangsmaßnahmen für den Zeitraum gedacht, in der der quantitative Wohnraum noch nicht gedeckt ist) verbesserte *Kündigungsschutzbestimmungen* geschaffen. Wesentlicher Gehalt der seit 1974 in leicht

Maschinen usw. Aber alles verliehene Kapital, welches immer seine Form und wie die Rückzahlung durch die Natur des Gebrauchswerts modifiziert sein mag, ist immer nur eine besondere

„Mietwerttabelle“ herausgegeben, in der solche „ortsüblichen Vergleichsmieten“ veröffentlicht sind.

Relevant ist die ortsübliche Vergleichsmiete jedoch nur für Mieterhöhungen bei *bestehenden* Mietverhältnissen. Bei Neuabschlüssen sind die Hausbesitzer in ihren Forderungen frei. Auf diese Weise schützt das Gesetz höchstens vor individuellem Wucher, nicht aber vor ständig steigenden Mieten.

Die Folgen des Abbaus der Mietwohnungsbauförderung wurden mit dem Argument verharmlost, individuelle Härten durch zu hohe Belastungen für das „Grundbedürfnis Wohnen“ würden durch das *Wohngeld* vom Staat aufgefangen. Zwar stiegen (mit einigen kleinen Schwankungen) die Wohngeldausgaben von Jahr zu Jahr (sie betrugen 1980 1,8 Mrd. DM), doch bleibt in vielen Fällen eine wirksame Entlastung der Mieter aus: Um nämlich die „Preisempfindlichkeit“ der Mieter zu erhalten und im übrigen den Vermietern keinen beliebigen

Verwertung des Wohnungsbaukapitals erklären, widersprechen sie meines Erachtens besonders der Tatsache, daß die Grundrente bei der Verwertung von Neubauwohnungen nur einen ge-

nen Teil der die „zumutbare Eigenbelastung“ des Mieters übersteigenden Miete (so daß der Mieter auf jeden Fall um so mehr Miete selbst bezahlen muß, je höher die Gesamtmiete ist), zum anderen ist die bei der Wohngeldgewährung zu berücksichtigende Miete nach oben begrenzt. Der über dieser Grenze liegende Mietanteil muß vom Mieter zusätzlich zu seiner „zumutbaren Eigenbelastung“ voll bezahlt werden. Fatalerweise übersteigt die Miete nicht nur bei teuren Neubauten meist diese Höchstgrenze, sondern in großem Ausmaß auch bei den überteuerten Altbauwohnungen, in denen vor allem die ärmere Bevölkerung lebt. Denn die Höchstmieten beim Wohngeld sind nach der Qualität der Wohnung gestaffelt: je besser die Wohnung, um so höher die Miete, die beim Wohngeld noch berücksichtigt wird.

Wohnungsnot als Dauererscheinung?

Inzwischen scheinen wir in eine neue

nungsbau noch um einiges unter denen im freien Wohnungsbau lagen, so stimmt dies Ergebnis in etwa mit der These überein, daß die volle Kostenmiete einer Neubauwohnung am

ger in ihren Maßnahmen als vielmehr durch deren Begründung von den vorausgegangenen Phasen. Denn während in diesen die zunehmende Liberalisierung noch mit dem Argument stattfand, die quantitative Versorgung mit Wohnungen habe sich so gebessert, daß man nun ruhig „mehr Markt“ wagen können, ist es jetzt gerade auch der nicht mehr zu leugnende Wohnungsmangel, der zur Begründung weiterer Liberalisierungsmaßnahmen die Grundlage abgibt: Dieser Mangel soll jetzt mit dem klassischen Patentrezept der Liberalen zur Lösung jeder Versorgungskrise behoben werden, mit Preiserhöhungen. Staffelmieten, Zinserhöhung für die öffentlichen Darlehen, Fehlbelegungsabgabe und Erhöhung der Vergleichsmiete stehen hierfür. (vgl. letzte KVZ) Dagegen wurde der §7b „verbessert“.

Beurteilt man diese Maßnahmen vor dem Hintergrund der nunmehr 30 Jahre währenden steten Liberalisierung des Wohnungsmarktes, so bleibt nur

DM. Wenn er monatlich 500 DM an Miete (ohne Bewirtschaftungskosten) kassiert, dies Geld zu 8% Zinsen anlegt, so hätte er nach 100 Jahren ebenfalls rund 220 Mio. DM. Die Rechnung

reits sind, die nach aller Erfahrung unumgänglichen Konsequenzen eines „freien Wohnungsmarktes“, also die systematische Unterversorgung, die Wohnungsnot, als „bedauerliche Begleiterscheinung“ hinzunehmen. Darüber können auch keine gegenteiligen Beteuerungen hinwegtäuschten.

Anmerkungen:

(1) vgl. Fischer-Dieskau, H.P. Pergande: Das erste Wohnungsbaugesetz des Bundes. Oldenburg 1950

(2) Bauherren waren sowohl private Kapitalisten wie auch sog. gemeinnützige Baugesellschaften. Als gemeinnützig dürfen sich solche Baugesellschaften bezeichnen, die ihre Gewinnausschüttung an die Gesellschafter auf 4% Dividende beschränken. Das bedeutet aber nicht, daß der Profit der Gesellschaft nach oben begrenzt ist. Es genügt, wenn die „überschüssigen“ Profite wieder in der Wohnungswirtschaft verwendet werden.

(3) Gegenwärtig gibt es jedoch Überlegungen von CDU/FDP, die weißen Kreise ab 1985 abzuschaffen. Bei Umzug sollen die Mieten schon ab 1983 frei vereinbar sein. (s. KVZ Nr. 2/1982, S. 5)

tragendem Kapital, vergleichbar mit dem Geldhandelskapital. 3. Die Wohnungsvermietung wird im wesentlichen als Aneignung von Grundrente betrachtet.

Der Ansatz 1 unterstellt, daß die Wohnungsvermietung einem stückweisen Verkauf der Ware Wohnung gleichkommt, bei dem sich das Wohnungsbaukapital als spezielles kommerzielles Kapital einen Teil des in der Bauproduktion produzierten Profits aneignet. Zusätzlich verlange der Vermieter noch eine Entschädigung für den Verzicht auf sofortige Bezahlung der Wohnung in Form einer Verzinsung des vorgeschossenen Kapitals. Dieser Ansatz geht zurück auf Friedrich Engels' Schrift „Zur Wohnungsfrage“. Im strengen Sinn trifft diese Einschätzung eher auf den Kauf von Eigentumswohnungen denn auf die Vermietung von Wohnungen zu, bei der ja kein Besitzerwechsel der Wohnung stattfindet. Der Ansatz ist insofern nützlich, als er erklärt, daß durch die Wohnungsvermietung selber kein bißchen Wert geschaffen wird und daß der Profit des Wohnungsbaukapitals aus dem in der industriellen Produktion erzeugten Mehrwert abgeleitet ist.

Ein im Verhältnis zum industriellen Kapital großes Wohnungsbaukapital drückt also auf die Gesamtprofitrate. Daraus läßt sich etwa die herrschende Tendenz erklären, daß vermehrt Miet- in Eigentumswohnungen verwandelt werden und überhaupt auch im sozialen Wohnungsbau in den letzten Jahren der Anteil der Eigentumswohnungen erheblich bei den Neubauten gestiegen ist.

Der Ansatz 2 geht zurück auf eine Einschätzung im 3. Band des „Kapital“, wo Marx über das zinstragende Kapital schreibt: „Gewisse Waren können der Natur ihres Gebrauchswertes nach immer nur als fixes Kapital verliehen werden, wie Häuser, Schiffe, Maschinen usw. Aber alles verliehene Kapital, welches immer seine Form und wie die Rückzahlung durch die Natur des Gebrauchswerts modifiziert sein mag, ist immer nur eine besondere Form des Geldkapitals ... Ist das, was ausgeliehen wird, weder Geld noch zirkulierendes Kapital, so wird es auch zurückgezahlt in der Weise, wie fixes Kapital zurückfließt. Der Verleiher erhält periodisch Zins und einen Teil des verbrauchten Wertes des fixen Kapitals selbst, ein Äquivalent für den periodischen Verschleiß.“ (S. 356) Diesen Ansatz vertreten Autoren wie Helmut Brede, Barbara Dietrich, Bernhard Kohaupt in ihrer Schrift „Politische Ökonomie des Bodens und Wohnungsfrage“. Streng genommen bezieht sich Marxens Analyse auf geliehenes fixes Kapital als Bestandteil des vom industriellen Kapitalisten vorzuschießenden konstanten Kapitals, also als Bestandteil des produktiven industriellen Kapitals. Der Zins, der diesem verliehenen fixen Kapital zufällt, ist Teil des produzierten Mehrwerts. Im abgeleiteten Sinne muß daher der Zinssatz für in der Wohnungsvermietung angelegtes Leihkapital so hoch sein wie für produktives Leihkapital, ähnliches gilt ja auch für den Konsumentenkredit und andere Formen von Leihkapital.

Der Ansatz 3 geht davon aus, daß die Wohnungsvermietung eine besondere Art der Bodennutzung ist und daß entsprechend der Bodenverbesserung in der Landwirtschaft auch eine höhere Grundrente durch die Errichtung von Wohngebäuden auf dem Boden zu erreichen sei. Sie beruht darauf, daß der Boden monopolisierbar ist, sich also in der Hand von privaten oder staatlichen Eigentümern befindet, die damit Anspruch auf einen Teil des Profits haben, der durch die Benutzung dieses Bodens angeeignet werden kann. Sofern diese Theorien die Grundrentenaneignung zum Hauptmoment der Verwertung des Wohnungsbaukapitals erklären, widersprechen sie meines Erachtens besonders der Tatsache, daß die Grundrente bei der Verwertung von Neubauwohnungen nur einen geringen Teil ausmacht, der knapp 10% der Neubaumiete beträgt.

Wie sich trotz „Kostenmiete“ das Kapital verwertet

Das Argument verschiedener Wohnungsbaupolitiker, im Wohnungsbau sei kaum eine Kapitalrendite zu erzielen und gegenwärtig überhaupt keine, stützt sich auf zwei Erscheinungen: Zum einen liegen die gegewärtigen Kostenmieten für Neubauwohnungen im sozialen und freien Wohnungsbau, die schon zum Teil über 20 DM/m² betragen, weit über den Durchschnittsmieten und sind kaum zu realisieren. Zum zweiten erscheinen rund 95% dieser Kostenmiete als Kosten, nämlich Zinszahlungen an die Banken, Abschreibungen, Verwaltungs- und Betriebskosten, so daß dem Wohnungseigentümer bei entsprechender Senkung seiner Miete hin zum Marktdurchschnitt statt Gewinn nur rote Zahlen bleiben. Daß die Neubaumieten bei Erstvermietung nicht erzielt werden können, ist nicht neu. Es ist eine bekannte Tatsache, daß erst ab dem 15. Jahr im Durchschnitt eine Mietwohnung Zins für den Eigentümer abwirft bei Vermietung. Vergleicht man etwa die Kostenmieten im sozialen Wohnungsbau mit den aktuellen Durchschnittsmieten, so stellt man fest, daß 1978 der Durchschnitt aller Mieten von nicht geförderten Neubauwohnungen (gebaut nach 1949) bei 5 DM/m² lag, was der Kostenmiete von Sozialbauwohnungen, erbaut in den Jahren 1966–68 entspricht. Geht man davon aus, daß in den 60er Jahren die Kostenmieten im sozialen Wohnungsbau noch um einiges unter denen im freien Wohnungsbau lagen, so stimmt dies Ergebnis in etwa mit der These überein, daß die volle Kostenmiete einer Neubauwohnung am Markt erst in rund 15 Jahren durchsetzbar ist. So war es jedenfalls bisher.

Um sich mit dem zweiten Teil der Argumentation auseinandersetzen zu können, muß man untersuchen, wie sich die Verwertung des Wohnungsbaukapitals in der Miete niederschlägt und wie sich deren Zusammensetzung über die Jahre entwickelt. Zunächst erscheinen die Zinszahlungen des Vermieters an die Bank für ihn tatsächlich als Kosten, aber nur deshalb, weil nicht ihm das Kapital vollständig gehört, was in seinem Haus steckt, sondern halt der Bank, die sich dafür Zins zahlen läßt. Hätte er das Haus aus eigenen Mitteln vollständig finanziert, würde ihm dieser Teil der Miete selbst zufallen als Zins auf sein eingesetztes Kapital und man könnte schlechterdings nicht mehr von Kosten reden, wenngleich die entsprechenden Berechnungsverordnungen des Bundes und die Haus- und Grundstückseigentümervereine auch dann noch von *Eigenkapitalkosten* sprechen.

Geht man davon aus, daß die Wohnung Leihkapital darstellt, das für die Nutzungsdauer (man geht von 100 Jahren aus) ausgelegt und dann verwertet wieder in Geldform in Händen des Ausleihers ist, dann muß seiner Verwertung der Verwertung von Leihkapital in Form von Maschinerie entsprechen. Werden 100000 DM für 100 Jahre verliehen, so muß der Wohnungseigentümer darauf bestehen, daß er nach den 100 Jahren dies Kapital samt Zins und Zinseszins wieder auf der Hand hat, wobei er von einer durchschnittlichen Verzinsung von Geldkapital ausgeht. Bei einem Zinssatz von 8% beliefe sich die Summe des verwertete Kapitals nach 100 Jahren auf rund 220 Mio. DM. Wenn er monatlich 500 DM an Miete (ohne Bewirtschaftungskosten) kassiert, dies Geld zu 8% Zinsen anlegt, so hätte er nach 100 Jahren ebenfalls rund 220 Mio. DM. Die Rechnung ist natürlich rein abstrakt und stimmt schon deshalb mit der Realität nicht überein, weil kein Kapitalist einen Verwertungszeitraum von 100 Jahren seiner Kalkulation zugrunde legt, aber selbst wenn er bloß 50 Jahre rechnet, würde er mit 500 DM Mieteinnahme eine durchschnittliche Kapitalverwertung erreichen.

Im Unterschied dazu bestimmt die – per Gesetz definierte – Kostenmiete für den sozialen Wohnungsbau die Kapitalverzinsung aus den Baukosten des *Neubaus*. Bei einem vorgeschossenen Kapital von 100000 DM bei gleichem Zinssatz ergibt sich dann eine monatliche Kostenmiete (wiederum ohne Bewirtschaftungskosten) von 667 DM.

Die meisten marxistischen Ansätze weisen auf den Widerspruch hin, daß die Kostenmiete über die gesamte Dauer der Nutzung gleich hoch bleibe, obwohl das Haus – und das in ihm angelegte Kapital – immer weniger Wert darstelle. Sie folgern daraus, daß besonders die Besitzer von Altbauten Extraprofite einstreichen können, also Zinsen, wo eigentlich kein Kapital mehr verliehen sei.

Die Marktmieten liegen aber erheblich unter den Kostenmieten, was sich schon an der Differenz von Kosten- und Bewilligungsmieten zeigt. Geht man davon aus, daß die Marktmieten eher um die oben im Modellfall angenommenen 500 DM schwanken, dann ergibt sich, daß bis zur Entschuldung des Hauses (was rund 30 Jahre im Durchschnitt dauern dürfte) der größte Teil der Miete an die Banken gezahlt werden muß, während für die restlichen Jahre die volle Miete an den Hauseigentümer zurückfällt.

Westberlin als Beispiel:

CDU-Senat will zurück zur Kahlschlag-Sanierung



„Frisch saniert und schon verkommen" – Die Mieter eines Blocks im Westberliner Sanierungsgebiet Klausenerplatz kämpfen mit Mietminderungen um die Beseitigung der Mängel in ihren gerade modernisierten Häusern. Rund drei Jahre dauert es, bis die „Neue Heimat" bereit ist, die Mängel zu beseitigen. Anschließend versucht sie, über Prozesse die Mietminderungen zu kriegen; aber das Gericht erkennt die Berechtigung der Minderungen weitgehend an.

thb. Westberlin. Altbausanierung gibt es in Westberlin in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten seit Anfang der sechziger Jahre. In seinem ersten Stadterneuerungsbericht schrieb der Senat 1964, daß er von rund 430000 sanierungsbedürftigen Altbauwohnungen in Westberlin ausgeht. Davon sollten rund 56000 Wohnungen im Rahmen des ersten Stadterneuerungsprogramms saniert werden, das 10 bis 15 Jahre dauern sollte und inzwischen bis 1983 verlängert worden ist. Als Gründe für die Sanierungsbedürftigkeit nannte der Senat: „wenn ein Gebiet nur unzureichend mit öffentlichen Anlagen ... ausgestattet ist, (...) wenn die Vermischung von Wohn- und Arbeitsstätten den Betrieben die Entwicklungsmöglichkeiten nimmt, wenn mangelhaft erschlossenes Gelände planlos mit Bauten, die den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse offensichtlich nicht genügen, besiedelt worden ist, wenn Grundstücke flächenmäßig in so starkem Maße überbaut sind, daß sich auf ihnen Grünflächen, Kinderspielplätze ... nicht mehr ausreichend anlegen lassen, wenn Grundstücke eine zu hohe Baudichte aufweisen, wenn die Abstände der einzelnen Baukörper zu gering sind ...".

Als Sanierungsgebiete festgelegt wurden dann „in erster Linie ... die Gebiete, bei denen mehrere Kriterien der Erneuerungsbedürftigkeit vorhanden sind," was größere zusammenhängende Gebiete vor allem in Wedding, Kreuzberg, Charlottenburg und Schöneberg waren. Aus dieser Festlegung ergab sich auch die Durchführung dieses Sanierungsprogramms in Form von Abriß ganzer Stadtviertel und anschließendem Neubau. Sowieso betrachtete der Senat in seinem Stadterneuerungsbericht Entkernungs- und Modernisierungsmaßnahmen als unwirtschaftlich und es „ergeben sich für die Entkernung mit anschließender Komplettierung und Modernisierung der Restsubstanz zweifellos größere Schwierigkeiten; bei ihr wären einmal die Schwierigkeiten zu überwinden, die beim Totalabriß auftreten und zusätzlich zahlreiche andere, wie z. B. die der zwischenzeitlichen Freimachung und Unterbringung der Mieter."

Zur Durchführung dieser Kahlschlagsanierung wurden im Laufe der

baut sind, daß sich auf ihnen Grünflächen, Kinderspielplätze ... nicht mehr ausreichend anlegen lassen, wenn Grundstücke eine zu hohe Baudichte aufweisen, wenn die Abstände der einzelnen Baukörper zu gering sind ...".

Als Sanierungsgebiete festgelegt wurden dann „in erster Linie ... die Gebiete, bei denen mehrere Kriterien der Erneuerungsbedürftigkeit vorhanden sind," was größere zusammenhängende Gebiete vor allem in Wedding, Kreuzberg, Charlottenburg und Schöneberg waren. Aus dieser Festlegung ergab sich auch die Durchführung dieses Sanierungsprogramms in Form von Abriß ganzer Stadtviertel und anschließendem Neubau. Sowieso betrachtete der Senat in seinem Stadterneuerungsbericht Entkernungs- und Modernisierungsmaßnahmen als unwirtschaftlich und es „ergeben sich für die Entkernung mit anschließender Komplettierung und Modernisierung der Restsubstanz zweifellos größere Schwierigkeiten; bei ihr wären einmal die Schwierigkeiten zu überwinden, die beim Totalabriß auftreten und zusätzlich zahlreiche andere, wie z. B. die der zwischenzeitlichen Freimachung und Unterbringung der Mieter."

Zur Durchführung dieser Kahlschlagsanierung wurden im Laufe der sechziger bis Anfang der siebziger Jahre rund 47000 Wohnungen in Stadtrandsiedlungen in der Gropiusstadt, im Märkischen Viertel und Falkenhagener Feld gebaut. Vorbehalten waren diese Wohnungen in erster Linie für Umsiedlung von Familien aus den innerstädtischen Sanierungsgebieten. Für die Mieter hatten diese Maßnahmen ziemlich weitreichende Folgen: zum einen sind die Mieten in den Neubaugebieten im Sozialen Wohnungsbau erheblich höher als in den mietpreisgebundenen Altbauwohnungen, zum anderen waren anfänglich in den Neubaugebieten keine oder nur unzureichende öffentliche Einrichtungen und Freizeitmöglichkeiten und die Fahrzeiten zur Arbeitsstätte verlängerten sich nicht nur durch die größer gewordene Entfernung, sondern auch durch fehlende öffentliche Verkehrsmittel. Außerdem wurden durch den Abriß ganzer Stadtviertel die sozialen Strukturen in diesen Gebieten weitgehend zerstört.

Aufgrund dieser Verschlechterung der Wohnverhältnisse gab es gegen die Kahlschlagsanierung einen wachsenden Widerstand der betroffenen Sanierungsmieter. Nach und nach richtete er sich nicht mehr nur gegen schlechte Wohnverhältnisse, sondern immer mehr auch gegen den Totalabriß billiger Wohnungen überhaupt und gegen die in den Sanierungsgebieten wuchernde Spekulation mit Grundstücken. Diese Kämpfe wie auch Fehler in der Planung des ersten Stadterneuerungsprogramms haben dazu geführt, daß der beabsichtigte Zeitrahmen nicht eingehalten werden konnte, und daß der Senat in seinem zweiten Stadterneuerungsprogramm 1973 von der Kahlschlagsanierung abgehen mußte. In ihm ist vorgesehen die Sanierung von rund 50000 Wohnungen bis zum Jahre 2000. Durchgeführt werden soll diese Sanierung vor allem als Entkernung und Modernisierung.

Weitreichende Folgen hatte die bisherige Sanierungspolitik des Senats auch für das Eigentum an Grund und Boden und an Mietshäusern. Gerade die Kahlschlagsanierung machte es notwendig, daß von den Wohnungsbaugesellschaften, die mit der Durchführung der Sanierung beauftragt waren, ein Grundstück nach dem anderen aufgekauft wurde. Dies sowie die 1966 erfolgte Änderung in der Förderung des Sozialen Wohnungsbaus bewirkten eine Änderung in den Eigentumsverhältnissen zugunsten der großen Wohnungsbaugesellschaften und zu Ungunsten des privaten Hausbesitzes. So lag 1955 der Anteil der privaten Haushalte am Wohnungseigentum bei 36,6%, der Gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen bei 47,8% und der freien Wohnungsunternehmen bei 12,9%. 1976 war dieses Verhältnis gerade umgekehrt: private Haushalte 17,8%, Gemeinnützige 38,8% und freie Wohnungsunternehmen 37%. Dabei hat sich der Besitz der privaten Haushalte auch noch großenteils verlagert von Mietshäusern zu Eigenheimen: 1955 6938 Wohnungen in 825 Häusern, 1976 2280 Wohnungen in 1052 Häusern.

Die Entwicklung der letzten Jahre, insbesondere auch die Erfolge der Mieterinitiativen plant der CDU-Senat wieder rückgängig zu machen. In einer Stellungnahme vom Dezember 1981 „zur Situation und Perspektive auf dem Berliner Wohnungsmarkt" kommt er zu dem Schluß, daß „1990 Wohnungen in alten Häusern, aber auch zunehmend in Neubauten leerstehen" werden und daß „die unveränderte Neubautätigkeit ... die Gelegenheit (bietet), etwa von 1985 an bis 1990 wieder zu der Blockentkernung und zum verstärkten Abriß nicht mehr erhaltenswerter Wohnbausubstanz zurückzukehren, um dort moderne Wohnviertel errichten zu können."

diese Sanierung vor allem als Entkernung und Modernisierung.

Weitreichende Folgen hatte die bisherige Sanierungspolitik des Senats auch für das Eigentum an Grund und Boden und an Mietshäusern. Gerade die Kahlschlagsanierung machte es notwendig, daß von den Wohnungsbaugesellschaften, die mit der Durchführung der Sanierung beauftragt waren, ein Grundstück nach dem anderen aufgekauft wurde. Dies sowie die 1966 erfolgte Änderung in der Förderung des Sozialen Wohnungsbaus bewirkten eine Änderung in den Eigentumsverhältnissen zugunsten der großen Wohnungsbaugesellschaften und zu Ungunsten des privaten Hausbesitzes. So lag 1955 der Anteil der privaten Haushalte am Wohnungseigentum bei 36,6%, der Gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen bei 47,8% und

gert von Mietshäusern zu Eigenheimen: 1955 6938 Wohnungen in 825 Häusern, 1976 2280 Wohnungen in 1052 Häusern.

Die Entwicklung der letzten Jahre, insbesondere auch die Erfolge der Mieterinitiativen plant der CDU-Senat wieder rückgängig zu machen. In einer Stellungnahme vom Dezember 1981 „zur Situation und Perspektive auf dem Berliner Wohnungsmarkt" kommt er zu dem Schluß, daß „1990 Wohnungen in alten Häusern, aber auch zunehmend in Neubauten leerstehen" werden und daß „die unveränderte Neubautätigkeit ... die Gelegenheit (bietet), etwa von 1985 an bis 1990 wieder zu der Blockentkernung und zum verstärkten Abriß nicht mehr erhaltenswerter Wohnbausubstanz zurückzukehren, um dort moderne Wohnviertel errichten zu können."

Mieter leisten Widerstand

nia. Westberlin. Es haben sich seit Ende der Sechziger Jahre in vielen Altbaugebieten Mieterinitiativen entwickelt. Die großen Mieterorganisationen wie z.B. der Deutsche Mieterbund oder der Berliner Mieterverein hatten und haben ihre traditionellen Schwerpunkte in der mietrechtlichen Beratung der einzelnen Mieter und der wohnungspolitischen Diskussion auf gesamtstaatlicher Ebene. Da aber gesetzlich verankert ist, daß der Mieter „Wertverbesserungen" zu dulden hat, also Modernisierungen, wenn es nicht gerade zu einer persönlichen Katastrophe führt, ist es nur selten möglich, auf gerichtlichem Wege eine Modernisierung zu verhindern. Aus dieser Erfahrung heraus begannen die Mieterinitiativen, den Zusammenschluß der Betroffenen und deren direkte Aktion als Grundlage für erfolgreichen Widerstand zu entwickeln.

Die staatliche Reaktion auf diesen Widerstand fand ihren Niederschlag im StBauFG.

In den Ausführungsbestimmungen des Landes Berlin von 1977 heißt es: „Das Städtebauförderungsgesetz gewährt den Betroffenen eine Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung von Sanierungsmaßnahmen. ... Die Betroffenenvertretung soll aus Vertretern der Betroffenengruppen der Mieter, Grundstückseigentümer, Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen und der Arbeitnehmer bestehen."

Mit der Schaffung eines Modells der paritätisch besetzten Betroffenenbeteiligung wird versucht, den Widerstand in einen kontrollierbaren Rahmen einzubinden. Die meisten der danach gegründeten Mietergruppen haben sich aber nur anfangs an diesen Rahmen gehalten, um wegen der damit verbundenen Rechte die formale Anerkennung zu erhalten. Ältere Initiativen konnten ihre Anerkennung als Betroffenenbeteiligung oft durchsetzen, ohne sich je in dieses Modell einbinden zu lassen.

Eine der ersten Westberliner Initiativen in Sanierungsgebieten, die auch heute noch existiert, ist die Mieterinitiative Klausener-Platz. Sie wurde 1973 gegründet, nachdem die Mieter die ersten Erfahrungen mit der Sanierung gesammelt hatten. (Der Klausener-Platz ist mit dem 1. Stadterneuerungsprogramm schon seit 1963 Sanierungsgebiet.) In der Satzung heißt es: „Als wesentliches Interesse der Mieter sieht der Verein die Erhaltung der vorhandenen Sozialstruktur an. Die im Verein zusammengeschlossenen Mieter wehren sich gegen die Senatspolitik, die von der Sanierung Betroffenen in die großen Stadtrandsiedlungen umzusetzen. Es entspricht vielmehr den Interessen der Mieter, daß der vorhandene Wohnraum in seiner Substanz erhalten und erneuert wird, so daß lediglich die Wertverbesserungen auf die Mieter umgelegt werden." Die Mieterinitiative forderte, daß Modernisierungen nur im Einverständnis mit den Mietern erfolgen sollen, daß sie innerhalb des Gebietes umgesetzt werden, daß die Häuser instandgehalten werden, und daß nach der Modernisierung die Mieterhöhungen nicht mehr als 30% betragen dürfen bis zu einer Höchstmiete von 3 DM/m² (wobei sie sich auf den inzwischen ersatzlos gestrichenen §32 StBauFG stützt, der die Mieterhöhungen begrenzte). Die Forderungen nach Umsetzung innerhalb des Gebiets und nach der 3 DM-Miete wurden Mitte der Siebziger Jahre durchgesetzt, und bieten eine Orientierung für andere sich gründende Initiativen. Die 3 DM-Miete konnte nicht lange gehalten werden, hatte aber zur Folge, daß bis heute das *durchschnittliche* Mietniveau immer noch niedriger ist als in anderen Gebieten.

Heute kann man sagen, daß der Widerstand zwei Ergebnisse hatte: zum einen konnte die ursprünglich geplante Kahlschlagsanierung nicht durchgesetzt werden; selbst die dann geplante Blockentkernung mußte großenteils fallengelassen werden. Der mittelfristige Erhalt der Hinterhäuser ist allerdings auch auf die immer größer werdende Wohnungsnot zurückzuführen. Zweites Ergebnis waren die LaMod- und LaInst-Programme, als wegen der steigenden Mieten die Initiativen sich immer mehr gegen diese Modernisierung wandten. Durch Standardverzicht werden dabei die Mieten relativ niedrig gehalten.

Wie es weitergeht, ist jedoch offen. Der CDU-Senat hat inzwischen erklärt, daß er bis 1990 zum Kahlschlag zurückwill. Ohne ein umfassendes Programm wird der Widerstand auf die Dauer keinen Erfolg haben, weil er defensiv bleibt.

Mit der Schaffung eines Modells der paritätisch besetzten Betroffenenbeteiligung wird versucht, den Widerstand in einen kontrollierbaren Rahmen einzubinden. Die meisten der danach gegründeten Mietergruppen haben sich aber nur anfangs an diesen Rahmen gehalten, um wegen der damit verbundenen Rechte die formale Anerkennung zu erhalten. Ältere Initiativen konnten ihre Anerkennung als Betroffenenbeteiligung oft durchsetzen, ohne sich je in dieses Modell einbinden zu lassen.

Eine der ersten Westberliner Initiativen in Sanierungsgebieten, die auch heute noch existiert, ist die Mieterinitiative Klausener-Platz. Sie wurde 1973 gegründet, nachdem die Mieter die ersten Erfahrungen mit der Sanierung gesammelt hatten. (Der Klausener-Platz ist mit dem 1. Stadterneuerungsprogramm schon seit 1963 Sanierungs-

zwei Ergebnisse hatte: zum einen konnte die ursprünglich geplante Kahlschlagsanierung nicht durchgesetzt werden; selbst die dann geplante Blockentkernung mußte großenteils fallengelassen werden. Der mittelfristige Erhalt der Hinterhäuser ist allerdings auch auf die immer größer werdende Wohnungsnot zurückzuführen. Zweites Ergebnis waren die LaMod- und LaInst-Programme, als wegen der steigenden Mieten die Initiativen sich immer mehr gegen diese Modernisierung wandten. Durch Standardverzicht werden dabei die Mieten relativ niedrig gehalten.

Wie es weitergeht, ist jedoch offen. Der CDU-Senat hat inzwischen erklärt, daß er bis 1990 zum Kahlschlag zurückwill. Ohne ein umfassendes Programm wird der Widerstand auf die Dauer keinen Erfolg haben, weil er defensiv bleibt.

Wie die Altbaumieten modernisiert werden

Mit den Modernisierungsprogrammen wird viel billiger Wohnraum vernichtet

hjw. Westberlin. „Die Förderung der Modernisierung wird von der Bundes-

findet nach den Richtlinien des Sozialen Wohnungsbaus statt; sie ist aber

540000 Wohnungen besitzen keine Sammelheizung (Bauhandbuch 1982)

schuß. Ordnungsmaßnahmen und deren Folgekosten, z.B. Abriß von Gebäudeteilen, trägt die Sanierungsverwaltungsstelle des Bezirksamtes. Alles in allem muß der Hausbesitzer also rund 15% der Modernisierungs- und Instandsetzungskosten aufbringen, den Rest zahlt der Steuerzahler in Form von Zuschüssen.

Wie die Altbaumieten modernisiert werden

Mit den Modernisierungsprogrammen wird viel billiger Wohnraum vernichtet

hjw. Westberlin. „Die Förderung der Modernisierung wird von der Bundesregierung als ‚dritte Säule' der Wohnungsbaupolitik neben dem II. Wohnungsbaugesetz (WOBAUG) und dem Städtebauförderungsgesetz (STBAUFG) bezeichnet. Das Modernisierungsförderungsgesetz ist seit dem 1.1.1977 in Kraft. Es ist als Rahmenvereinbarung gedacht (s. § 7), das in jährlichen Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern konkretisiert wird, weshalb die Ausführungsbestimmungen von Modernisierungsmaßnahmen auch von Land zu Land in Detailfragen unterschiedlich sind.

Ziel des Gesetzes soll sein: „Durch öffentliche Förderung der Wohnungsmodernisierung zur Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse und zugleich zur Erhaltung von Städten und Gemeinden beizutragen." (§ 11) Erreicht werden soll dies Ziel, indem Bund und Länder die notwendigen finanziellen Hilfen in Form von Aufwandszuschüssen oder in Form von Darlehen gewähren. „Die Förderung soll so bemessen sein, daß die Erhöhung der Mieten für den Mieter tragbar ist und in einem angemessenen Verhältnis zur Erhöhung des Gebrauchswertes der Wohnung steht." (Wohnungsmodernisierungsgesetz) Die Förderungsmittel werden je zur Hälfte von Bund und Ländern bereitgestellt, wobei diese Mittel je zur Hälfte in die von den Gemeinden zu bestimmenden Schwerpunkte (Sanierungsgebiete) und außerhalb dieser Schwerpunkte eingesetzt werden sollen. Die Förderung ist von keinen besonderen Belegungs- oder Zweckbestimmung abhängig, außer sie findet nach den Richtlinien des Sozialen Wohnungsbaus statt; sie ist aber mit Mietpreisregelungen verknüpft.

Im Haushaltsplan 1977 und im Finanzplan bis 1980 der Bundesregierung wurden für Modernisierungsprogramme folgende Mittel angesetzt. Die Länder übernehmen nochmals den gleichen Anteil.

Jahr	Zuschüsse in 1000 DM	Darlehen in 1000 DM
1977	114030	38000
1978	140000	42000
1979	165000	54000
1980	185000	54000

Welche Maßnahmen fallen unter den Begriff Modernisierung im Rahmen des Modernisierungsförderungsgesetzes? Im wesentlichen handelt es sich dabei um den Einbau von WCs, Bädern und Küchen nach heutigem Standard; sowie den Einbau von Sammelheizungen. Durch das Gesetz zur Änderung des Wohnungsmodernisierungsgesetzes vom 27.6.1978 ist dieses um den Komplex der energieeinsparenden Maßnahmen erweitert worden. (MODENG) Unter energieeinsparende Maßnahmen werden insbesondere die Isolierung von Fassaden und Dächern und der Einbau von Isolier(glas)fenster gefördert.

In Westberlin stellt sich die Frage des Standards besonders drastisch: 90000 Wohnungen besitzen nur ein Außen-WC, 140000 Wohnungen haben zwar ein Innen-WC, aber weder Bad noch Dusche und nur Kaltwasseranschluß. 540000 Wohnungen besitzen keine Sammelheizung (Bauhandbuch 1982). Die Modernisierung dieser Wohnungen geht nur schleppend voran. In Ausführung der oben genannten Gesetze gab und gibt es in Berlin verschiedene Förderungsprogramme. Z. B. das Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP), das Landesmodernisierungsprogramm (LAMOD), die Modernisierung nach § 17 II. WOBAUG, §§ 43/73 STBAUFG, § 14b Berlinförderungsgesetz, Wohnungsmodernisierung durch Mieter (MieterModRL 81), Landesinstandsetzungsprogramm (LaInst).

Anhand des LAMOD wollen wir aufzeigen, wie sich die aufzubringenden Kosten (Baukosten und Nebenkosten) für die Sanierungsmaßnahmen verteilen: 15% hat der Hausbesitzer selbst aufzubringen durch sogenannte Eigenleistungen. Hat er z.B. bereits ein Grundstück, kann er dies als Eigenleistung mit einer Verzinsung von 4% ansetzen. 45% bekommt er als verlorenen Baukostenzuschuß von der Wohnungsbaukreditanstalt (WBK). Ist das Gebäude von historischer Bedeutung, kann der Hausbesitzer zusätzliche Mittel des Landeskonservators beantragen. Den Rest muß er als Fremdkapital (Bank) aufnehmen, wovon er aber noch einen erheblichen Teil über § 39/5 STBAUFG als vorerst zins- und tilgungslosen Zuschuß bekommen kann. Nach 10 Jahren wird dann von der WBK entschieden, ob der Hausbesitzer aus dem gesetzlich festgelegten Mietzins soviel übrig hat, daß er diese Mittel zurückzahlen kann. Ist dies nicht der Fall, gilt dieser Zuschuß als verlorener Baukostenzuschuß. Ordnungsmaßnahmen und deren Folgekosten, z.B. Abriß von Gebäudeteilen, trägt die Sanierungsverwaltungsstelle des Bezirksamtes. Alles in allem muß der Hausbesitzer also rund 15% der Modernisierungs- und Instandsetzungskosten aufbringen, den Rest zahlt der Steuerzahler in Form von Zuschüssen.

1980, als das LAMOD in Kraft trat, betrug die Einstiegsmiete in den modernisierten Häusern kalt 4,34 DM/qm im Monat. Die Miete steigert sich in der Bindungszeit (9 Jahre) jährlich um 0,17 DM/qm im Monat. Der Mietzins liegt somit nach 9 Jahren bei 5,87 DM/qm im Monat. Dies bedeutet eine Mietsteigerung von 120 bis 200%, denn die Ursprungsmieten in den LAMOD-Gebieten betrugen 1980 zwischen 1,80 bis 2,50 DM/qm im Monat. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß die jährliche Erhöhung für mietpreisgebundenen Altbau auf die ursprüngliche Grundmiete noch dazukommt. Auch ohne die hohen Zuschüsse für Modernisierung aus öffentlichen Mitteln, ist der Altbaubesitz für die Hausbesitzer eine profitable Angelegenheit. Im Bauhandbuch 1982 wird die Annuitätshöhe bei 80 im ZIP-Programm modernisierten Häusern untersucht. 2070 Wohnungen und 82 Gewerbeeinheiten waren in diesen Häusern untergebracht. Auf die Berechnung im einzelnen können wir hier nicht eingehen. Das Ergebnis der Untersuchung beläuft sich auf eine Kapitalverzinsung der preisgebundenen Altbaumiethäuser von durchschnittlich 3,5 bis 4,5% vor der Modernisierung. Zum Vergleich, Aktien 5,7%, verzinsliche Papiere 8,5 bis 9%, Spareinlagen 5,5 bis 6%, Termineinlagen 9%, Immobilienfonds 8%. Steuerliche Absetzungen, sowie Wertsteigerung, also nicht einmal die „gesamte Rentabilität", sondern nur der Profit aus Mieten wurde bei der Berechnung berücksichtigt.

Syrien – eine Diktatur von Armee und Partei

chm. Die letzten zuverlässigen Nachrichten aus der nordsyrischen Stadt Hama, von denen die hiesige Presse zu berichten weiß, stammen vom Donnerstag: die Stadt ist von Armee-Einheiten umzingelt, im Zentrum haben sich Panzer eingegraben. Geschossen wird immer noch. Begonnen hatten die Kämpfe am 2. Februar, wobei die Organisation der Moslembrüder zwar führend ist, an den Kämpfen sich jedoch auch andere politische Kräfte beteiligen. Ein syrischer Genosse – ehemaliges Mitglied der Baath-Partei Assads – der in die Bundesrepublik vor ihm geflüchtet ist, erzählte, daß der unmittelbare Anlaß für den Beginn des Aufstands die überführten Särge von syrischen Soldaten aus Hama, die auf seiten der iranischen Truppen gegen den Irak eingesetzt waren, gewesen sei. Wenn das stimmt, dann ist es nur der Anlaß gewesen; der Widerstand gegen die Regierung Assad und die Herrschaft der Baath-Partei – eine Militärdiktatur unter dem Deckmantel der zivilen ,,Progressiven Nationalen Front'', einer Koalition aus verschiedenen Parteien einschließlich der KP – verstärkt sich und greift auch auf kleiner Teile der Armee über. Der letzte bekanntgewordene Putsch wurde von einer Handvoll Luftwaffenoffizieren im Januar versucht und ist gescheitert. 220 ,,Verschwörer'' wurden ohne Gerichtsverhandlung erschossen.

Wurzeln der jetzigen Militärdiktatur in Syrien

Die jetzige syrische Regierung ist wie alle anderen vor ihr bis auf zwei Ausnahmen Ergebnis eines Militärputsches. Nach der Niederlage der syrischen Armee gegen Israel im Jahre 1967 gewann die Opposition innerhalb der Armee gegen die damalige, auch aus einem Putsch hervorgegangene ,,linksbaathistische'' Regierung an Boden. (,,Linksbaathistisch'', da sie durch die Verstaatlichung der privaten Industrie und eine umfassende Landreform die Macht der Handels- und Industriebourgeoisie und der Großgrundbesitzer hatte brechen können.) An die Spitze dieser Oppositionsbewegung, deren Verbündete in der Gesellschaft sie sowohl in den Reihen dieser entmachteten gesellschaftlichen Klassen als auch der Kleinbourgeoisie (Handwerker, Bazarleute) fand, setzte sich der damalige Verteidigungsminister und Luftwaffenoffizier Hafiz al-Assad. Zur offenen Rebellion gegen die Regierung kommt es erst im September '70, als sich Assad und die mit ihm verbündeten Offiziere weigern, die um ihr Überleben in Jordanien kämpfende palästinensische Widerstandsbewegung zu unterstützen. Sie drohen sogar damit, eine irakische Panzerdivision, die sich schon auf dem Weg nach Jordanien befand, notfalls mit Gewalt daran zu hindern, die Palästinenser vor den Massakern des jordanischen Regimes zu schützen.

alle anderen vor ihr bis auf zwei Ausnahmen Ergebnis eines Militärputsches. Nach der Niederlage der syrischen Armee gegen Israel im Jahre 1967 gewann die Opposition innerhalb der Armee gegen die damalige, auch aus einem Putsch hervorgegangene ,,linksbaathistische'' Regierung an Boden. (,,Linksbaathistisch'', da sie durch die Verstaatlichung der privaten Industrie und eine umfassende Landreform die Macht der Handels- und Industriebourgeoisie und der Großgrundbesitzer hatte brechen können.) An die Spitze dieser Oppositionsbewegung, deren Verbündete in der Gesellschaft sie sowohl in den Reihen dieser entmachteten gesellschaftlichen Klassen als auch der Kleinbourgeoisie (Handwerker, Bazarleute) fand, setzte sich der damalige Verteidigungsminister und Luftwaffenoffizier Hafiz al-Assad. Zur offenen Rebellion gegen die Regierung kommt es erst im September '70, als sich Assad und die mit ihm verbündeten Offiziere weigern, die um ihr Überleben in Jordanien kämpfende palästinensische Widerstandsbewegung zu unterstützen. Sie drohen sogar damit, eine irakische Panzerdivision, die sich schon auf dem Weg nach Jordanien befand, notfalls mit Gewalt daran zu hindern, die Palästinenser vor den Massakern des jordanischen Regimes zu schützen.

Einig war sich Assad mit seinen Vorgängern zwar nicht in den ökonomischen und sozialen Umwälzungen, die sie anstrebten und auch teilweise durchsetzten. Mit der baathistischen Ausrichtung der Armee und der Unterdrückung aller anderen politischen Strömungen im Lande setzte er jedoch ihre antidemokratische Politik fort.

Syrien – eine Militärgesellschaft

Schon kurz nach dem Abzug der französischen Kolonialtruppen greift die Armee zum ersten Mal in die Politik ein. Im Jahre 1949 finden kurz hintereinander drei Putsche statt. An die zwanzig zählt man bis zum Jahre 1963, als eine Gruppe von Offizieren unter Berufung auf die Ideologie der Baath-Partei (s. Kasten) die Macht übernimmt. Es sind zwar keine Parteimitglieder, sie machen sich aber den vorhandenen Parteiapparat der Baath zunutze, ersetzen die Leitungskader nach und nach durch Offiziere und bekommen so diese wichtigste politische Strömung unter Kontrolle. Es entsteht eine



Das Militär ist in Syrien überall anwesend und sichtbar. Hier sind es Angehörige der ,,Verteidigungsbrigaden'', die Rifaat al-Assad, Bruder des syrischen Präsidenten als Spezialeinheiten innerhalb der Armee aufgebaut hat und die ausschließlich aus Angehörigen der alawitischen Minderheit bestehen.

regelrechte Symbiose von Armee und Partei. Ausdruck der Symbiose ist das baathistische Militärkomitee, dem ca. 15 Offiziere, von Anfang an auch Hafiz al-Assad und der jetzige Verteidigungsminister Tlass angehören. Die Armee übernimmt immer mehr Funktionen im Staatsapparat, die mit ihren eigentlichen Aufgaben nichts zu tun haben. So wird sie im Gesundheitswesen, im Post- und Telegraphennetz, im Ausbildungswesen eingesetzt.

In den Jahren von '63 bis '73 erfolgt eine entscheidende Verschiebung in der sozialen, geographischen und religiösen Basis des höheren Offizierskorps:



Das Militär ist in Syrien überall anwesend und sichtbar. Hier sind es Angehörige der ,,Verteidigungsbrigaden'', die Rifaat al-Assad, Bruder des syrischen Präsidenten als Spezialeinheiten innerhalb der Armee aufgebaut hat und die ausschließlich aus Angehörigen der alawitischen Minderheit bestehen.

regelrechte Symbiose von Armee und Partei. Ausdruck der Symbiose ist das baathistische Militärkomitee, dem ca. 15 Offiziere, von Anfang an auch Hafiz al-Assad und der jetzige Verteidigungsminister Tlass angehören. Die Armee übernimmt immer mehr Funktionen im Staatsapparat, die mit ihren eigentlichen Aufgaben nichts zu tun haben. So wird sie im Gesundheitswesen, im Post- und Telegraphennetz, im Ausbildungswesen eingesetzt.

In den Jahren von '63 bis '73 erfolgt eine entscheidende Verschiebung in der sozialen, geographischen und religiösen Basis des höheren Offizierskorps:
Es stammt fast gänzlich aus den ländlichen Gebieten, aus kleinbäuerlichen oder Kleinhändlerfamilien und besteht aus Minderheiten (Alawiten oder Drusen). Inzwischen ist die politische Ausrichtung der Armee so weit, daß das Bekenntnis zur Baathpartei Voraussetzung für die Ernennung zum höheren Offizier ist. Periodische Säuberungen, Cliquenbildungen, die sich auf die religiöse oder regionale Zugehörigkeit stützen, und vor allem Privilegien sichern die Gefolgschaft. Die Offiziere wohnen in abgesonderten Wohngebieten, haben ihre eigenen Geschäfte, genießen Zollfreiheit beim Import von Luxusgütern.

Konnte sich das Offizierskorps 1963 auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den herrschenden Klassen und der traditionell im islamischen Herrschaftsbereich vorhandenen Loyalität zur herrschenden Militärkaste stützen, so zeigten die Wahlen zum Parlament vom Jahre 1977, daß die Unterstützung im Volk geschwunden ist: Sie mußten wiederholt werden, weil beim ersten Mal die erforderlichen 51% an Wahlbeteiligung nicht erreicht wurden. (Die Wahlbeteiligung bei Provinzwahlen liegt zwischen 5 und 20%!)

Israel ist allemal der Nutznießer

1976 marschierte die syrische Armee unter direktem Befehl von Assad in den Libanon ein und half den rechtsge-

beim ersten Mal die erforderlichen 51% an Wahlbeteiligung nicht erreicht wurden. (Die Wahlbeteiligung bei Provinzwahlen liegt zwischen 5 und 20%!)

Israel ist allemal der Nutznießer

1976 marschierte die syrische Armee unter direktem Befehl von Assad in den Libanon ein und half den rechtsge-
richteten christlichen Milizen, die libanesische Nationalbewegung und den palästinensischen Widerstand zu schlagen. Die FAD, die arabische Abschreckungstruppe, die auf Beschluß der arabischen Gipfelkonferenzen von Riad und Kairo gebildet wurde, besteht nur noch aus syrischen Einheiten, die von der Mehrheit der libanesischen Bevölkerung als Besatzerarmee angesehen wird. Jetzt stellt sich heraus, daß syrische Soldaten auf seiten der iranischen Truppen kämpfen. Einheiten der Armee werden gegen das eigene Volk eingesetzt – die Frage der syrischen Soldaten: ,,Warum schießen wir in Hama und nicht auf den (inzwischen annektierten) Golanhöhen'' ist berechtigt und müßte Assad das Fürchten lehren. Der Aufstand in Hama und in den anderen syrischen Städten hat zu einem Zeitpunkt stattgefunden, wo das syrische Regime isoliert ist: Auf arabischer Ebene vor allem wegen der Unterstützung des Iran, dessen Regierung offen zum Umsturz in den umliegenden Golfstaaten aufruft. Die arabische Außenministerkonferenz in Tunis hat sich geweigert, die europäischen Staaten, die Handel mit Israel treiben, zu boykottieren, wie Syrien das beantragt hatte. Die Einzahlungen für die FAD sollen eingestellt werden. Auf internationaler Ebene, wo es Syrien nicht gelungen ist, eine Mehrheit für seine Forderungen nach Sanktionen gegen Israel in der UNO zu bekommen.

Auch wenn es Assad und seiner Regierung noch einmal gelungen ist, diesen Aufstand weitgehend zu ersticken, so ist der nächste schon absehbar, da nichts auf eine Lockerung der Militärherrschaft hindeutet. (Seit 1963 herrschen Ausnahmezustand und Kriegsrecht). Kein Wunder, daß angesichts

derungen nach Sanktionen gegen Israel in der UNO zu bekommen.

Auch wenn es Assad und seiner Regierung noch einmal gelungen ist, diesen Aufstand weitgehend zu ersticken, so ist der nächste schon absehbar, da nichts auf eine Lockerung der Militärherrschaft hindeutet. (Seit 1963 herrschen Ausnahmezustand und Kriegsrecht). Kein Wunder, daß angesichts
dieses desolaten Zustands, in dem sich Syrien außen- und innenpolitisch befindet, die Kriegsvorbereitungen Israels gegen den Südlibanon auf Hochtouren laufen: Die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit ist auf Polen und Europa konzentriert, Ägypten wird bis zum 25.4.82, bis zum Abzug der israelischen Truppen aus dem Sinai nichts unternehmen. So eine günstige Gelegenheit zur Expansion bietet sich selten.

Die Baathpartei

Die Baathpartei | ist nach dem Zellenprinzip

Die Arabisch Sozialistische Baathpartei konsitutierte sich in Syrien im Jahre 1952 als Fusion aus der Arabischen Baathpartei und der Arabischen Sozialistischen Partei. Sie beansprucht, eine panarabische Bewegung zu sein. Ihr Slogan ,,Einheit, Freiheit, Sozialismus'' ist geprägt von dem Primat der Vereinheitlichung aller arabischer Staaten. Die Partei hat Organisationen in fast allen arabischen Staaten. Aber nur in Syrien und im Irak ist sie Staatspartei, wobei die beiden Flügel miteinander rivalisieren. Sie ist nach dem Zellenprinzip aufgebaut, die aus 3–5 Mitgliedern bestehen und Zirkel heißen. Der Sekretär der Zirkel wird von der nächsthöheren Einheit bestimmt. Es bestehen Parteiorganisationen auf Bezirks- und Provinzebene. Im jeweiligen arabischen Staat besteht eine regionale Führung. Eine nationale Führung, die den Leitungsanspruch für die Parteiorgansationen in der gesamten arabischen Welt erhebt, hat ihren Sitz in Bagdad. Die Spaltung in einen syrischen und einen irakischen Flügel hat auf gesamtarabischer Ebene die Baath-Ideologie geschwächt.

Änderungen in der Klassenstruktur in Syrien von 1960 bis 1970
(Zahlen beziehen sich auf die arbeitende Bevölkerung)

	1960	%	1970	%
Industrie- und Handelsbourgeoisie	19750	2,2	10890	0,7
Agrarbourgeoisie	39640	4,5	8360	0,6
Arbeiterklasse	159720	17,9	257380	17,6
Landproletariat	182720	20,5	130400	8,9
Traditionelle Kleinbourgeoisie				
produktiv	51300	5,8	103350	7,0
nichtproduktiv	59600	6,7	112740	7,7
Lohnabhängige Mittelschichten	132530	15,0	234930	16,0
Kleinbauern*	243460	27,4	608540	41,5
Gesamt	888460	100,0	1466590	100,0

* Das ungeheure Ansteigen der Zahl der Kleinbauern geht zurück auf die Landreform, die die ,,Linksbaathisten'' durchgeführt haben. – nach Elisabeth Longuenesse: The Class Nature of the State in Syria. Contribution to an Analysis in: MERIP REPORT 1979)

Belgien: Die Abwertung ist nur das Randgeschehen

kvz. Etwas rauh muß es wohl schon zugegangen sein, wie die Herren europäischen Finanzminister über Belgiens Antrag berieten, seine Währung im Rahmen des europäischen Währungssystems abzuwerten. 12% sei nun wirklich zuviel, hieß es, dabei steht der belgische Franc schon seit einem Jahr unter Druck und hatte der inoffizielle Devisenhandel letzte Woche eine 12%ige Abwertung bereits vorweggenommen. Belgien will seine Handelsbilanz aufbessern, was auch nötig ist, die ,,Partner'' aber feilschten um jedes Prozent, das ihnen an Konkurrenzvorteil bleibt, wenn die belgischen Waren teurer bleiben. Andererseits bedeutet Abwertung Verteuerung der Einfuhr und Belgien importiert verhältnismäßig mehr als die BRD. Und hier folgt die Hauptsache erst. Dieser Inflationsgefahr nämlich will Belgiens erst kurz im Amt weilende Mitte-Rechts-Regierung durch staatlich verordnete Lohnsenkung begegnen. Um drei Prozent soll der Reallohn gesenkt werden, indem an der in Belgien eingeführten Lohn-Indexierung manipuliert wird. Das Parlament hat die Regierung dafür mit Sondervollmachten ausgestattet, nachdem bereits mehrere ihrer Vorgänger an diesem Versuch gescheitert sind. Gefährlich wird die Lage für den im Rücktritt bereits geübten Premier Martens dadurch, daß sich nun auch die christlichen Gewerkschaften, die ihn bislang unterstützt haben, an die Seite der sozialistischen Gewerkschaften gestellt haben.

Grönland spricht sich gegen Verbleib in EG aus

bag.Dänemark. Die Volksabstimmung über den weiteren Verbleib Grönlands in der EG ergab bei 75% Beteiligung eine Mehrheit von 52% Nein-Stimmen gegenüber 46% Ja-Stimmen. Daß das Ergebnis ein Nein zur EG wurde, kann man sicher als Willenserklärung werten, daß die Grönländer selbst über ihr Land und seine reichen natürlichen Ressourcen bestimmen wollen. Daß die Ablehnung nicht noch stärker war, hängt wohl mit der Unsicherheit bezüglich der zukünftigen ökonomischen Situation Grönlands zusammen. – Das Abstimmungsergebnis wird vor allem auch für die westdeutsche Hochseefischerei Konsequenzen haben, für die die grönländischen Gewässer (nach der Nordsee) inzwischen der zweitgrößte Fangplatz sind. Sie werden nach Inkrafttreten des Austritts Grönlands aus der EG (im Januar 1984) wahrscheinlich Fanglizenzen kaufen und sich damit auch eine schärfere Kontrolle von seiten der grönländischen Landesregierung gefallen lassen müssen.

Khieu Samphan und Sihanouk für politische Lösung

kvz. Nachdem Sihanouk am vergangenen Donnerstag in Beijing mit Deng Xiaoping und Außenminister Huang Hua zusammengetroffen war, wurde

Verbleib in EG aus

bag.Dänemark. Die Volksabstimmung über den weiteren Verbleib Grönlands in der EG ergab bei 75% Beteiligung eine Mehrheit von 52% Nein-Stimmen gegenüber 46% Ja-Stimmen. Daß das Ergebnis ein Nein zur EG wurde, kann man sicher als Willenserklärung werten, daß die Grönländer selbst über ihr Land und seine reichen natürlichen Ressourcen bestimmen wollen. Daß die Ablehnung nicht noch stärker war, hängt wohl mit der Unsicherheit bezüglich der zukünftigen ökonomischen Situation Grönlands zusammen. – Das Abstimmungsergebnis wird vor allem auch für die westdeutsche Hochseefischerei Konsequenzen haben, für die die grönländischen Gewässer (nach der Nordsee) inzwischen der zweitgrößte Fangplatz sind. Sie werden nach Inkrafttreten des Austritts Grönlands aus der EG (im Januar 1984) wahrscheinlich Fanglizenzen kaufen und sich damit auch eine schärfere Kontrolle von seiten der grönländischen Landesregierung gefallen lassen müssen.

Khieu Samphan und Sihanouk für politische Lösung

kvz. Nachdem Sihanouk am vergangenen Donnerstag in Beijing mit Deng Xiaoping und Außenminister Huang Hua zusammengetroffen war, wurde
am Wochenende eine Einigung mit Khieu Samphan über die Vorbedingungen einer Koalitionsregierung gegen das Besatzerregime in Kampuchea erzielt. Beide hofften, daß auch Son Sann sich bald bereitfinden würde, an Koalitionsgesprächen in Beijing teilzunehmen, was auch dem Wunsch der ASEAN-Staaten entspricht. Die Vereinbarung zwischen Khieu Samphan und Sihanouk umfaßt folgende Punkte: 1. Falls eine Dreier-Koalition zustandekommt, sollte sie sich auf ein politisches Minimalprogramm stützen mit dem Ziel, ihr über den Widerstand gegen das Heng Samrin Regime hinaus eine gewisse Stabilität zu verleihen. 2. Eine solche Dreier-Koalitions-Regierung sollte sich im gesetzlichen Rahmen des Demokratischen Kampuchea bewegen, das immer noch als Mitglied der Vereinten Nationen anerkannt ist. 3. Die drei Widerstandsparteien, repräsentiert von Sihanouk, Khieu Samphan und Son Sann, würden ihre volle Autonomie, ihre Freiheit der Ideologie und Weltanschauung behalten. Aber wenn eine Koalitionsregierung gebildet würde, würden sie gemeinsame Regeln, Rechte und Pflichten beachten.

Beschäftigte übernehmen National Freight

kvz. Die 44000 Beschäftigten des staatlichen britischen Transportunternehmens National Freight Company (NFC) haben die Gesellschaft offiziell übernommen. Die Angestellten, einschließlich der Pensionäre, zahlten für die NFC, die 1981 einen Umsatz von 1,82 Mrd. DM und einen Gewinn von 81 Mio. DM erzielte, rd. 246 Mio. DM.

Die Türkei auf dem Weg zur Demokratie?

Liberale Wirtschaftspolitik und autoritäre Verfassung sollen aus der Krise herausführen

Von Bernhard Peters

US-Verteidigungsminister Weinberger bewunderte öffentlich die außerordentliche Art und Weise, in der die türkische Militärregierung Recht und Ordnung wiederhergestellt habe. Während die US-Regierung die Türkei auf dem Marsch in die Demokratie sieht, verurteilten Europarat und Europaparlament die fortdauernde Verletzung von Menschenrechten und die Unterdrückung politischer Freiheiten.

Einen Anhaltspunkt über den Umfang der Repression bieten die vom Regime selbst veröffentlichten Zahlen: Danach sind seit der Machtübernahme durch die Militärs im September 1980 bis zum Dezember 1981 insgesamt 45000 Personen festgenommen und etwa 30000 unter Anklage gestellt worden. Bisher sind 85 Todesurteile von Militärgerichten verhängt und 11 vollstreckt worden. Nach Schätzungen von Amnesty International sind über 2000 Todesurteile in laufenden Verfahren beantragt. Zahlreiche Personen sind bei Verhaftungsaktionen ums Leben gekommen (eine offizielle Angabe spricht von 174 „des Terrorismus Verdächtigen", die durch Armee oder Polizei getötet wurden). Eine Vertreterin des kommunistisch orientierten Weltgewerkschaftsbundes (WGB) sprach Ende Januar von 200000 Verhafteten und 40000 Verfahren.

Nach den (stets vorsichtigen) Angaben von Amnesty International sind seit dem Staatsstreich mehr als 70 Häftlinge unter fragwürdigen Umständen in türkischen Gefängnissen und Verhörzentren gestorben. Die Regierung behauptet, Mißhandlungen würden nicht geduldet und entsprechenden Anklagen werde nachgegangen. Nach eigenen Angaben haben die Behörden wegen 244 Fällen von Folterungen Ermittlungen eingeleitet. Bisher wurden 12 Prozesse eröffnet; einige sind noch nicht abgeschlossen. In zwei Fällen kam es bisher zur Verurteilung: In einem Verfahren sind zwei Polizisten zu zwei Jahren Haft verurteilt worden, weil sie „unabsichtlich" den Tod eines Häftlings verursacht hätten. Ein stellvertretender Polizeiinspektor, der zu 14 Jahren Haft verurteilt war, weil er das Mitglied einer linken Organisation zu Tode gefoltert hatte, wurde vor dem Strafantritt vom Gericht „vorübergehend" auf freien Fuß gesetzt und verschwand, angeblich ins Ausland.

Amnesty International vermerkt in ihrem Jahresbericht 1981, die Zahl der Folterungen sei so groß, daß die Folter in der Türkei als offizielle Einrichtung betrachtet werden müsse. Auch wenn die Folterungen nicht ausdrücklich von den regierenden Generälen veranlaßt sein mögen oder sogar förmlich mißbilligt werden, so genügt es, den traditionell brutalen Sicherheitsbehörden genügend Spielraum zu lassen, ihnen mit der Dringlichkeit des Kampfes gegen den Terrorismus eine Legitimation zu verschaffen und sie außerdem unter „Erfolgszwang" zu setzen, um allen Arten menschenunwürdiger Behandlung in Gefängnissen und Lagern Tür und Tor zu öffnen. Die niedrige Zahl der Verurteilungen, die hohe Zahl der eingestellten Ermittlungen und Verfahren zeigen, daß sich die Behörden gegenseitig decken. Ohnehin kostet es die Gefangenen schon enorm viel Mut, ei-

nicht abgeschlossen. In zwei Fällen kam es bisher zur Verurteilung: In einem Verfahren sind zwei Polizisten zu zwei Jahren Haft verurteilt worden, weil sie „unabsichtlich" den Tod eines Häftlings verursacht hätten. Ein stellvertretender Polizeiinspektor, der zu 14 Jahren Haft verurteilt war, weil er das Mitglied einer linken Organisation zu Tode gefoltert hatte, wurde vor dem Strafantritt vom Gericht „vorübergehend" auf freien Fuß gesetzt und verschwand, angeblich ins Ausland.
Amnesty International vermerkt in ihrem Jahresbericht 1981, die Zahl der Folterungen sei so groß, daß die Folter in der Türkei als offizielle Einrichtung betrachtet werden müsse. Auch wenn die Folterungen nicht ausdrücklich von den regierenden Generälen veranlaßt sein mögen oder sogar förmlich mißbilligt werden, so genügt es, den traditionell brutalen Sicherheitsbehörden genügend Spielraum zu lassen, ihnen mit der Dringlichkeit des Kampfes gegen den Terrorismus eine Legitimation zu verschaffen und sie außerdem unter „Erfolgszwang" zu setzen, um allen Arten menschenunwürdiger Behandlung in Gefängnissen und Lagern Tür und Tor zu öffnen. Die niedrige Zahl der Verurteilungen, die hohe Zahl der eingestellten Ermittlungen und Verfahren zeigen, daß sich die Behörden gegenseitig decken. Ohnehin kostet es die Gefangenen schon enorm viel Mut, ei-

ne solche Behandlung offiziell anzuzeigen, da sie als Konsequenz eine noch schlimmere befürchten müssen. Durch die Regelung, daß Verdächtige bis zu 45 Tage ohne Anklage und ohne Kontaktmöglichkeit zu Anwälten oder Verwandten in Haft genommen werden können, ist der Willkür von Armee und Polizei ohnehin größter Spielraum gegeben. Ist einmal Anklage erhoben, kann die Untersuchungshaft unbegrenzt ausgedehnt werden. Zahlreiche Berichte, auch von ausländischen Rechtsanwälten und Anwaltsorganisationen, dokumentieren außerdem, daß eine angemessene Verteidigung in den politischen Verfahren nicht gewährleistet ist.

Folgen wir den Einteilungen der türkischen Militärstaatsanwälte, so lassen sich hauptsächlich die folgenden Gruppen von Verfahren unterscheiden:

– Anklagen wegen terroristischer Aktivitäten (Mord, Raub, Sprengstoffanschläge): Unter diese Beschuldigung fallen vor allem die Mitglieder linksradikaler Gruppierungen, die sich dem bewaffneten Kampf verschrieben hatten. Gegen Organisationen wie „Dev Sol" (Revolutionäre Linke) und „Dev Yol" (Revolutionärer Weg) und andere finden Massenprozesse, teilweise mit mehreren hundert Angeklagten, statt. In diesen Verfahren werden viele Todesstrafen beantragt; die Todesstrafe ist im türkischen Gesetz bei Mord und Mordversuch vorgeschrieben und auch bei Verbrechen „gegen Staat und Verfassung".

– Eine besondere Kategorie bilden Verfahren wegen „separatistischer Bestrebungen", meist gegen Kurden, häufig ebenfalls in Verbindung mit dem Vorwurf terroristischer Aktivitäten. Mehrere Tausend angebliche Mitglieder von Organisationen wie „Apocular" und „Kurdische Arbeiterpartei" (PKK) warten in Haft auf ihren Prozeß. Die Verfolgung bewaffneter kurdischer Untergrundorganisationen bietet türkischen Militär- und Polizeiorganen Gelegenheit, dem türkischen Chauvinismus freien Lauf zu lassen und Bevölkerung wie Gefangene zu terrorisieren. Razzien und Massenverhaftungen dauern offenbar an. Begünstigt wird dieses Vorgehen dadurch, daß aus den entlegenen und besonders unterentwickelten Landesteilen im Osten nur wenige Informationen an die internationale Öffentlichkeit dringen.

– Ebenfalls wegen Verwicklung in terroristische Aktivitäten und wegen Planung eines Umsturzes sind Mitglieder rechtsextremer Organisationen angeklagt. In Ankara hat schon im letzten Sommer der Prozeß gegen 587 Mitglieder der Aktionspartei (MHP) und ihren Vorsitzenden Alparslan Türkesch begonnen; gegen Türkesch und 219 Mitangeklagte ist die Todesstrafe beantragt.

– Eine weitere Gattung offen politischer Verfahren bilden diejenigen, die sich auf die Artikel 141, 142 und 146 des türkischen Strafgesetzbuches gründen, die zur Zeit Kemal Atatürks aus dem Strafgesetzbuch des faschistischen Italien unter Mussolini übernommen wurden. Danach sind Handlungen verboten, die darauf ausgehen, die türkische Verfassung durch Gewaltanwendung abzuändern oder umzustoßen, und Zusammenschlüsse, deren Ziel es ist, die Herrschaft oder Dominanz einer sozialen Klasse über eine andere aufzurichten. Diese Vergehen werden mit dem Tode bestraft, wenn sie in leitender Funktion begangen worden sind. Auf diese Artikel stützt sich unter anderem die Anklage gegen Mitglieder

terrorisieren. Razzien und Massenverhaftungen dauern offenbar an. Begünstigt wird dieses Vorgehen dadurch, daß aus den entlegenen und besonders unterentwickelten Landesteilen im Osten nur wenige Informationen an die internationale Öffentlichkeit dringen.
– Ebenfalls wegen Verwicklung in terroristische Aktivitäten und wegen Planung eines Umsturzes sind Mitglieder rechtsextremer Organisationen angeklagt. In Ankara hat schon im letzten Sommer der Prozeß gegen 587 Mitglieder der Aktionspartei (MHP) und ihren Vorsitzenden Alparslan Türkesch begonnen; gegen Türkesch und 219 Mitangeklagte ist die Todesstrafe beantragt.
– Eine weitere Gattung offen politischer Verfahren bilden diejenigen, die sich auf die Artikel 141, 142 und 146 des türkischen Strafgesetzbuches gründen, die zur Zeit Kemal Atatürks aus dem Strafgesetzbuch des faschistischen Italien unter Mussolini übernommen wurden. Danach sind Handlungen verboten, die darauf ausgehen, die türkische Verfassung durch Gewaltanwendung abzuändern oder umzustoßen, und Zusammenschlüsse, deren Ziel es ist, die Herrschaft oder Dominanz einer sozialen Klasse über eine andere aufzurichten. Diese Vergehen werden mit dem Tode bestraft, wenn sie in leitender Funktion begangen worden sind. Auf diese Artikel stützt sich unter anderem die Anklage gegen Mitglieder

und Funktionäre der Arbeiter- und Bauernpartei TIKP (wir berichteten über diesen Prozeß), und gegen 52 Funktionäre der Gewerkschaftsföderation DISK.

Gewerkschaften unter dem Militärstiefel

Tatsächlich hat die Staatsanwaltschaft aufgrund der genannten Paragraphen die Todesstrafe gegen die 52 DISK-Funktionäre verlangt. Sie stützt sich auf Schulungsmaterial und programmatische Dokumente der Förderation, um zu beweisen, die DISK sei keine reguläre Gewerkschaft, sondern eine „anarcho-syndikalistische Organisation", die einen revolutionären Umsturz angestrebt habe. Vorgeworfen werden ihr auch politische Streiks und Demonstrationen. Tatsächlich war die DISK jedoch seit Jahren offiziell zugelassen und wurde nicht als verfassungswidrige Organisation betrachtet. Der Staatsanwalt hat angekündigt, 2000 einfache Mitglieder der DISK ebenfalls vor Gericht zu ziehen.

Die Gewerkschaftsförderation DISK („Komitee revolutionärer" oder, je nach Übersetzung, „reformerischer Arbeiter-Syndikate") ist der zweitgrößte Gewerkschaftsverband der Türkei neben der traditionell staatsfreundlichen Türk-Isch. Für die DISK werden 600000 Mitglieder angegeben, für die Türk-Isch doppelt so viel (die Angaben schwanken). DISK wurde 1967 als Dachverband von Gewerkschaften gegründet, denen die Föderation Türk-Isch zu regierungstreu war. Traditionell ist die türkische Gewerkschaftsbewegung durch große Zersplitterung gekennzeichnet. Vor dem Putsch waren rund 800 Einzelgewerkschaften registriert, die sich vorwiegend nach dem Berufsverbandsprinzip organisierten, sich außerdem aber jeweils bestimmten politischen Richtungen zuordneten. Die Mehrheit der Gewerkschaften, welche die DISK gründeten, orientierte sich zunächst an sozialistischen oder marxistisch-leninistischen Positionen; seit 1977 gewannen aber Kräfte die Oberhand, die sich den sozialdemokratischen Positionen der Republikanischen Volkspartei Ecevits näherten. Der letzte Vorsitzende der DISK und jetzige Hauptangeklagte Baştürk war Abgeordneter der Ecevit-Partei. Parallel gewannen übrigens sozialdemokratische Kräfte innerhalb der Türk-isch an Boden, deren Führung traditionell liberal-konservativ ausgerichtet war und die konservative Gerechtigkeitspartei Demirels unterstützte. 1980 rechneten sich 19 von 32 Mitgliedsgewerkschaften der Türk-Isch, die etwa 40% der Mitglieder repräsentierten, zur sozialdemokratischen Richtung.

Nach der Machtergreifung der Ar-



Oberhand, die sich den sozialdemokratischen Positionen der Republikanischen Volkspartei Ecevits näherten. Der letzte Vorsitzende der DISK und jetzige Hauptangeklagte Baştürk war Abgeordneter der Ecevit-Partei. Parallel gewannen übrigens sozialdemokratische Kräfte innerhalb der Türk-isch an Boden, deren Führung traditionell liberal-konservativ ausgerichtet war und die konservative Gerechtigkeitspartei Demirels unterstützte. 1980 rechneten sich 19 von 32 Mitgliedsgewerkschaften der Türk-Isch, die etwa 40% der Mitglieder repräsentierten, zur sozialdemokratischen Richtung.
Nach der Machtergreifung der Ar-



Gewerkschafter in Handschellen: DISK-Funktionäre in Istanbul, vorne ihr Vorsitzender Baştürk

mee wurden alle Gewerkschaftsdachverbände und ihre Mitgliedsorgansationen sowie 467 unabhängige Gewerkschaften suspendiert. Ausgenommen war nur die Türk-Isch. Zwei Tage nach der Machtübernahme wurde den Gewerkschaften das Recht auf Streik und freie Aushandlung von Tarifverträgen untersagt. Es wurde eine Tarifkommission (das „Hohe Schiedsgericht") mit neun Mitgliedern gebildet; davon werden zwei durch die Türk-Isch ernannt, zwei vom Arbeitgeberverband, die restlichen durch die Regierung. Die Kommission hat die Aufgabe, auf Antrag neue Tarife zu vereinbaren. Zahlreiche aktive Gewerkschafter wurden entlassen. Auch den Funktionären der Türk-Isch, die weiter im Amt sind, ist die Arbeit direkt in den Fabriken untersagt. Der dem Staatspräsidenten unterstellte „Rechnungshof" bekam die Aufgabe, die Ausgaben der Gewerkschaften zu kontrollieren. Die Maßnahmen der Militärjunta, das erklärt auch die Rolle der Prozesse gegen die DISK, sind offenbar Bestandteil eines Plans, zwangsweise eine Einheitsgewerkschaft, die staatlich reglementiert wird, zu schaffen.

Wiedereinführung der Demokratie?

Die Militärs haben mit ihrem Staatsstreich die seit 1961 geltende (unter Obhut des damaligen Militärregimes erarbeitete) fortschrittliche Verfassung zwar nicht formal, aber faktisch außer Kraft gesetzt: der fünfköpfige „Nationale Sicherheitsrat" der Generäle ist als Gesetzgeber an die Stelle des Parlaments getreten, sieht sich selbst aber nicht an die Verfassung gebunden. Mit anderen Worten: die Macht der Generäle ist gesetzlich unbeschränkt. Nichts deutet darauf hin, daß sie ihre Rolle als oberstes Machtorgan wieder aufgeben wollen. Zwar wurde im letzten Oktober eine „Beratende Versammlung" vom Militärrat ernannt, mit 160 handverlesenen „Repräsentanten der türkischen Bevölkerung" (eine der Voraussetzungen: sie durften vor dem Putsch nicht parteipolitisch aktiv gewesen sein), mit dem Auftrag, eine neue Verfassung, ein neues Parteiengesetz und ein neues Wahlrecht auszuarbeiten. Im Herbst dieses Jahres soll ein Referendum über eine neue Verfassung stattfinden, ein Jahr später, spätestens aber im Frühjahr 1984 sollen Parlamentswahlen abgehalten werden – „wenn alles wie geplant verläuft". Das letzte Wort in allen Dingen hat sich der Rat der Generäle aber selbst vorbehalten. Zugleich mit der Einsetzung der „Beratenden Versammlung" hat er die Auflösung aller vorher bestehenden Parteien verkündet und ihr Vermögen beschlagnahmt; ihren Mitgliedern wurde jeglich öffentliche Äußerung verboten. Ecevit, der sich nicht daran hielt, wanderte ins Gefängnis.

Obwohl offiziell über die neue Verfassung und das Parteiengesetz noch nichts bekannt ist, ist schon deutlich, daß die Generäle eine völlige Umwälzung der Institutionen und politischen Strukturen im Sinn haben: neue Parteien mit neuen Leuten (die Funktionäre der alten Parteien sollen nie mehr eine Rolle spielen), staatlich beaufsichtigte Gewerkschaften, ein Wahlgesetz, das wahrscheinlich ein Zwei-Parteien-System begünstigt, eine Verfassung,

Parteien verkündet und ihr Vermögen beschlagnahmt; ihren Mitgliedern wurde jeglich öffentliche Äußerung verboten. Ecevit, der sich nicht daran hielt, wanderte ins Gefängnis.
Obwohl offiziell über die neue Verfassung und das Parteiengesetz noch nichts bekannt ist, ist schon deutlich, daß die Generäle eine völlige Umwälzung der Institutionen und politischen Strukturen im Sinn haben: neue Parteien mit neuen Leuten (die Funktionäre der alten Parteien sollen nie mehr eine Rolle spielen), staatlich beaufsichtigte Gewerkschaften, ein Wahlgesetz, das wahrscheinlich ein Zwei-Parteien-System begünstigt, eine Verfassung,

die dem gewählten Präsidenten (vielleicht ein General?) eine starke Stellung gibt, und darüber vermutlich als oberstes Kontrollorgan – ein Rat der Generäle ...

Einige Institutionen einer solchen autoritären, gelenkten „Demokratie" sind schon geschaffen. Zum Beispiel ein 25köpfiger „hoher Erziehungsrat" zur Kontrolle der Universitäten, der zu je einem Drittel durch den Staatspräsidenten, die Regierung und seitens der Universitäten ernannt wird, alle Hochschulen beaufsichtigt und über Bestellung, Beförderung und Versetzung von Professoren befindet. Mit dem gleichen Gesetz ist Studenten und Dozenten die Mitgliedschaft in politischen Parteien verboten worden.

Schwacher Widerstand

Berichtet wurde von Hungerstreiks in den Gefängnissen von Ankara (Mamak), Istanbul, Dyarbakir und Elazig. Im letzten Oktober mußten nach einer solchen Aktion in Istanbul 50 Gefangene ins Krankenhaus eingeliefert werden. Eine größere Zahl von Angehörigen der Häftlinge, die vor dem Gefängnis demonstriert hatten, wurde bei Auflösung der Kundgebung durch die Polizei verletzt. Im Gefängnis von Dyarbakir starb ein Gefangener nach einem Hungerstreik. In Ankara hat der Militärstaatsanwalt gegen 91 im Militärgefängnis von Mamak inhaftierte Frauen Anklage erhoben, weil sie einen Hungerstreik organisiert, Widerstand geleistet und Rufe ausgestoßen hätten wie „Macht der Folter ein Ende!" und „Soldaten und Angeklagte sind Brüder!" Der Staatsanwalt forderte vier Jahre Gefängnis für diese „Indisziplin". Indizien weisen auf Unsicherheiten der Militärregierung: Als Reaktion auf Kritik aus dem Ausland, vor allem von seiten des Europarats, wurden die Kontaktmöglichkeiten mit dem Ausland weiter eingeschränkt; gleichzeitig sah sich die Militärverwaltung von Istanbul veranlaßt, noch einmal in aller Deutlichkeit an die Begrenzung gewerkschaftlicher Aktivitäten zu erinnern. Das Verbot öffentlicher Kommentare, von Kritik am Kriegsrecht und Propaganda am Arbeitsplatz wurde ebenfalls ausdrücklich hervorgehoben. Berichtet wird, daß selbst die Spitzenfunktionäre der Türk-Isch allmählich die Geduld verlieren, da das „Hohe Schiedsgericht" die Forderungen nach Anpassung der Löhne an die steigenden Preise auf die lange Bank zu schieben pflegt. Die Forderung nach Rückkehr zu freien Lohnverhandlungen wird lauter.

Vor dem Putsch war das politische System der Türkei förmlich zusammengebrochen; politische, ethnische und religiöse Widersprüche verschärften sich bis zu den bewaffneten Auseinandersetzungen, während die Mehrheit der Bevölkerung passiv und verängstigt war. Die Generäle versuchen, mit Gewalt neue Strukturen zu schaffen und die Gewalttätigkeit gesellschaftlicher Gruppen zurückzudrängen – durch die Entfesselung der staatlichen Gewalt. Offenbar fühlt sich eine Mehrheit davon allerdings noch weniger bedroht als vom gesellschaftlichen Chaos vorher. Gleichzeitig will die Junta die staatlichen Aktivitäten auf wirtschaftlichem Gebiet zurück-

System der Türkei förmlich zusammengebrochen; politische, ethnische und religiöse Widersprüche verschärften sich bis zu den bewaffneten Auseinandersetzungen, während die Mehrheit der Bevölkerung passiv und verängstigt war. Die Generäle versuchen, mit Gewalt neue Strukturen zu schaffen und die Gewalttätigkeit gesellschaftlicher Gruppen zurückzudrängen – durch die Entfesselung der staatlichen Gewalt. Offenbar fühlt sich eine Mehrheit davon allerdings noch weniger bedroht als vom gesellschaftlichen Chaos vorher. Gleichzeitig will die Junta die staatlichen Aktivitäten auf wirtschaftlichem Gebiet zurück-

schrauben und (auch unter dem Druck des IWF) die Entwicklung stärken den „Gesetzen des Marktes" und der „privaten Initiative" überlassen. Nach den bisherigen Erfahrungen spricht nicht viel dafür, daß die grundlegenden Entwicklungsprobleme der Türkei auf diese Weise gelöst werden können: die ungleichmäßige Entwicklung der westlichen und östlichen Landesteile, das Fehlen einer ausgeglichenen Infrastruktur, die drohende Stagnation des größeren, traditionellen Teils der Landwirtschaft, die Probleme der Arbeitslosigkeit (zur Zeit mindestens 20%), die durch Landflucht und starken Bevölkerungszuwachs verschärft werden, die Abhängigkeit vom importierten Erdöl usw. Was die politische Entwicklung angeht, so scheint ebenfalls unwahrscheinlich, daß durch aufgezwungene, künstlich geschaffene und stark eingegrenzte demokratische Formen, in völligem Bruch mit den bisher existierenden politischen Strukturen, sich mehr schaffen ließe als eine vom Militär gelenkte Marionettendemokratie – wie sie oft genug in der Dritten Welt, neben anderen Variationen autoritärer Regimes, zu finden ist.

Grünes Licht für 4,5%?

geh. Nun hat selbst der IG Metall-Vorstand dem Zug zum 4,5%-Abschluß wieder freie Fahrt gegeben. Am Montag beschloß er, der einseitig durch die Metallkapitalisten angerufenen Schlichtung nicht zu widersprechen. Dies wäre aber notwendig gewesen, um den Versuch von Gesamtmetall zu durchkreuzen, unter dem Schutz der Friedenspflicht einen niedrigen Abschluß in der Schlichtung durchzusetzen. Stattdessen hat E. Loderer nur betont „in der Schlichtung sei nichts zu holen" – was nicht auch in freien Verhandlungen möglich gewesen wäre. Und da hatte die IG Metall ja schon einiges angedeutet.

Wenn es jetzt nicht gelingt, Aktionen durchzuführen, die verdeutlichen, daß auf eine Lohnerhöhung, die zumindest für die unteren Lohngruppen die Preissteigerung ausgleicht, nicht verzichtet wird, hat die Arbeiterbewegung und die IG Metall in dieser Lohnrunde wenig in die Waagschale zu werfen.

Der Ablauf ist jetzt folgender: Nach der Benennung der Beisitzer muß die Schlichtungsstelle innerhalb von 3 Werktagen zusammentreten. Dann muß innerhalb 5 Werktagen ein Vorschlag ausgearbeitet werden. Diese Frist kann um 3 Werktage verlängert werden. Innerhalb von 6 Werktagen müssen sich beide Parteien zum Schlichtungsspruch äußern. In der Schlichtung entscheidet die Stimme des „unabhängigen" Vorsitzenden. Beide Seiten haben dafür ihre Vorschläge genannt: die Kapitalisten den Präsidenten der Landeszentralbank, den ehemaligen Finanzminister von NRW (FDP), und die Gewerkschaft den Oberbürgermeister von Hamm, Figgen, den ehemaligen Arbeitsminister von NRW (SPD). Per Los wird einer von ihnen zum stimmberechtigten Vorsitzenden bestimmt.

Nach Auffassung der Kapitalisten gilt für die gesamte Zeit der Schlichtung nach dem ultima ratio-Prinzip Friedenspflicht. Die IG Metall ist anderer Ansicht, für sie ist die Friedenspflicht am 1.3. ausgelaufen. Dann wären Kampfaktionen möglich. Und nötig. Nebenbei wäre es ja auch schön zu sehen, daß Mitgliedsbeiträge nicht nur zur Sanierung der Neuen Heimat, sondern auch satzungsgemäß für Arbeitskämpfe ausgegeben würden.

Die „beschäftigungspolitische Initiative" der IG Chemie

Eine äußerst fragwürdige Tarifpolitik wird vorgeschlagen

„Die IG Chemie – Papier – Keramik will bei der Chemie-Tarifrunde 1982 mit einer beschäftigungspolitischen Initiative gegen die steigende Arbeitslosigkeit angehen", war am 19.2. der Presse zu entnehmen. Ein lobenswertes Unterfangen, so schien es. Allerdings beim genaueren Durchlesen der Pressemitteilung kam vielen Kollegen die Galle hoch.

Die „beschäftigungspolitische Initiative" der IG Chemie sieht nämlich folgendes vor:

Ein Teil der Einkommenserhöhungen soll direkt in den Unterstützungsverein umgeleitet werden. Die Höhe der Tarifforderung nannte Horst Mettke am 18.2. noch nicht, jedoch hiervon unabhängig gedenkt die IG Chemie vorzuschlagen, daß bei einem zwölfmonatigen Vertragsabschluß ein Betrag in den Unterstützungsvereinabgeführt wird, welcher einer Einkommensverbesserung von 3 Monaten entspricht!

Das IG Chemie-Konzept sieht vor, Beschäftigten, welche 58 Jahre alt sind, anzubieten, freiwillig aus dem jeweiligen Unternehmen auszuscheiden. Die Arbeitgeber hingegen sollen sich verpflichten, diese Abgänge durch Neueinstellungen zu ersetzen. Den ausscheidenden Arbeitnehmern soll dann ein finanzieller Ausgleich gezahlt werden, so daß unter dem Strich keine Einkommenseinbuße entsteht. Hierunter versteht die IG Chemie die Zahlung von 75% des Bruttoentgelts. Die Sozialversicherungsbeiträge sollen vollständig von der Arbeitgeberseite bezahlt werden. Vom 59. Lebensjahr an sollen die Arbeitgeber Arbeitslosenunterstützung zahlen, zusätzlich sollen aus dem Unterstützungsfonds 15% ausgezahlt werden.

Neben der Abführung der Einkommensverbesserung von 3 Monaten will die IG Chemie noch eigene Mittel bereitstellen, konkret: die „beschäftigungspolitische Initiative" der IG Chemie soll unter anderem aus Gewerkschaftsbeiträgen finanziert werden!

Die Reaktion der Kollegen ist verständlich. Zum einen sollen sie drei Monate auf eine Einkommenserhöhung verzichten, zum anderen soll aus dem Gewerkschaftsvermögen, welches immerhin durch ihre Beiträge aufgebracht worden ist, diese Initiative bezuschußt werden.

Unabhängig hiervon kritisieren die Kollegen in den Betrieben zu Recht weitere Konsequenzen, welche diese Initiative in sich birgt. Der Arbeitgeberseite dürfte es nur lieb sein, wenn alte Arbeitskraft gegen eine jüngere ausgetauscht wird. Zum einen hat dieses den Vorteil, daß jüngere Arbeitskraft weitaus belastbarer und somit profitbringender ist, zum anderen kann man sich bei der Durchsetzung von Rationalisierungsvorhaben von jüngeren Arbeitnehmern eher trennen, als von Arbeitnehmern, die bereits 58 oder 59 Jahre alt und in der Regel bereits mehrere Jahre in den Betrieben sind und sowohl durch ihr Alter als durch ihre Betriebszugehörigkeit einen gewissen Kündigungsschutz genießen.

Zudem ist die Kostenbelastung für die Arbeitgeber relativ gering, denn immerhin wird diese „Tarifrente" durch den Unterstützungsverein getragen, welcher 1975 zwischen dem Arbeitsring Chemie und der IG Chemie in Form eines Tarifvertrages vereinbart wurde.

Dieser Unterstützungsverein wird sowieso durch Arbeitgeber finanziert. Die Fassung von 1979 sieht vor, daß die Arbeitgeber „an den Unterstützungsverein bis zu 0,5% der der Berufsgenossenschaft gemeldeten Lohn- und Gehaltssumme des Jahres 1974" zahlen. Sinn und Zweck dieses Tarifvertrages über den Unterstützungsverein der chemischen Industrie ist, „arbeitslos gewordene Arbeitnehmer der chemischen Industrie zu unterstützen, wenn sie aus betriebsbedingten oder unverschuldeten personenbedingten Gründen entlassen worden sind". Ausgeschlossen sind hiervon Arbeitnehmer, welche beim Ausscheiden eine Abfindung erhalten haben, zumindest solange der Abfindungsbetrag die bisherigen Bruttoeinkünfte abdeckt. Der Zuschuß zum Arbeitslosengeld beträgt lut §5 15% des Arbeitslosengeldes.

So sinnvoll wie dieser Unterstützungsverein ist, soll er nun dafür herhalten, eine beschäftigungspolitische Fehlinitiative der IG Chemie zu finanzieren, ganz zu schweigen von den Geldern aus dem Gewerkschaftsvermögen.

Eine beschäftigungspolitische Initiative in Verbindung mit Tarifverhandlungen ist durchaus denkbar und bereits in vielen Einzelgewerkschaften diskutiert worden, jedoch in Richtung einer Arbeitszeitverkürzung, welche zumindest sicherlich von der Arbeitgeberseite mittelfristig durch Neueinstellungen aufgefangen werden müßte. Darüberhinaus wären auch Modelle denkbar, die zumindest Arbeitszeitverkürzungen im Schichtbereich vorsehen oder in Richtung Überstundenverbot, den Abbau von Sonderschichten oder dem Verbot von Leiharbeit.

Mit ihrer Idee knüpft die IG Chemie an den Döding-Plan der NGG an, welcher ein ähnliches Konzept beinhaltet, und an Überlegungen, welche auch innerhalb der IG Metall schon einmal diskutiert wurden, jedoch nicht zur Verabschiedung gelangten.

Am 15.3. wird in Mainz eine Tagung aller Tairfkommissionen durchgeführt, auf welcher das Vorgehen in der Tarifrunde 1982 beraten und beschlossen werden soll. Man kann nur hoffen, daß die betroffenen Mitglieder, Vertrauensleute und Betriebsräte entsprechend reagieren, damit ein Beschluß in Richtung Reallohnabbau nicht zustandekommt.

dg. Bremen

British Rail muß die 3% zahlen

kvz. Mit einem Erfolg für die Gewerkschaft ist der Lokführerstreik bei den britischen Eisenbahnen nach sechs Wochen Streik zu Ende gegangen. British Rail hatte die Zahlung einer im Rahmen des letzten Tarifabkommens ausgehandelten 3%igen Lohnerhöhung von der Zustimmung der Lokführergewerkschaft zur Einführung flexibler 7- bis 9-Stunden-Schichten statt des festen 8-Stunden-Tages abhängig machen wollen. Die Gewerkschaft betrachtete dies als Vertragsbruch und rief zum Streik an jeweils zwei Tagen der Woche und am Sonntag auf. Und nun zahlt die Eisenbahnverwaltung doch die 3%. Die Gewerkschaft ihrerseits mußte einwilligen, in Verhandlungen wegen eines Produktivitätsabkommens zu treten und über alle vorgelegten Themen zu verhandeln. Sie hat aber erreicht, daß dies ohne Dritte geschieht. So wird im allgemeinen davon ausgegangen, daß die Gewerkschaft nach dem Streik gestärkt in die Verhandlungen geht. Insbesondere wird die Geschlossenheit hervorgehoben, mit der dieser Streik durchgeführt wurde. Trotz nachdrücklicher Suche konnte die hetzende Presse bloß ein einziges der 27000 Gewerkschaftsmitglieder ausmachen, der den Streikaufruf nicht befolgte. Der Mann hatte noch zwei Wochen zum Rentenalter.

Tarifkommission der UAW stimmt Vertrag mit Ford zu

kvz. Wie in der letzten KVZ berichtet, handelten UAW und Ford-USA einen Vertrag aus, der eine Reihe von Lohnzugeständnissen der Arbeiter vorsieht und Ford während der Gesamtlaufzeit Kosten in Höhe von rd. 1 Mrd. $ erspart. Dafür sollen die Arbeiter Rationalisierungssicherungen erhalten. Die 225 Mitglieder zählende große Tarifkommission der US-Automobilarbeitergewerkschaft UAW billigte am Mittwoch letzter Woche mit großer Mehrheit den ausgehandelten Tarifvertrag. Er wird jetzt den ca. 105000 UAW-Mitgliedern bei Ford zur Urabstimmung vorgelegt. Verläuft die Urabstimmung positiv, dann tritt der Vertrag unmittelbar in Kraft und läuft bis zum 14.9.1984.

ÖTV-Lohnkampfforderungen in Westberlin

söh. Westberlin. Die Betriebsgruppen der Westberliner Krankenhäuser haben im wesentlichen Forderungen zwischen 200 und 350 DM Festgeld aufgestellt. Die Betriebsgruppe des Klinikum Steglitz (über 3000 Beschäftigte) hat 100 DM plus 4% aufgestellt. Die Betriebsgruppe der Senatsverwaltung hat ebenfalls einen hohen Festbetrag über 280 DM aufgestellt. Die Argumentation lautet durchgängig, daß es notwendig ist, einen hohen Festbetrag durchzusetzen, um dem eventuellen Abbau von nicht tariflich gesicherten Zulagen entgegenzuwirken. Außerdem fordern fast alle Betriebsgruppen tarifliche Absicherungen der Zulagen. – Im Bereich der Eigenbetriebe, in dem der größte Teil der Arbeiter der ÖTV organisiert ist, halten sich dagegen Prozent-Forderungen, die sich in der Forderungshöhe deutlich an der IG Metall-Forderung orientieren. So fordert die Berliner Stadtreinigung, als eine der kampfstärksten ÖTV-Bereiche, 7,5%.

Wochen Streik zu Ende gegangen. British Rail hatte die Zahlung einer im Rahmen des letzten Tarifabkommens ausgehandelten 3%igen Lohnerhöhung von der Zustimmung der Lokführergewerkschaft zur Einführung flexibler 7- bis 9-Stunden-Schichten statt des festen 8-Stunden-Tages abhängig machen wollen. Die Gewerkschaft betrachtete dies als Vertragsbruch und rief zum Streik an jeweils zwei Tagen der Woche und am Sonntag auf. Und nun zahlt die Eisenbahnverwaltung doch die 3%. Die Gewerkschaft ihrerseits mußte einwilligen, in Verhandlungen wegen eines Produktivitätsabkommens zu treten und über alle vorgelegten Themen zu verhandeln. Sie hat aber erreicht, daß dies ohne Dritte geschieht. So wird im allgemeinen davon ausgegangen, daß die Gewerkschaft nach dem Streik gestärkt in die Verhandlungen geht. Insbesondere wird die Geschlossenheit hervorgehoben, mit der dieser Streik durchgeführt wurde. Trotz nachdrücklicher Suche konnte die hetzende Presse bloß ein einziges der 27000 Gewerkschaftsmitglieder ausmachen, der den Streikaufruf nicht befolgte. Der Mann hatte noch zwei Wochen zum Rentenalter.

Tarifkommission der UAW stimmt Vertrag mit Ford zu

tergewerkschaft UAW billigte am Mittwoch letzter Woche mit großer Mehrheit den ausgehandelten Tarifvertrag. Er wird jetzt den ca. 105000 UAW-Mitgliedern bei Ford zur Urabstimmung vorgelegt. Verläuft die Urabstimmung positiv, dann tritt der Vertrag unmittelbar in Kraft und läuft bis zum 14.9.1984.

ÖTV-Lohnkampfforderungen in Westberlin

söh. Westberlin. Die Betriebsgruppen der Westberliner Krankenhäuser haben im wesentlichen Forderungen zwischen 200 und 350 DM Festgeld aufgestellt. Die Betriebsgruppe des Klinikum Steglitz (über 3000 Beschäftigte) hat 100 DM plus 4% aufgestellt. Die Betriebsgruppe der Senatsverwaltung hat ebenfalls einen hohen Festbetrag über 280 DM aufgestellt. Die Argumentation lautet durchgängig, daß es notwendig ist, einen hohen Festbetrag durchzusetzen, um dem eventuellen Abbau von nicht tariflich gesicherten Zulagen entgegenzuwirken. Außerdem fordern fast alle Betriebsgruppen tarifliche Absicherungen der Zulagen. – Im Bereich der Eigenbetriebe, in dem der größte Teil der Arbeiter der ÖTV organisiert ist, halten sich dagegen Prozent-Forderungen, die sich in der Forderungshöhe deutlich an der IG Metall-

Die Legion springt über ISIGNY ab



In der Normandie stürmten 200 ehemalige Fallschirmjäger, jetzt Angehörige einer privaten Wachgesellschaft, eine von Arbeitern besetzte Fabrik

CNPF ist ein Kapitalistenverband

„Ich bin bei allen Schlachten für die Freiheit dabeigewesen"

8. März – Internationaler Frauentag

„Gegen soziale Demontage, für Gleichberechtigung und Frieden"

wal. Auf der 10. Bundesfrauenkonferenz des DGB im Mai 1981 wurde in dem Antrag Nr. 113 beschlossen: „Sie (die Delegierten) fordern den DGB-Bundesvorstand auf, eine Wiederbelebung des Internationalen Frauentages zu fördern und auf die DGB-Kreise einzuwirken, daß sie die Kreisfrauen-

„Elternurlaub" nach der Geburt eines Kindes nicht verankert ist.
Die Ungleichbehandlung und Benachteiligungen der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu untersuchen, Forderungen aufzustellen und den Kampf dagegen zu führen, ist eine wichtige Aufgabe, die innerhalb des

sellschaftliche Stellung noch. Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist von grundlegender Bedeutung für ihre gesellschaftliche Stellung. Es genügt nicht, den Frauen nur die gleichen Rechte zuzugestehen; um die Benachteiligung aufzuheben, müssen ihnen mehr Rechte und Vorteile eingeräumt

scheidenden Arbeitnehmern soll dann ein finanzieller Ausgleich gezahlt werden, so daß unter dem Strich keine Einkommenseinbuße entsteht. Hierunter versteht die IG Chemie die Zahlung von 75% des Bruttoentgelts. Die Sozialversicherungsbeiträge sollen vollständig von der Arbeitgeberseite bezahlt werden. Vom 59. Lebensjahr an sollen die Arbeitgeber Arbeitslosenunterstützung zahlen, zusätzlich sollen aus dem Unterstützungsfonds 15% ausgezahlt werden.

Neben der Abführung der Einkommensverbesserung von 3 Monaten will die IG Chemie noch eigene Mittel bereitstellen, konkret: die „beschäfti-

durch den Unterstützungsverein getragen, welcher 1975 zwischen dem Arbeitsring Chemie und der IG Chemie in Form eines Tarifvertrages vereinbart wurde.

Dieser Unterstützungsverein wird sowieso durch Arbeitgeber finanziert. Die Fassung von 1979 sieht vor, daß die Arbeitgeber „an den Unterstützungsverein bis zu 0,5% der der Berufsgenossenschaft gemeldeten Lohn- und Gehaltssumme des Jahres 1974" zahlen. Sinn und Zweck dieses Tarifvertrages über den Unterstützungsverein der chemischen Industrie ist, „arbeitslos gewordene Arbeitnehmer der chemischen Industrie zu unterstützen,

Mit ihrer Idee knüpft die IG Chemie an den Döding-Plan der NGG an, welcher ein ähnliches Konzept beinhaltet, und an Überlegungen, welche auch innerhalb der IG Metall schon einmal diskutiert wurden, jedoch nicht zur Verabschiedung gelangten.

Am 15.3. wird in Mainz eine Tagung aller Tairfkommissionen durchgeführt, auf welcher das Vorgehen in der Tarifrunde 1982 beraten und beschlossen werden soll. Man kann nur hoffen, daß die betroffenen Mitglieder, Vertrauensleute und Betriebsräte entsprechend reagieren, damit ein Beschluß in Richtung Reallohnabbau nicht zustandekommt. dg. Bremen

8. März – Internationaler Frauentag

„Gegen soziale Demontage, für Gleichberechtigung und Frieden"

wal. Auf der 10. Bundesfrauenkonferenz des DGB im Mai 1981 wurde in dem Antrag Nr. 113 beschlossen: „Sie (die Delegierten) fordern den DGB-Bundesvorstand auf, eine Wiederbelebung des Internationalen Frauentages zu fördern und auf die DGB-Kreise einzuwirken, daß sie die Kreisfrauenausschüsse bei der Durchführung von Aktionen zum 8. März unterstützen.

Der Internationale Frauentag eignet sich besonders dafür, die Probleme der erwerbstätigen Frauen öffentlich darzustellen und auf die immer noch bestehenden Widersprüche zwischen Verfassungsgebot und Verfassungswirklichkeit in der Frage der Gleichberechtigung hinzuweisen."

Nachdem es in den letzten Jahren immer wieder Auseinandersetzungen um die Durchführung des Internationalen Frauentages im DGB gegeben hat, bis zur Ablehnung der Beteiligung der Gewerkschaften am Internationalen Frauentag vor zwei Jahren, wurde in diesem Jahr schon Ende Januar ein zentrales Plakat vom DGB dazu herausgebracht und fanden schon Ende des letzten Jahres Diskussionen in den Kreisfrauenausschüssen statt, in welcher Form der Tag auf der örtlichen Ebene durchgeführt werden könnte. Vom DGB wurde der Tag unter das Motto: „Gegen soziale Demontage, für Gleichberechtigung und Frieden" gestellt.

Das Hearing zum Anti-Diskriminierungsgesetz, das Ende Januar im Bundestag stattfand, hat deutlich gemacht, wie schlecht es um die im Grundgesetz verbürgte Gleichberechtigung von Mann und Frau steht.

Selbst die EG-Kommission bringt die Bundesregierung vor den europäischen Gerichtshof, da die Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft zur Gleichstellung von Frauen und Männern nicht eingehalten werden und im deutschen Gesetz der gleichberechtigte „Elternurlaub" nach der Geburt eines Kindes nicht verankert ist.

Die Ungleichbehandlung und Benachteiligungen der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu untersuchen, Forderungen aufzustellen und den Kampf dagegen zu führen, ist eine wichtige Aufgabe, die innerhalb des DGB angegangen werden muß. Der Internationale Frauentag ist dazu ein guter Anlaß.

Gerade jetzt in der Krise wirken sich deren Folgen auf die schwächsten Glieder natürlich am meisten aus. Frauenarbeitsplätze werden häufig zuerst wegrationalisiert. Die Arbeitslosigkeit ist bei Frauen viel höher als bei Männern. die Situation in den gesellschaftlichen Einrichtungen zur Versorgung der Kinder wird immer schlechter, gleichzeitig steigen die Gebühren. Zu der immens gestiegenen Arbeitshetze im Betrieb, die schon jegliche Kraft verzehrt hat, kommt die Belastung mit den Kindern, die schlecht versorgt und entsprechend kaputt abends nach Hause kommen.

Dies übt einen unheimlichen Druck auf die Frauen aus, wo die CDU und andere reaktionäre Kräfte leicht einen Boden für ihre Ideologie von der „sanften Macht der Familie" oder „Mutterarbeit ist mehr als Erwerbsarbeit" finden können.

Deshalb ist es wichtig vom DGB in die Offensive zu kommen und sich nicht auf die Frage der Lohngleichheit zu beschränken. Im Rahmen des beschäftigungspolitischen Programms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müssen Forderungen aufgestellt werden, die Frauen mehr vor den Rationalisierungsmaßnahmen schützen und ihnen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen Vorteile einräumen. Denn die Frauen sind besonders betroffen von der Arbeitslosigkeit, und unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit verfestigt sich ihre diskriminierte gesellschaftliche Stellung noch. Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist von grundlegender Bedeutung für ihre gesellschaftliche Stellung. Es genügt nicht, den Frauen nur die gleichen Rechte zuzugestehen; um die Benachteiligung aufzuheben, müssen ihnen mehr Rechte und Vorteile eingeräumt werden, um die Gleichbehandlung zu erreichen.

Wir werden uns mit dem Anti-Diskriminierungsgesetz und Fragen, die in diesem Zusammenhang stehen, in der nächsten Nummer der KVZ ausführlicher befassen.

DGB-Bundesjugendausschuß bearbeitete Anträge

kvz. Knappe 300 Anträge und Entschließungen waren nach der DGB-Bundesjugendkonferenz im Januar übrig geblieben – diese hatte der Bundesjugendausschuß jetzt zu bearbeiten. Neben den Beschlüssen zu „Frieden und Abrüstung" (siehe Kommentar S. 2) wurden 21 an die DGB-Bundeskonferenz im Mai weitergeleitet. Darunter Anträge zum Unterschriftenverbot für Funktionäre und zur Ablehnung der Kernenergie. Weiterhin wurde Beschluß gefaßt gegen: Schärfere Überwachung des Verfassungsschutzes, neue Polizeibewaffnung, bzw. für: Bekämpfung des Rechtsradikalismus, Außerbetriebliche Ausbildungsstätten und Beschäftigungsprogramme zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit, Unterstützung von Instandbesetzungen als „legales Mittel des Protestes gegen Wohnungsnot", Verbot der Herstellung und Anwendung giftiger Pflanzenschutzmittel und verstärkter „Umweltschutz am Arbeitsplatz und im Betrieb". Ein Antrag zur Ablehnung des Baus der Startbahn West wurde „nicht befaßt", weil durch das Gerichtsurteil eine neue Lage entstanden sei.

APPELL

an die Delegierten der Landesbezirkskonferenz d. DGB-Hessen am 5. und 6. Februar in Marburg

Präambel

Wir, DGB-Ortskartelle und Gewerkschafter gegen den Bau der Startbahn 18 West in den DGB-Kreisen Offenbach, Starkenburg und Frankfurt wenden uns heute direkt an alle Delegierten der hessischen Landesbezirkskonferenz des DGB mit der kollegialen Bitte, unsere im Anschluß dargestellt Position kritisch zu überprüfen und sich unseren drängenden Fragen nicht zu verschließen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Auf der Grundlage des 1974 beschlossenen DGB-Umweltprogramms, des DGB-Grundsatzprogramms von 1981, den DGB-Landesbezirksvorstandsbeschlüssen vom 14.1.1980 sowie vom 9.11.1981 haben sich alle seitherigen Kreisdelegiertenkonferenzen des DGB-Kreises Starkenburg wie auch die Konferenz der DGB-Ortskartelle im Flughafenumland ernsthaft, sachlich und mit dem Bemühen um Einheit an der gewerkschaftlichen Diskussion um den Bau der Startbahn 18 West beteiligt und Position bezogen.

Unsere Position ist klar; die alte gewerkschaftliche Erfahrung bestätigt sich, daß die Ursache gerade auch im Konflikt um den Startbahnbau in einem tiefen Interessengegensatz zwischen der arbeitenden Bevölkerung einerseits und den offenen, kritiklosen Befürwortern des Startbahnbaus auf der Kapitalseite – wie den hessischen Arbeitgeberverbänden, den Industrie- und Handelskammern sowie der FAG – zu suchen ist.

Das Interesse an Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, an der Schaffung eines menschenwürdigen Arbeits- und Wohnumfeldes trifft einerseits auf das geringe Interesse der Kapitalseite an Verbesserung dieser Lebensbedingungen. Andererseits wächst das Interesse an Senkung dieser „überflüssigen" Kosten, wie auch das Interesse an Senkung der Kapitalkosten im Transport-Wesen, an Zeitersparnis beim schnelleren Umschlag von Waren, Gütern, Geld, Informationen und Personen. All dies gerät in Widerspruch zu den Bedürfnissen der Menschen und läuft Gefahr, die Natur unwiderruflich zu zerstören. In Krisenzeiten treten diese gegensätzlichen Interessen sowohl in den Betrieben als auch im Umfeld der Betriebe immer schärfer hervor.

In dieser Lage wenden sich die abhängig Beschäftigten und ihre Familien an ihre gewerkschaftlichen Interessenvertreter in den Betrieben und der Organisation, um Hilfe und Unterstützung bei der Wahrung ihrer Interessen zu bekommen. Dieser Verantwortung müssen wir uns stellen auf der Grundlage gemeinsamer gewerkschaftlicher Überzeugungen.

Das DGB-Programm gebietet uns, die dargestellten gegensätzlichen Interessen nicht zu verwischen, sondern Forderungen im Interesse der arbeitenden Menschen zu formulieren und ihre Durchsetzung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln anzustreben.

Deswegen haben wir das Verlangen nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung entsprechend den Kriterien des DGB-Landesbezirksvorstands vom 14.1.1980 akzeptiert und halten im Interesse der Betroffenen auch heute noch konsequent an dieser Forderung fest.

Würde sich dieser Konfliktfall im nordhessischen Raum abspielen, stünden wir ebenso einmütig hinter dieser im Kern überregionalen Forderung!

Gemeinsamen Bedrohungen kann nur gemeinsam begegnet werden: eine ungezügelte Investitionspolitik privater und öffentlicher Wirtschaftsunternehmer können wir einfach nicht mehr tatenlos hinnehmen!

Dies gilt gerade für die Startbahn 18 West. Unser Mißtrauen gegenüber diesem Projekt steigt ebenso, wie unsere Einsicht in die Notwendigkeit der Kontrolle von Investitionen. Diese gewaltigen Summen dürfen nur noch sinnvoll, den Bedürfnissen der Menschen entsprechend, verwendet werden!

Die Drohung mit dem Verlust von Arbeitsplätzen oder das Locken mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze hat schon viele Politiker aus Städten und Gemeinden, von Bundesländern, nationalen und internationalen Regierungen den Unternehmern gefügig gemacht.

Die Interessen der arbeitenden Bevölkerung an Erhaltung der Arbeitsmöglichkeiten, der Natur, an der gleichmäßigen Entwicklung der Regionen und an der Befriedigung der drängenden Bedürfnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung werden noch zu oft auf dem Altar der haltlosen Versprechungen und der scheinbaren Sachzwänge geopfert: dem kurzfristigen Rausch der Hoffnung folgt der lange Kater der enttäuschten Ernüchterung.

Um dies der Gewerkschaftsbewegung zu ersparen, wenden wir uns mit folgenden Fragen an euch, unsere Delegierten!

gezeichnet:
DGB-Ortskartelle und Gewerkschafter in den DGB-Kreisen
– Offenbach
– Starkenburg
– Frankfurt

Unsere Fragen:

Zum Umweltschutz

1. Ist euch bekannt, daß im Umweltprogramm des DGB von 1974 gefordert wird: „Wälder in der Nähe von Ballungsräumen dürfen nicht der industriellen Expansion oder der Zersiedlung zum Opfer fallen. Sie müssen uneingeschränkt der Erholungsnutzung zur Verfügung stehen"?

2. Wißt ihr, daß keine einzige der Auflagen zum Umweltschutz erfüllt wurde, die der DGB-Landesbezirksvorstand in seinem Beschluß vom 14.1.1980 als „unabdingbar" gefordert hatte?

3. Kennt ihr die Aussage von Jochen Richert bei einer Diskussion mit Gewerkschaftern aus dem Kreis Starkenburg am 1.10.1980 in Groß-Gerau: „Wer die Auflagen des DGB nicht erfüllt, wird den ganzen DGB gegen sich haben"?

Zu Arbeitsplätzen und Luftverkehr

4. Wißt ihr, daß entscheidend für die Schaffung von Arbeitsplätzen die Verkehrsleistung ist und nur in äußerst geringem Maße die Anzahl der Flugbewegungen?

5. Wißt ihr, daß auch nach Aussagen der IAFA (Internationaler Verband der Luftverkehrsgesellschaften) nur geringfügige Steigerungen im Luftverkehr – und auch diese nur bei den Verkehrsleistungen, noch weniger bei den Bewegungen – zu erwarten sind (Treibstoffverteuerung, Ölkrise, Inflation)?

6. Ist euch bekannt, daß möglicherweise erhöhte Verkehrsleistungen mit Hilfe des Großraumeffektes (größeres Fluggerät, größere Auslastung der Flugzeuge) und anderer Maßnahmen bewältigbar sind?

7. Ist euch bekannt, daß der renommierte Luftverkehrsexperte T. Hooton beim Zuwachs der Flugbewegungen durch die Startbahn 18 West im günstigsten (und unwahrscheinlichsten) Fall von 14% ausgeht und die der Arbeitsplatzprognose u.a. zugrunde liegende Erwartung der Kapazitätssteigerungen der Flughafenaktiengesellschaft (FAG) von 25% bis 1995 als verrückt bezeichnet? Ist euch bekannt, daß der DGB ebenfalls von diesen 25% ausgeht?

8. Wißt ihr, daß bei der von T. Hooton berechneten maximalen Kapazitätssteigerung von 14% die Schaffung eines Arbeitsplatzes 132000 DM kosten würde? Für dieses Geld könnten in anderen Bereichen nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit drei Arbeitsplätze geschaffen werden (z.B. Strukturverbesserung im nordhessischen Bereich).

9. Habt ihr erfahren, daß ca. 34% der Flugbewegungen auf dem Rhein-Main-Flughafen innerdeutscher, großenteils subventionierter Luftverkehr sind, der großenteils in Konkurrenz zur Deutschen Bundesbahn steht, wo ständig Arbeitsplätze gestrichen werden?

Zur innergewerkschaftlichen Demokratie

10. Wißt ihr, daß Kollege Richert bei der Landtagsanhörung von eigenen Berechnungen des DGB zu den Arbeitsplätzen sprach, die weder der DGB-Flughafenkommission vorgelegen haben, noch bis heute der innergewerkschaftlichen Öffentlichkeit – selbst auf Anfrage nicht – bekannt gemacht wurden?

11. Ist euch bekannt, daß die Beschlüsse des DGB-Landesbezirksvorstands größtenteils gefaßt wurden, ohne daß in dieser hochbrisanten Frage von den meisten Bezirksvorständen eine innergewerkschaftliche Beschlußlage auf entsprechenden Versammlungen geschaffen wurde? (...)

Schlußwort

Wir hoffen, daß euch diese Tatsachen noch einmal eindringlich vor Augen geführt haben, welche *Bedeutung* eine Entscheidung des DGB Hessen in der Frage des Baus der Startbahn West hat. Und ihr könnt daran auch sehen, daß der DGB-Kreis Starkenburg und die DGB-Ortskartelle rund um den Flughafen wirklich nicht leichtfertig zu einer *Ablehnung* dieses Großprojekts gekommen sind.

Neben der IGM-Südhessen, der GdP-Hessen, der GEW-Hessen und der IG Druck-Hessen hat nun auch der Bezirksvorstand der DPG-Hessen sich unserem Standpunkt angeschlossen. In der HBV und auch in der ÖTV werden zunehmend Beschlüsse *gegen* den Startbahn-Bau gefaßt.

Die Bewegung gegen die Startbahn West in den Gewerkschaften



anm.Frankfurt. Die Bewegung gegen die Startbahn West hat sich nicht nur in über 100 Beschlüssen gegen die Startbahn West ausgedrückt wie dem Votum dreier Einzelgewerkschaften (GEW, IG Druck, Deutsche Postgewerkschaft), sondern hat auch zur Schaffung von festen Arbeitszusammenhängen von Gewerksehaftern gegen die Startbahn in den Gewerkschaften geführt: Im Kreis Groß-Gerau arbeiten die Ortskartelle in einer Arbeitsgemeinschaft gegen die Startbahn West zusammen. Im letzten Jahr haben sich in Frankfurt und Darmstadt Arbeits-

Arbeitskreisen Gewerkschafter gegen Startbahn West in Frankfurt und Darmstadt durchgeführt wurde, kamen 400 Gewerkschafter, um zu beraten, wie es weitergehen soll.

Die 400 Teilnehmer sowie die Redner: H. Halberstadt (Mitglied des Kreisvorstandes der ÖTV Frankfurt), H. Droege (Mitglied der Ortsverwaltung der DPG Frankfurt) und N. Winkler (ehem. Vorsitzender der DPG Frankfurt) – ein Affront gegen die offizielle Gewerkschaftspolitik. Ein Symbol dafür, daß auch mit dem Marburger Beschluß der Widerstand in den

programm des DGB von 1974 gefordert wird: „Wälder in der Nähe von Ballungsräumen dürfen nicht der industriellen Expansion oder der Zersiedlung zum Opfer fallen. Sie müssen uneingeschränkt der Erholungsnutzung zur Verfügung stehen"?

2. Wißt ihr, daß keine einzige der Auflagen zum Umweltschutz erfüllt wurde, die der DGB-Landesbezirksvorstand in seinem Beschluß vom 14.1.1980 als „unabdingbar" gefordert hatte?

3. Kennt ihr die Aussage von Jochen Richert bei einer Diskussion mit Ge-

Zu Arbeitsplätzen und Luftverkehr

4. Wißt ihr, daß entscheidend für die Schaffung von Arbeitsplätzen die Verkehrsleistung ist und nur in äußerst geringem Maße die Anzahl der Flugbewegungen?

5. Wißt ihr, daß auch nach Aussagen der IAFA (Internationaler Verband der Luftverkehrsgesellschaften) nur geringfügige Steigerungen im Luftverkehr – und auch diese nur bei den

weise erhöhte Verkehrsleistungen mit Hilfe des Großraumeffektes (größeres Fluggerät, größere Auslastung der Flugzeuge) und anderer Maßnahmen bewältigbar sind?

7. Ist euch bekannt, daß der renommierte Luftverkehrsexperte T. Hooton beim Zuwachs der Flugbewegungen durch die Startbahn 18 West im günstigsten (und unwahrscheinlichsten) Fall von 14% ausgeht und die der Arbeitsplatzprognose u.a. zugrunde liegende Erwartung der Kapazitätssteigerungen der Flughafenaktiengesellschaft (FAG) von 25% bis 1995 als ver-

tätssteigerung von 14% die Schaffung eines Arbeitsplatzes 132000 DM kosten würde? Für dieses Geld könnten in anderen Bereichen nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit drei Arbeitsplätze geschaffen werden (z.B. Strukturverbesserung im nordhessischen Bereich).

9. Habt ihr erfahren, daß ca. 34% der Flugbewegungen auf dem Rhein-Main-Flughafen innerdeutscher, großenteils subventionierter Luftverkehr sind, der großenteils in Konkurrenz zur Deutschen Bundesbahn steht, wo ständig Arbeitsplätze gestrichen werden?

beitsplätzen sprach, die weder der DGB-Flughafenkommission vorgelegen haben, noch bis heute der innergewerkschaftlichen Öffentlichkeit – selbst auf Anfrage nicht – bekannt gemacht wurden?

11. Ist euch bekannt, daß die Beschlüsse des DGB-Landesbezirksvorstands größtenteils gefaßt wurden, ohne daß in dieser hochbrisanten Frage von den meisten Bezirksvorständen eine innergewerkschaftliche Beschlußlage auf entsprechenden Versammlungen geschaffen wurde? (...)

Schlußwort

Wir hoffen, daß euch diese Tatsachen noch einmal eindringlich vor Augen geführt haben, welche *Bedeutung* eine Entscheidung des DGB Hessen in der Frage des Baus der Startbahn West hat. Und ihr könnt daran auch sehen, daß der DGB-Kreis Starkenburg und die DGB-Ortskartelle rund um den Flughafen wirklich nicht leichtfertig zu einer *Ablehnung* dieses Großprojekts gekommen sind.

Neben der IGM-Südhessen, der GdP-Hessen, der GEW-Hessen und der IG Druck-Hessen hat nun auch der Bezirksvorstand der DPG-Hessen sich unserem Standpunkt angeschlossen. In der HBV und auch in der ÖTV werden zunehmend Beschlüsse *gegen* den Startbahn-Bau gefaßt.

Wir alle wollen das gleiche: Absicherung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der hessischen Arbeitnehmer. Dazu gehört, *solche* Projekte aus den angeführten Gründen abzulehnen.

Auch die Zurückweisung des Volksbegehrens durch den Staatsgerichtshof ändert nichts an unserer Haltung. Abgesehen davon, daß die Zusammensetzung dieses Gerichts keine andere Entscheidung erwarten ließ, *hat der Staatsgerichtshof nicht den Bau der Startbahn West beschlossen.* Der Beschluß über den Bau war eine *politische* Entscheidung der hessischen Landesregierung und des hessischen Landtags. Mit dieser Entscheidung waren und sind wir nicht einverstanden und wollen versuchen, zu erreichen, daß sie rückgängig gemacht wird. Dazu gehört unter anderem eine ablehnende Haltung des DGB Hessen.

Es ist dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften in dieser Frage schon viel Schaden zugefügt worden. Viele Kolleginnen und Kollegen, besonders in Südhessen, haben nur kopfschüttelnd die Entscheidungen und Äußerungen des DGB-Landesbezirksvorstands zur Kenntnis genommen. Selbst wenn sie *noch* eine Minderheit darstellen sollten (in Südhessen – sind wir sicher – ist es schon lange die Mehrheit), sie müssen zur Mehrheit in ganz Hessen werden.

Die Spaltung, die leider in dieser Frage eingetreten ist, muß überwunden werden. Wie wollen wir sonst in Zukunft *gemeinsam* die Unternehmerangriffe abwehren?

Die Bewegung gegen die Startbahn West in den Gewerkschaften

anm.Frankfurt. Die Bewegung gegen die Startbahn West hat sich nicht nur in über 100 Beschlüssen gegen die Startbahn West ausgedrückt wie dem Votum dreier Einzelgewerkschaften (GEW, IG Druck, Deutsche Postgewerkschaft), sondern hat auch zur Schaffung von festen Arbeitszusammenhängen von Gewerksehaftern gegen die Startbahn in den Gewerkschaften geführt: Im Kreis Groß-Gerau arbeiten die Ortskartelle in einer Arbeitsgemeinschaft gegen die Startbahn West zusammen. Im letzten Jahr haben sich in Frankfurt und Darmstadt Arbeits-kreise gegen die Startbahn in den Gewerkschaften gebildet, die ein breites Spektrum von Gewerkschaftern aus fast allen Einzelgewerkschaften umfassen.

Eines der wesentlichen Ziele dieser Zusammenschlüsse ist, in den Einzelgewerkschaften zu wirken, um das „bedingte Ja" des DGB in ein „unbedingtes Nein" zu verwandeln. „Bedingt", damit ist gemeint, daß die Zustimmung des DGB im wesentlichen an die Umweltverträglichkeit des Startbahnprojekts gebunden ist. Diese und andere Bedingungen sind in keiner Weise erfüllt worden.

Die DGB-Landesdelegiertenkonferenz Hessen hat sich am 5./6. Februar in Marburg mit ihrem Beschluß also sowohl über Tatsachen, über ihre eigene Beschlußfassung wie auch über die innergewerkschaftliche Willensbildung hinweggesetzt. Von über 70 Delegierten stimmten nur 14 für den Antrag des DGB-Kreises Starkenburg (der ein Nein zur Startbahn fordert). 2 Delegierte enthielten sich, der Rest, die Mehrheit, stimmte dagegen. Formal ist die Beschlußlage jetzt die: Zwar hat der DGB Hessen es abgelehnt, eine Beschlußlage gegen die Startbahn herzustellen, der DGB-Vorstand hat jedoch auch nicht versucht, sein eigenes Vorgehen zur Abstimmung zu stellen. Formal gelten die Bedingungen des DGB also nach wie vor. Nur keiner hält sich daran, am wenigsten der DGB-Vorstand selber.

Auf eine Veranstaltung am 19.2. im Frankfurter Gewerkschaftshaus, die von den DGB-Ortskartellen und den Arbeitskreisen Gewerkschafter gegen Startbahn West in Frankfurt und Darmstadt durchgeführt wurde, kamen 400 Gewerkschafter, um zu beraten, wie es weitergehen soll.

Die 400 Teilnehmer sowie die Redner: H. Halberstadt (Mitglied des Kreisvorstandes der ÖTV Frankfurt), H. Droege (Mitglied der Ortsverwaltung der DPG Frankfurt) und N. Winkler (ehem. Vorsitzender der DPG Frankfurt) – ein Affront gegen die offizielle Gewerkschaftspolitik. Ein Symbol dafür, daß auch mit dem Marburger Beschluß der Widerstand in den Gewerkschaften weitergehen soll.

Wie gehts weiter? Der Wald ist weitgehend abgeholzt. Als nächstes stehen die Betonierarbeiten an. Was kann in den Gewerkschaften noch getan werden? Eine große Rolle spielte in den Beiträgen die Tatsache, daß mittlerweile „mit dem Arbeitsplatzargument jede Schweinerei gerechtfertigt wird" – teilweise mit Erfolg, was die Kollegen angeht.

Wenn wir uns mit dem Arbeitsplatzargument nicht schachmatt setzen lassen wollen, müssen wir eigene Lösungswege für die wesentlichen Probleme Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Umweltzerstörung finden. Um die Logik: entweder Massenarbeitslosigkeit und Umweltschutz oder keine Rücksicht auf die Umwelt und Investitionen, die angeblich Arbeitsplätze schaffen, zu durchbrechen, sind Vorstellungen nötig, wie die Gesellschaft auch konkret anders gestaltet werden kann, um diesen Widerspruch zu lösen.

Daß die Arbeitskreise in den Gewerkschaften in Zukunft sich dieser Aufgabe verstärkt widmen müssen, war wohl unumstritten. (Abgesehen von zahlreichen Marxistischen Gruppe-Beiträgen, die ihrer Empörung Ausdruck verliehen, daß man sich hier um Startbahn kümmere, statt den Lohnkampf zu führen.)
ten, weitere Aufgaben wurden benannt: Stärkung der innergewerkschaftlichen Demokratie, Stärkung der Funktion der Ortskartelle in den Gewerkschaften als Organe, die gerade die Aufgabe haben, sich auch um die



„Innergewerkschaftlicher Kampf" könnte man das Motiv nennen. – *Bild* von der Protestversammlung gegen die Streichungen bei Bund, Ländern und Gemeinden in Frankfurt.

Lebens- und Wohnumwelt der Arbeiter zu kümmern, Fortführung der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung um die Startbahn, Vorbereitung von Widerstandsaktionen gegen die Betonierungsarbeiten sowie der Vorschlag, den Ostermarsch zur Startbahn durchzuführen.

Das nebenstehende Dokument, das vor der Delegiertenkonferenz des DGB in Marburg allen Delegierten zugeschickt wurde, sollte in den Gewerkschaften unbedingt verbreitet werden. Es findet dort sehr wahrscheinlich mehr Verständnis als bei den Delegierten.

Es ist nicht nur der Mangel an Ausbildungsplätzen der die Jugend drückt. Alles spricht dafür, daß sich auch die Qualität zunehmend verschlechtert. Die Vorschläge von Preiss (IGM) sind wichtig, weil sie das Monopol der Kapitalisten auf Berufsausbildung in Frage stellen.

Von Michael Ackermann

Bei 165000 arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren – die höchsten Zahlen seit Jahrzehnten, aboluter Mangel an Ausbildungsplätzen seit einigen Monaten – in dieser Situation mußte sich Minister Engholm melden: „Wir brauchen eine Arbeitsplatzinitiative!" Mehr als Appelle hat er aber nicht rausgelassen.

Auch bei den Gewerkschaften hört man in den letzten Monaten zwar wortradikales Geklingel über die „unsoziale Haltung" der Kapitalisten und daß jetzt die „Regierung gefordert" sei. Bloß von Vorschlägen, Maßnahmen war nicht viel zu hören.

Entsprechend muß man es als erfreulich bezeichnen, daß IGM-Vorstandsmitglied Preiss, zuständig für Bildungsfragen, einen vergleichsweise konkreten Vorschlag (1) machte:

1. Eine Ausbildungspflicht für alle Jugendlichen soll verankert werden. Nach dem Muster des Schwerbeschädigtengesetzes solle für alle Kapitalisten eine Ausbildungsquote festgelegt werden. Dabei nehme die IGM in Kauf, daß in den Betrieben über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet und nach der Lehre nicht alle Jugendlichen übernommen werden könnten.
2. Den Berufsschulen sei die Zuständigkeit für eine vollgültige Ausbildung zu übertragen.
3. Das Statistische Bundesamt müsse eine Aufstellung der tatsächlichen Ausbildungsplätze vornehmen. Die Aussagen der Wirtschaftskammern seien unzuverlässig und die IGM wisse von vielen Lehrwerkstätten in Großbetrieben, die nur zu 80% belegt seien. 30000 Jugendliche könnten wohl sofort untergebracht werden.
4. Es sollten freie Ausbildungsmöglichkeiten in Ausbildungszentren oder hochqualifizierten Lehrwerkstätten durch den Staat „aufgekauft" werden. Die öffentliche Finanzierung über diesen Ankauf stelle keine Subvention dar, sondern eine Finanzierung von Ausbildung über den Bedarf des Kapitalisten hinaus.

Die Vorschläge von Preiss sollen noch im März weiter präzisiert werden – haben aber auch schon so eine weitreichende Bedeutung.

Insbesondere die Kombination von Ausbildungspflicht (eine alte Forderung), Zuständigkeitserklärung der Berufsschulen für eine vollgültige Ausbildung (man denke an unsere frühere Forderung nach „Facharbeiter-Klasse ihrer Wahl für arbeitslose Jugendliche") und dem „Aufkauf" von qualifizierten Ausbildungsstellen geht schon ein Stück weit über einfache „Sofortmaßnahmen" hinaus, denn sie greift umfassend in das Monopol der Kapitalisten auf berufliche Ausbildung ein.

Über die kurzfristige Lösung der „Angebotsfrage" hinaus wird strategisch eine Richtung angegeben, die Ausbildung von den engen Verwertungsinteressen des Kapitals zu lösen.

eine Aufstellung der tatsächlichen Ausbildungsplätze vornehmen. Die Aussagen der Wirtschaftskammern seien unzuverlässig und die IGM wisse von vielen Lehrwerkstätten in Großbetrieben, die nur zu 80% belegt seien. 30000 Jugendliche könnten wohl sofort untergebracht werden.
4. Es sollten freie Ausbildungsmöglichkeiten in Ausbildungszentren oder hochqualifizierten Lehrwerkstätten durch den Staat „aufgekauft" werden. Die öffentliche Finanzierung über diesen Ankauf stelle keine Subvention dar, sondern eine Finanzierung von Ausbildung über den Bedarf des Kapitalisten hinaus.
Die Vorschläge von Preiss sollen noch im März weiter präzisiert werden – haben aber auch schon so eine weitreichende Bedeutung.
Insbesondere die Kombination von Ausbildungspflicht (eine alte Forderung), Zuständigkeitserklärung der Berufsschulen für eine vollgültige Ausbildung (man denke an unsere frühere Forderung nach „Facharbeiter-Klasse ihrer Wahl für arbeitslose Jugendliche") und dem „Aufkauf" von qualifizierten Ausbildungsstellen geht schon ein Stück weit über einfache „Sofortmaßnahmen" hinaus, denn sie greift umfassend in das Monopol der Kapitalisten auf berufliche Ausbildung ein.
Über die kurzfristige Lösung der „Angebotsfrage" hinaus wird strategisch eine Richtung angegeben, die Ausbildung von den engen Verwertungsinteressen des Kapitals zu lösen.

In diesem Zusammenhang ist es auch richtig, auf die Übernahme*pflicht* zu verzichten, die ja Forderung der Gewerkschaftsjugend ist, in der betrieblichen Praxis hart umkämpft, aber gesetzlich wohl kaum verankerbar ist. Hier würden nämlich alle Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus in bezug auf den „freien Arbeitsmarkt" gesprengt. Ohne Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist das wohl kaum möglich und käme einer Forderung „Alle Arbeiter müssen beschäftigt werden" gleich. Man sieht, das haut nicht hin. Unabhängig davon ist der Kampf um die Übernahmepflicht für begrenzte Zeit, wie z.B. noch bis 1969 für ein halbes Jahr (wenn der Lehrling will), wichtig und keineswegs abwegig.

Nun ist aber das Vorschlagspaket von Preiss nicht problemlos. Fraglich ist, ob eine Ausbildungspflicht der Kapitalisten die Schwierigkeiten löst (abgesehen von der Durchsetzung)? Denn in bezug auf die Menge der Ausbildungsplätze würde zwar ein Schritt nach vorn gemacht, das berührt aber nicht die Qualität der Ausbildung. Angesprochen wird diese nur beim „Aufkauf" von „hochwertigen Ausbildungsplätzen". Aber was ist hochwertig?! Worin besteht die Qualität und wo existiert sie denn? Zwar ist es richtig, den Druck der Arbeitslosigkeit auf die Jugend und die gesamte Arbeiterklasse durch Maßnahmen einzuschränken, aber mit der Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit haben sich auch die Bedingungen der Ausbildung rapide verschlechtert. Das „Angebot" hat sich insgesamt verschlechtert, indem nämlich die handwerkliche Ausbildung mit ihren verschiedenen Einseitigkeiten die höchsten Zuwächse aufweist (2). Dabei spielt nicht nur die Ausnutzung als billige Arbeitskraft eine große Rolle, sondern vor allem die Beschränkung der Ausbildung. Das stellt eine Schranke in der Produktivkraftentwicklung der einzelnen Arbeitskraft dar.

Ein weiterer Punkt: Die „Wahlfreiheit" der Jugendlichen wird – soweit überhaupt vorhanden gewesen – zunehmend weiter unterhöhlt. Da die Ausbildung „berufsabhängig", sprich auf Berufe in bestimmten Produktionsabteilungen oder Dienstleistungsbereichen zugeschnitten ist, wirken sich Expansion oder Niedergang in den einzelnen Bereichen der Produktions-, Handels- und Dienstleistungsabteilungen in der Krise nochmal schärfer auf die „Berufsstruktur" aus. Es herrscht also nicht nur die individuelle Macht des einzelnen Kapitalisten über die Ausbildung der Jugendlichen, sondern vermittelt wirken die strukturellen Probleme des Kapitals und seine Verwertungsschwierigkeiten in die gesamte *gesellschaftliche* Berufsausbildung hinein. Alles muß sozusagen nach den stummen Gesetzen des Kapitalverhältnisses wirken. Was dabei am Ende rauskommt, nennt man „Ausbildungsbereitschaft" der Kapitalisten. Dort wo Einschränkung der Produktion, Rationalisierung oder gar Konkurs und Pleite stattfinden, entsteht nicht nur die Arbeitslosigkeit, die industrielle Reservearmee, sondern zugleich beginnt hier das Kapital oftmals, auf ganze Abteilungen gesehen, tendenziell die Ausbildung zu „verweigern". Beispiel: Stahl- und Elektroindustrie. Manches galt hier im Vergleich zu anderem noch als hochqualifizierte Ausbildung von Facharbeitern. Gerade in

wicklung der einzelnen Arbeitskraft dar.
Ein weiterer Punkt: Die „Wahlfreiheit" der Jugendlichen wird – soweit überhaupt vorhanden gewesen – zunehmend weiter unterhöhlt. Da die Ausbildung „berufsabhängig", sprich auf Berufe in bestimmten Produktionsabteilungen oder Dienstleistungsbereichen zugeschnitten ist, wirken sich Expansion oder Niedergang in den einzelnen Bereichen der Produktions-, Handels- und Dienstleistungsabteilungen in der Krise nochmal schärfer auf die „Berufsstruktur" aus. Es herrscht also nicht nur die individuelle Macht des einzelnen Kapitalisten über die Ausbildung der Jugendlichen, sondern vermittelt wirken die strukturellen Probleme des Kapitals und seine Verwertungsschwierigkeiten in die gesamte *gesellschaftliche* Berufsausbildung hinein. Alles muß sozusagen nach den stummen Gesetzen des Kapitalverhältnisses wirken. Was dabei am Ende rauskommt, nennt man „Ausbildungsbereitschaft" der Kapitalisten. Dort wo Einschränkung der Produktion, Rationalisierung oder gar Konkurs und Pleite stattfinden, entsteht nicht nur die Arbeitslosigkeit, die industrielle Reservearmee, sondern zugleich beginnt hier das Kapital oftmals, auf ganze Abteilungen gesehen, tendenziell die Ausbildung zu „verweigern". Beispiel: Stahl- und Elektroindustrie. Manches galt hier im Vergleich zu anderem noch als hochqualifizierte Ausbildung von Facharbeitern. Gerade in

solchen Bereichen nimmt aber die Ausbildung absolut ab, Berufe, ja ganze Berufsfelder mit relativ günstigen Facharbeiterausbildungen geraten absolut ins Hintertreffen.

Anzahl der Lehrlinge nach Berufsfeldern

Berufsfeld		1969	1978
Wirtschaft und Verwaltung	I	427785	394808
	F	250997	248341
Metalltechnik	I	281419	352821
	F	4723	6874
Elektrotechnik	I	120471	124653
	F	86	912
Bautechnik	I	39821	76070
	F	3379	5075
Holztechnik	I	19329	41176
	F	143	695
Textiltechnik und Bekleidung	I	28192	17499
	F	26768	16878
Chemie, Physik und Biologie	I	14480	13032
	F	4272	5044
Drucktechnik	I	19943	9899
	F	847	1800
Farbtechnik und Raumgestaltung	I	38116	45638
	F	4151	4684
Körperpflege	I	56899	68584
	F	52000	65076
Ernährung und Hauswirtschaft	I	89941	137539
	F	39053	66253
Agrarwirtschaft	I	38043	45693
	F	3777	11249
Ausbildungsberufe, die nicht zugeordnet sind	I	113035	189061
	F	79763	133508
Zusammen	I	1283454	1517373
	F	470159	566389

I = insgesamt; F = Anteil der Frauen. – *Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung (3)*

Gehen wir näher an die einzelnen Berufsfelder heran:

- Die Senkung in Wirtschaft und Verwaltung folgt aus dem Rückgang in der Ausbildung von Industriekaufmann/frau zugunsten der absoluten Steigerung von Bürokaufmann/frau, und des Rückgangs von Einzelhandelskaufmann/frau auf Kosten der Steigerung von Verkäufer/in.
- Denkt man bei Metalltechnik allgemein an „qualifiziert", so ist die Struktur innerhalb des Berufsfeldes unterschiedlich. Denn hier findet auf allen Ebenen eine Tendenz zur Ausbildung in „einfachen Tätigkeiten" (4) statt. 1. kommen hier solche Handwerksberufe wie Installateure mit den verschiedensten Spezialisierungen zusammen, 2. befinden sich hier die zunehmenden KFZ-Mechaniker, 3. gehen die auf relativ hohem technischem Niveau basierenden Berufe wie Maschinenschlosser, Werkzeugmacher, Feinmechaniker und andere entweder im Verhältnis oder gar absolut zurück.
- Außer für 1978 erfährt das Feld Elektrotechnik eine fortlaufende Senkung in fast allen Ausbildungsberufen.



● Die nahezu Verdoppelung im Bereich Bautechnik geht auf Maurer und Zimmerer zurück. Hier muß man sich aber noch getrennt mit dem vorherrschenden BGJ auseinandersetzen.
● Holztechnik heißt eigentlich gleich Tischler. Dieser Beruf hat eine Zunahme von 60% zu verzeichnen.
● Die Krise in der Textilindustrie hat zur Absenkung der Zahl sämtlicher Ausbildungsberufe geführt.
● Bestimmend wirkt sich im Feld Chemie, Physik und Biologie die Ab-
über die Bundesrepublik verteilt. Die regionalen Schwerpunkte sind enorm unterschiedlich. Was durch bundesweite *Durchschnitte* verdeckt wird, das zeigt sich deutlich in den regionalen Schwankungen, wo zudem die ländlichen Gebiete am schlechtesten abschneiden. Folgende Tabelle (8) zur regionalen Deckung der Ausbildungsnachfrage macht diesen Prozeß sichtbar und zudem klar, daß die global erhobenen Zahlen der Unterdeckung im Bundesgebiet völlig unrealistisch sind.
Fortschritt in der Ausbildung der menschlichen Produktivkraft zu erreichen.
Und es wird in diesem Zusammenhang deutlich: Unabhängig von den zu entwickelnden Einzelheiten kann *nur* die Verbindung von kollektiver Werkstatt- und Schulausbildung allein die engen Schranken des „Angebots" durch die Kapitalistenklasse sprengen. Nur so können die regionalen Disproportionen überhaupt bewältigt werden. Nur so wird auch eine weitere



- Die nahezu Verdoppelung im Bereich Bautechnik geht auf Maurer und Zimmerer zurück. Hier muß man sich aber noch getrennt mit dem vorherrschenden BGJ auseinandersetzen.
- Holztechnik heißt eigentlich gleich Tischler. Dieser Beruf hat eine Zunahme von 60% zu verzeichnen.
- Die Krise in der Textilindustrie hat zur Absenkung der Zahl sämtlicher Ausbildungsberufe geführt.
- Bestimmend wirkt sich im Feld Chemie, Physik und Biologie die Absenkung von Chemielaborant/in und Chemiefacharbeiter/in aus. Die großen Chemiebetrieben verringern ihre Ausbildungszahlen absolut.
- Die zwischenzeitliche Rationalisierungswelle in der Druckindustrie hat zu einer Halbierung in den Ausbildungsberufen geführt.
- Farbtechnik und Raumgestaltung, will heißen Berufe Maler/in und Lackierer/in, haben sich um 75% ausgedehnt.
- Körperflege – nur der Deckname für Friseur/Friseuse – hat sich kontinuierlich gesteigert.
- In der mehr als 50%igen Steigerung bei Ernährung und Hauswirtschaft finden sich Fachgehilfen im Gastgewerbe (+300%), Koch/Köchin (+30%), Bäcker/in (+45%) und Verkäufer/in im Nahrungsmittelhandwerk (+300%) wieder.
- Die Steigerung bei der Agrarwirtschaft geht bei 30%iger Senkung bei Landwirten auf das Konto Florist/in (+50%) und Gärtner/in (+60%).

Deutlich ist also die Zunahme eingeschränkter Berufe. Dabei zeigen die Zahlen für die Einzelberufe für den Zeitraum 1979 bis 1981 ja eine Verstärkung dieser Entwicklung. (5)

Daß es zudem einen engen Zusammenhang zwischen eingeschränkten Berufen und daran anschließendem Wechsel in die Hilfsarbeitertätigkeit gibt, beweisen auch Untersuchungen. Eine Untersuchung (6) in 1977 ergab, daß 21% aller männlichen Erwerbspersonen mit betrieblicher Berufsausbildung als Hilfs- oder angelernte Arbeiter tätig waren. Dabei stellten diejenigen, die von der Ausbildung im Handwerk zur Tätigkeit in der Industrie wechseln (mußten), 37% der Hilfsarbeiter – den höchsten Anteil. Der Autor kam dann zu dem Ergebnis: „Wenn die bis 1981 zusätzlich notwendigen Ausbildungsplätze für Facharbeiterberufe im Handwerk ausschließlich in den wirtschaftsbereichflexiblen Berufen eingerichtet werden, sind für Metall- und Elektroberufe im Vergleich zu 1975 insgesamt 69000, das sind 26% mehr Ausbildungsplätze erforderlich." Genau umgekehrt ist die Sache verlaufen!

Weiter: Abgesehen von den umstrittenen Berufsgrundbildungs- und -vorbereitungsjahren (eine inhaltliche Auseinandersetzung im einzelnen ist hier nicht möglich) und ihrer ständigen Zunahme ist zu vermerken, daß sie keineswegs dem Schutz von „lernschwachen" oder „behinderten" Jugendlichen dienten, sondern zu Aufbewahrungsstätten für arbeitslose Jugendliche im allgemeinen wurden. (7)

Was die Lage grundsätzlich noch verschärft, sind die strukturellen Verschiebungen der kapitalistischen Produktion auf der Basis anarchischer Ansiedlung von Industrie und Handel über die Bundesrepublik verteilt. Die regionalen Schwerpunkte sind enorm unterschiedlich. Was durch bundesweite *Durchschnitte* verdeckt wird, das zeigt sich deutlich in den regionalen Schwankungen, wo zudem die ländlichen Gebiete am schlechtesten abschneiden. Folgende Tabelle (8) zur regionalen Deckung der Ausbildungsnachfrage macht diesen Prozeß sichtbar und zudem klar, daß die global erhobenen Zahlen der Unterdeckung im Bundesgebiet völlig unrealistisch sind.

Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen in den Arbeitsamtsbezirken (Gruppenbildung nach Siedlungsstruktur)

	Aufteilung der zu versorgenden Jugendlichen		
Bezirksgruppen (Siedlungsstruktur)	Anteil der „vollversorgten" Jugendlichen in %	Anteil der „teilversorgten"(1) Jugendlichen in %	Anteil der nicht versorgten Jugendlichen in %
Arbeitsamtsbezirke mit Großstädten (2) und mit hoher (4) Bevölkerungsdichte	70,6	22,8	6,6
Arbeitsamtsbezirke mit Großstädten und mit niedriger (5) Bevölkerungsdichte	67,8	20,9	11,3
Arbeitsamtsbezirke mit Mittelstädten (3)	61,0	21,9	17,1
Arbeitsamtsbezirke ohne Groß- und Mittelstädte	58,5	19,2	22,3

1) Begriff „Teilversorgung" meint BGJ, BVJ und Fachschulen – 2) Städte über 100000 Einwohner – 3) Städte über 50000 Einwohner – 4) über 1000 Einwohner pro km^2 – 5) unter 1000 Einwohner pro km^2

Mit dem vorgelegten Material wird deutlich, daß die Vorschläge von Preiss das eigentliche Problem noch nicht richtig erfassen, daß immer noch nicht die *qualitativen* Schwächen des kapitalistischen Berufsausbildungssystems in den Mittelpunkt gerückt werden. Ein Verweis auf die Vorschläge als „Sofortmaßnahmen" trägt da wenig aus. Die Trennung zwischen „Sofortmaßnahmen" und „Langzeitstrategien" in der Lösung dieser Widersprüche ist fehl am Platze. Tatsächlich hilft es nur, die prinzipielle Wendung gegen das Ausbildungsmonopol der Kapitalisten zu verstärken – auch in den Vorschlägen von Preiss. Dabei ist zu beachten, daß es auch Widersprüche zwischen dem Gesamtinteresse des Kapitals und den kapitalistischen Einzelinteressen als Ausbeuter und Ausbilder gibt, die man unbedingt nutzen muß. Denn die Ausbildung im jetzigen „dualen" System nach *den* Berufen ist gesellschaftlich überlebt, bildet eine ungeheure Schranke für die Steigerung der menschlichen Produktivkraft, aber auch für die gesellschaftlichen Produktivkräfte auf der Basis der kapitalistischen Produktionsweise selber. Es gibt hier also nicht nur einen absoluten Widerspruch – der durch die Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung gelöst werden kann –, sondern auch einen relativen, in bezug auf die Bedingungen hier und jetzt. Es ist eigentlich weniger das Problem, daß die Kapitalisten auf das „duale" System existenziell und aus Profitmaximierungsgründen angewiesen sind, als daß sie als Klasse nicht in der Lage sind, einen Fortschritt in der Ausbildung der menschlichen Produktivkraft zu erreichen.

Und es wird in diesem Zusammenhang deutlich: Unabhängig von den zu entwickelnden Einzelheiten kann *nur* die Verbindung von kollektiver Werkstatt- und Schulausbildung allein die engen Schranken des „Angebots" durch die Kapitalistenklasse sprengen. Nur so können die regionalen Disproportionen überhaupt bewältigt werden. Nur so wird auch eine weitere Schranke gegen den Druck auf den Wert der Arbeitskraft errichtbar sein, die selbst im Falle der Arbeitslosigkeit nach der Ausbildung noch einen gewissen Schutz bietet.

Es braucht die Schaffung von berufsfeldlichen Grundausbildungen, die Verzahnung von Berufsschulwesen, überbetrieblichen Ausbildungsstätten und Nutzung der bestehenden betrieblichen Ausbildungsstätten zu einem sich ergänzenden System, das durch gesellschaftliche Fondsbildung bei Zahlung durch die Kapitalisten (oder Staat?, eine noch zu klärende Frage) getragen wird. Dabei widersprechen sich dann auch nicht bundeseinheitliche Ausbildungsverordnungen und die Betreibung und Kontrolle in kommunaler und regionaler Hand, unter Zugriff der Gewerkschaften und Betriebsräte. Die Auseinandersetzung um diese Frage müßte in die beschriebene Richtung getrieben werden. Die Vorschläge von Preiss bieten Auseinandersetzung auf der kommunalen und regionalen Ebene seitens der Gewerkschaften an.

1) Vergleiche Beschluß der letzten DGB-Bundesjugendkonferenz zur Berufsausbildungreform in „Solidarität" 12/81.
2) Siehe KVZ 33/81 zur Analyse über Berufsentwicklung
3) Bundesinstitut für Berufsausbildung, „Auszubildende nach Berufen, Berufsfeldern ..." 1973–78.
4) Mit „einfach" ist hier gemeint der Unterschied zu Berufen mit vergleichsweise komplizierten Inhalten, Arbeitsabläufen und Tätigkeiten.
5) Vergl. Berufsbildungsberichte 1980 und 1981
6) Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2/1977, S.255
7) Zur Entwicklung und Einschätzung des BGJ siehe Kommunismus und Klassenkampf 1/81, S.7
8) Aus: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 2/81, S. 15

Polnische Lyrik

– durch die Zensur geschärfte Waffe

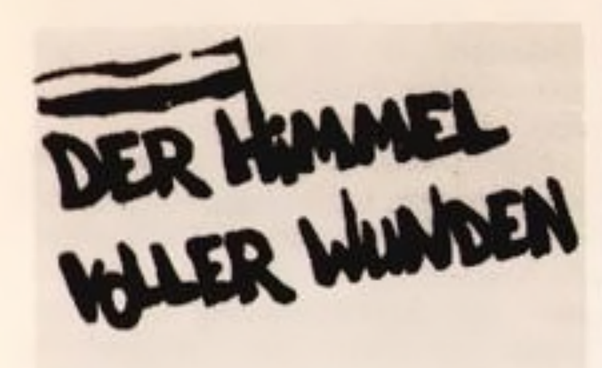
Gerd Koenen

Die nebenstehenden Beispiele älterer und neuerer polnischer Poesie sind drei Neuerscheinungen aus kleineren Verlagen entnommen, die jeweils einen Beitrag zum Verständnis der Bewegung in Polen leisten. Lyrik war – und ist jetzt wieder – eines der ganz entscheidenden Verständigungsmittel, wie bei allen Völkern mit einer langen revolutionären Tradition, bis tief in die „breite Masse des Volkes" (wie man so sagt) hinein.

Mit einem etwas umfassenden Anspruch, der nicht ganz eingelöst werden kann:

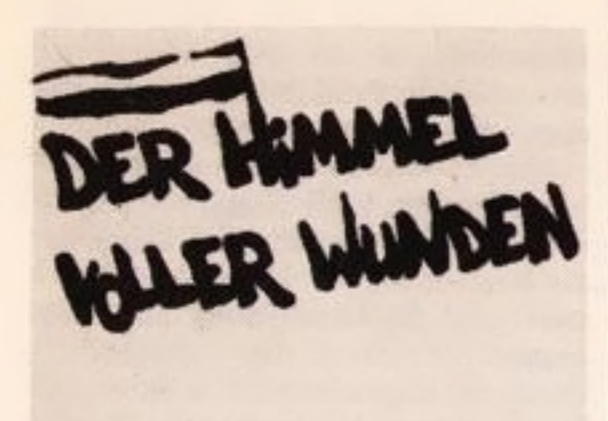
Der Himmel voller Wunden. *Polnische Gedichte, Chansons und Streiklieder aus fünf Jahrhunderten*
Hrsg. Frank Geerk
von Loeper Verlag, Karlsruhe 1982
192 S., 24 DM

Wie der Herausgeber selbst sagt, eine durchaus subjektive Auswahl alter und neuer Gedichte, „als spontane Solidaritätserklärung für Polen gedacht". Ein beträchtlicher Teil der Gedichte ist bisher unveröffentlicht gewesen. Das Gedicht von Adam Mickiewicz „An die Moskauer Freunde" stammt aus *dem* polnischen Nationalepos schlechthin, der „Totenfeier", die 1980 nach den Streiks in Danzig zum ersten Mal wieder unzensiert aufgeführt werden konnte. Das Gedicht von Rozewicz „Laßt uns" mag einen Eindruck von der abgründigen Bitterkeit geben, mit der die Kriegsgeneration an den Aufbau der neuen Ordnung ging – von der sie dann abermals enttäuscht wurde. – Neben dieser alten und neuen Klassik enthält das Bändchen einiges an neuerer und neuester Lyrik, oder eben auch spontaner Dichtungen aus den Streiks, ein bißchen bunt gewürfelt, aber was macht's. Obwohl nicht billig, kann man den Band empfehlen.



Polnische Gedichte,

bisher unveröffentlicht gewesen. Das Gedicht von Adam Mickiewicz „An die Moskauer Freunde" stammt aus *dem* polnischen Nationalepos schlechthin, der „Totenfeier", die 1980 nach den Streiks in Danzig zum ersten Mal wieder unzensiert aufgeführt werden konnte. Das Gedicht von Rozewicz „Laßt uns" mag einen Eindruck von der abgründigen Bitterkeit geben, mit der die Kriegsgeneration an den Aufbau der neuen Ordnung ging – von der sie dann abermals enttäuscht wurde. – Neben dieser alten und neuen Klassik enthält das Bändchen einiges an neuerer und neuester Lyrik, oder eben auch spontaner Dichtungen aus den Streiks, ein bißchen bunt gewürfelt, aber was macht's. Obwohl nicht billig, kann man den Band empfehlen.



Polnische Gedichte, Chansons und Streiklieder aus fünf Jahrhunderten

Herausgegeben von Frank Geerk

von Loeper Verlag

Eine sehr viel systematischere Anthologie der neuen polnischen Lyrik nach 1968 findet man in

Landkarte schwer gebügelt. *Neue polnische Poesie 1968 bis heute*
Hrsg. Peter Raina
Oberbaumverlag, Berlin (West) 1981
136 S., 19,80 DM



Es sind durchweg neue Übertragungen derjenigen Lyriker der Nachkriegsgeneration, die durch die demokratische Bewegung der letzten Jahre in Polen aktiv mitgestaltet haben – und dies eben ganz wesentlich auch mit dem Mittel der Poesie selbst. Die beiden Gedichte aus diesem Band können vielleicht einen Eindruck davon vermitteln, wie – unter dem stetigen Druck der Zensur – das Mittel der etwas surrealistischen Ironie als Waffe eingesetzt wird, und diese Sprache der Bilder, Andeutungen und Assoziationen auch dort als Kunstmittel weiterentwickelt wird, wo man sich (wie vor allem nach 1976) der Zensur gar nicht mehr unterwirft, sondern in eigenen Untergrundverlagen und -zeitschriften publiziert. Es mag dem auf Begriff und Fakt eingeschworenen, ein bißchen lederhäutigen Linken unserer 68er Generation anfangs nicht ganz leicht fallen, sich in diese Lyrik einzulesen. Einmal die Schwelle überschritten, ist man agitiert und das mit Genuß.

Etwas anderer Art ist der Nutzen von

Wir bauen ihnen ein Denkmal. *Dokumente / Materialien / Tonbandprotokolle – Lenin-Werft / Danzig / Polen*



Es sind durchweg neue Übertragungen derjenigen Lyriker der Nachkriegsgeneration, die durch die demokratische Bewegung der letzten Jahre in Polen aktiv mitgestaltet haben – und dies eben ganz wesentlich auch mit dem Mittel der Poesie selbst. Die beiden Gedichte aus diesem Band können vielleicht einen Eindruck davon vermitteln, wie – unter dem stetigen Druck der Zensur – das Mittel der etwas surrealistischen Ironie als Waffe eingesetzt wird, und diese Sprache der Bilder, Andeutungen und Assoziationen auch dort als Kunstmittel weiterentwickelt wird, wo man sich (wie vor allem nach 1976) der Zensur gar nicht mehr unterwirft, sondern in eigenen Untergrundverlagen und -zeitschriften publiziert. Es mag dem auf Begriff und Fakt eingeschworenen, ein bißchen lederhäutigen Linken unserer 68er Generation anfangs nicht ganz leicht fallen, sich in diese Lyrik einzulesen. Einmal die Schwelle überschritten, ist man agitiert und das mit Genuß.

Etwas anderer Art ist der Nutzen von

Wir bauen ihnen ein Denkmal. *Dokumente / Materialien / Tonbandprotokolle – Lenin-Werft / Danzig / Polen*
Hrsg. Ulrich Zuper
edition cordeliers, Stuttgart 1981
132 S., 6 DM

Es enthält, wie der Titel sagt, und darunter auch einige der spontanen Lieder und Gedichte, die in den Streik-Bulletins veröffentlicht oder beim Streik gesungen wurden. Am schönsten das „Für Frauen".

FÜR FRAUEN

Einst kam zum Arzt eine Frau
Herr Doktor, sie sollten mich untersuchen
Sie irren sich, ich bin zwar Arzt,
doch Veterinär. Menschen nehme ich überhaupt
nicht an. Herr Doktor aber ich
fühle mich gerade als wär ich ein Tier

Wenn ich morgends aufsteh, so glauben sie mir,
spring ich im Hause herum wie die Katze mit dem Ball
zur Arbeit springe ich wie ein Pferd – im Trab
wie ein Affe hänge ich am Autobus
wie ein Esel racker ich mich ab
wie ein Kamel bin ich beladen
wie eine Löwin verteidige ich die eheliche Tugend
wenn ich abends von der Arbeit zurückkomme
und wenn ich schon einschlafe, da
flüstert mein Mann zärtlich – rück weiter du Eule
Also vielleicht gibt es eine Wundersalbe
und sie machen aus mir einen MENSCH.

Aus Solidarność-Streikbulletin Nr. 4 vom 25.8.80

TADEUSZ ROZEWICZ (* 1921)
Laßt uns

Vergeßt uns
und unsere generation
lebt wie menschen
vergeßt uns

wir beneiden
pflanzen und steine
beneideten hunde

ich wollte ich wär eine ratte
sagte ich damals zu ihr

ich wollte nicht sein
ich wollte einschlafen
und nach dem kriege erwachen
sagte sie mit geschlossenen augen

vergeßt uns
fragt nicht nach unserer jugend
laßt uns

1955

(Karl Dedecius)

ich wollte nicht sein
ich wollte einschlafen
und nach dem kriege erwachen
sagte sie mit geschlossenen augen

vergeßt uns
fragt nicht nach unserer jugend
laßt uns

1955

(Karl Dedecius)

EWA LIPSKA
Prüfung

Die Aufnahmeprüfung für das Königsamt
wurde glänzend bestanden

Es meldete sich eine gewisse Zahl Könige
und ein Königsanwärter

zum König wählte man einen König
der König sein sollte

Er erhielt Zusatzpunkte für seine
Abstammung
für seine spartanische Erziehung
und für sein
ehrwürdig – erwürgendes Lächeln

Im Fach Geschichte gab er Antworten
mit großem Gefühl fürs Schweigen

Die obligatorische Fremdsprache
entlarvte sich als seine eigene

Als er von Kunst redete
wurde er herzergreifend

Einen der Prüfer griff er
zu stark ans Herz

Ja

EWA LIPSKA
Prüfung

Die Aufnahmeprüfung für das Königsamt
wurde glänzend bestanden

Es meldete sich eine gewisse Zahl Könige
und ein Königsanwärter

zum König wählte man einen König
der König sein sollte

Er erhielt Zusatzpunkte für seine
Abstammung
für seine spartanische Erziehung
und für sein
ehrwürdig – erwürgendes Lächeln

Im Fach Geschichte gab er Antworten
mit großem Gefühl fürs Schweigen

Die obligatorische Fremdsprache
entlarvte sich als seine eigene

Als er von Kunst redete
wurde er herzergreifend

Einen der Prüfer griff er
zu stark ans Herz

Ja
gewiß das war ein König

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses
lief das Volk holen
um es feierlich
dem König auszuhändigen
Das Volk war in Leder
gebunden

Übersetzt von Witold Wirpsza

ADAM MICKIEWICZ (1798–1855)
An die Moskauer Freunde
(aus: Totenfeier)

Denkt ihr wohl noch an mich? Wann immer ich träume
Vom Tod meiner Freunde, ihrer Verbannung und Haft,
Dann denk ich an euch: fremde Gesichter
Habt ihr Gastrecht in meinen Träumen.

Wo seid ihr jetzt? Rylejew, dein schlanker Hals,
Den ich umarmte so brüderlich, vom Zaren verurteilt,
Hängt jetzt am Galgen! Fluch über alle'
Völker, die ihre Propheten ermorden!

Die Hand, die mir Bestushew, der Kämpfer und Dichter,
Gereicht hat, sie wurde ihm weggerissen
Von Feder und Waffe, vom Zaren ins Joch gespannt,
Gräbt jetzt im Bergwerk bei meinen polnischen Brüdern.

Für andere hatte der Himmel noch strengere Strafen bereit:
Einer, den man mit Orden, Preisen und Ämtern geschändet hat,
Verschrieb die freien Gedanken der Gnade des Zaren für immer,
jetzt seht ihr ihn Bücklinge machen im Vorzimmer!

Einer, der preist mit bezahlter Zunge
Seinen Sieg und genießt die Folter der Freunde,
Besudelt sich in meiner Heimat mit meinem Blut,
Bläst sich auf vor dem Zaren mit seinen Verbrechen.

Wenn von weit her und von freien Völkern
Die Klagen fliegen bis hoch in den Norden hinauf
Und im Land des Eises Widerhall finden,
Verkünden sie Freiheit – wie Kraniche Frühling.

ZDZISLAW JASKULA
Einige Bemerkungen im Imperativ

Hüte dich vor Straßenbahnen Zügen Hunden
Sie bringen Todes- und Verstümmelungsgefahr (geistige
Invalidität dritten Grades)
Benutze keine Streichhölzer
Streichhölzer in deiner Hand können aus dir durch Zufall
einen Prometheus machen und dann wirst du weiter
deine Rolle spielen müssen Setze dich nicht auf dreckige
Klobretter weil du dich sonst ansteckst
und gezwungen wirst langweilige Broschüren über die
Schwindsucht zu lesen
Die bekanntlich eine Krankheit ist
den Atem wie auch die Sportkarriere erschwert
obwohl bei einem Quäntchen Willenskraft und Geduld
nach Jahren schwerer Arbeit und systematischen Trainings
es eine Chance gibt daß du dich erholst
oder zur Olympiade als Volksabgesandter
fährst Achte auf Straßenkreuzungen versuche nicht bei rot
zu gehen dir wurde die Hoffnungsfarbe reserviert die dein
einziges Recht ist Geh also an angewiesenen Orten
in einer genau bestimmten Richtung wende um 90°
Meide die
femmes fatales
Schließ die Augen
Winke ab
Ohne Genehmigung der Sanitätsbehörden trinke nicht vom
großen und reinen Wasser
Achte auf deine Worte
Jede Zeile kann gegen dich
verwendet werden
sprich nicht mit dem Fahrer Du versperrst ihm die Sicht
und einige unnachsichtige Staatsbürger werden die Gelegenheit ergreifen
über die Grenzen
dieser Welt zu flüchten
sogar um den Preis
aufs neue die Mosestafeln oder
wenn auch dort eine wissenschaftlich-technische Revolution ausgebrochen ist
die Logarythmentabellen auswendig zu lernen
Gedenke daß du biologisch bestimmt bist
Du existierst von hier bis dort

Einige Bemerkungen im Imperativ
Hüte dich vor Straßenbahnen Zügen Hunden
Sie bringen Todes- und Verstümmelungsgefahr (geistige
Invalidität dritten Grades)
Benutze keine Streichhölzer
Streichhölzer in deiner Hand können aus dir durch Zufall
einen Prometheus machen und dann wirst du weiter
deine Rolle spielen müssen Setze dich nicht auf dreckige
Klobretter weil du dich sonst ansteckst
und gezwungen wirst langweilige Broschüren über die
Schwindsucht zu lesen
Die bekanntlich eine Krankheit ist
den Atem wie auch die Sportkarriere erschwert
obwohl bei einem Quäntchen Willenskraft und Geduld
nach Jahren schwerer Arbeit und systematischen Trainings
es eine Chance gibt daß du dich erholst
oder zur Olympiade als Volksabgesandter
fährst Achte auf Straßenkreuzungen versuche nicht bei rot
zu gehen dir wurde die Hoffnungsfarbe reserviert die dein
einziges Recht ist Geh also an angewiesenen Orten
in einer genau bestimmten Richtung wende um 90°
Meide die
femmes fatales
Schließ die Augen
Winke ab
Ohne Genehmigung der Sanitätsbehörden trinke nicht vom
großen und reinen Wasser
Achte auf deine Worte
Jede Zeile kann gegen dich
verwendet werden
sprich nicht mit dem Fahrer Du versperrst ihm die Sicht
und einige unnachsichtige Staatsbürger werden die Gelegenheit ergreifen
über die Grenzen
dieser Welt zu flüchten
sogar um den Preis
aufs neue die Mosestafeln oder
wenn auch dort eine wissenschaftlich-technische Revolution ausgebrochen ist
die Logarythmentabellen auswendig zu lernen
Gedenke daß du biologisch bestimmt bist
Du existierst von hier bis dort
Kauf dir auf Raten einen Platz auf dem Friedhof aber
verlasse deinen Körper nicht vorzeitig der
dir nicht noch einmal geschenkt wird
Sei stolz auf den Stamm
der dich hervorbrachte
und von Bahnhof zu Bahnhof (in Koluszki umsteigen)
trage mit Einsicht und auf dem Buckel das Polnische Rote Kreuz

Übersetzt von Witold Wirpsza

Fernsehtip

Die große Fernsehlangeweile hält ja schon lange an – im Moment wird sie noch durch verschiedenste alte deutsche Spielfilme in Gang gehalten. Schlechteste Nostalgiewelle! Großes bleibt denn auch nicht zu verkünden: Die Verfilmung von Thomas Manns 800-Seiten Koloß „Der Zauberberg" hat schon einige Kulturseiten im Vorfeld gefüllt und der Film läuft ja nun auch in den Kinos an. Zur Werbung dafür wurde wohl auch der Film **Hundert Tage auf dem Zauberberg** gemacht. Hier soll über die Entstehung des zweieinhalbstündigen Werkes (Kino) und dem noch längeren Ablaß fürs Fernsehen berichtet werden. Interviews mit den Stars und Fragen zur Romanvorlage sind inclusive. *Sonntag, 28.2., 22.15 Uhr im ZDF* – **Die Leidenschaftlichen**, ein Film zum Goethe-Jahr, widmet sich der Dichtung und Wahrheit in Goethes Werk „Die Leiden des jungen Werther". Der Film nimmt als Grundlage seiner Spielhandlung sowohl die tatsächlichen Ereignisse eines Selbstmordes aus unglücklicher Liebe, und die persönlichen Erlebnisse Goethes in Wetzlar. Der „alte Goethe" kommt dann in Interpretation seines Jugendwerkes im Film auch noch mal zu Wort. Ansonsten stehen anläßlich des 150. Todestages von Goethe in nächster Zeit noch eine Reihe von Themen an. *Montag, 1.3., 21.20 Uhr im ZDF* – In Wiederholung wird das 1971 entstandene Fernsehspiel **Rocker** gezeigt. Autor Lemke geht in seinem Film aus von der Faszination, die das Rockertum als antibürgerliche Lebensweise auf heranwachsende Jugendliche, besonders in der Großstadt, immer wieder ausübt. „Die Konfrontation Rocker – Bürger ist ein wesentlicher Aspekt des Films. Dafür steht eine Schlüsselszene, die belegt, wie die Gewalttätigkeit der Rocker und der aggressive Haß der Bürger einander bedingen: Ein Lastkraftwagenfahrer zerstört mit seinem schweren Laster die Maschine von Gerd, nachdem dieser ihn angepöbelt hat." (aus der Programmvorstellung des ZDF). *Mittwoch, 3.3., 22.45 Uhr im ZDF.*